

Inhalt

1.	Vorbemerkung Ursula Koch-Laugwitz	3
2.	Vorwort des Kommissarischen Leiters des Landesinstituts für Schule und Medien Hans-Joachim Schulze	4
3.	Dokumentation der Seminarreihe „Standpunkte 2004 – Strategien gegen den neuen Rechtsextremismus“	5
3.1.	Rechtsextreme Entwicklungen und Strategien nach dem fehlgeschlagenen NPD-Verbot Dr. Thomas Grumke	5
3.2.	Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. Eine vergleichende Analyse für die Handlungsfelder „Politik“, „Aktion“ und „Gewalt“ Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber	10
3.3.	Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen Neuen Radikalen Rechten Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter	21
3.4.	„Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale Dr. Thomas Grumke	30
3.5.	Die Globalisierungsdebatte und der Rechtsextremismus Dr. Thomas Greven	41
3.6.	Antisemitismus im Rechtsextremismus Dr. Rainer Erb	47
3.7.	Frauen und Frauenbilder im Rechtsextremismus Renate Bitzan	49
3.8.	Islamismus, eine religiöse Ideologie: Schnittmengen und Abgrenzungen Claudia Dantschke	58
4.	Anhang	75
4.1.	Ansprechpartner in den Berliner Bezirken	75
4.2.	Referenten	90

1. Vorbemerkung

Für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement, gegen Politik- und Systemverdrossenheit, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft – diese Wertvorstellungen und Ziele prägen die Bildungsangebote der Friedrich-Ebert-Stiftung seit fast 80 Jahren.

Gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schule und Medien in Berlin bilden wir seit vier Jahren Lehrkräfte von Berliner Schulen als Standpunktpädagogen für die Berliner Bezirke weiter.

Wir vermitteln aktuelles Fachwissen und Kompetenzen, wir organisieren den ressortübergreifenden Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit und unterstützen zivilgesellschaftliche Netzwerke. Wir bilden für die Demokratie.

Wie die kurzen Arbeitsberichte der Berliner Standpunktpädagogen in diesem Heft zeigen, sind seit 2001 in der Auseinandersetzung mit einem sich wandelnden Rechtsextremismus an vielen Orten der Stadt neue Ideen entstanden. Der Kreis der Standpunktpädagogen konnte um viele Engagierte erweitert werden.

Ansprechpartner und Kontaktadressen für alle Bezirke befinden sich in bewährter Form im Anhang dieser Dokumentation.

Der umfassende Modernisierungsprozess – national wie international – in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schlägt sich auch im Vorgehen und den Strategien der rechtsextremen Szene nieder. Deshalb haben wir 2004 Themen wie die rechtsextreme Internationale, die Globalisierungsdebatte und den modernen Antisemitismus in der Veranstaltungsreihe in herausgehobener Form behandelt.

Für die gemeinsame Organisation der Standpunkte-Reihe im vierten Jahr gehört mein besonderer Dank Michael Rump-Räuber vom LISUM, Ulrike Hummel-Beck für die umsichtige Moderation der einzelnen Veranstaltungen und Lydia Dollmann für die Zusammenstellung der Dokumentation.

Ursula Koch-Laugwitz
Leiterin des Landesbüros Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

2. Vorwort

Die Fortbildungsreihe Standpunkte 2004 stand in diesem Jahr unter dem Titel „Strategien gegen den neuen Rechtsextremismus“.

Mehr als 350 Berliner Lehrkräfte setzten sich in neun Veranstaltungen mit der Ideologie und den Methoden der rechten Szene auseinander und erarbeiteten Argumentationsmaterialien für den Unterricht.

„Standpunkte“ als ein gemeinsames Projekt unseres Landesinstituts mit der Friedrich- Ebert-Stiftung, der Schering AG und der RAA Berlin bewährt sich nunmehr im vierten Jahr als ein wirkungsvolles Unterstützungssystem in der Berliner Schule.

Laut einem Bericht der Landeskommision Berlin gegen Gewalt meldeten Berliner Schulen im Schuljahr 2003/2004 560 Gewaltvorfälle. Das sind 33 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil gemeldeter rechtsextremer Vorfälle ist von 26 auf 39 gestiegen. Auf der einen Seite zeigt sich in diesen Zahlen eine größere Sensibilität der Schulen, Gewaltvorfälle auch zu melden, auf der anderen Seite wird daran sichtbar, dass Schulen noch stärkere Unterstützung in der Präventionsarbeit gegen Gewalt und Rechtsextremismus benötigen.

Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin hat mit der Ausbildung der Gewaltmediatoren (Konfliktlotsenschulung), dem deutsch-amerikanischen Demokratieprogramm „Hands across the Campus“, Unterrichtsangeboten im Bereich der interkulturellen Pädagogik und den Standpunktpädagogen ein breites Angebot für die Berliner Schullandschaft entwickelt, das geeignet ist, Demokratieerziehung und den Kampf gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu unterstützen.

Die Wirksamkeit der Arbeit der Standpunktpädagogen zeigt sich dabei auf drei Gebieten. Zum einen wirken sie als Fortbildner an den Schulen im Bezirk und können die Lehrkräfte bei rechtsextremen Gewaltvorfällen unterstützen. Zum Zweiten tragen sie durch ihre Tätigkeit dazu bei, dass bezirkliche Netzwerke entstehen, deren Kern die Schulaufsicht, Polizei, Jugendhilfe und die Schulpsychologen darstellen. Zum Dritten stärken sie zivilgesellschaftliche Strukturen in den Bezirken, indem Sie die Verantwortungsbereitschaft von Betroffenen für das Gemeinwesen durch Schülernetzwerke, Elterninitiativen und Youth-Leadership-Training unterstützen. Dabei kommt der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern eine wichtige Bedeutung zu.

Standpunkte 2005 wird sich stärker dem Thema Antisemitismus widmen. In diesem Zusammenhang ist wiederum eine einjährige Fortbildungsreihe in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Herausgabe einer zweiten CD Rom in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU und dem American Jewish Committee, sowie die Durchführung eines Peer-Leadership-Trainings in Verbindung mit der RAA Berlin geplant.

Ich möchte mich noch einmal für die bewährte Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung bedanken und wünsche dem Projekt weiterhin vollen Erfolg.

Hans-Joachim Schulze

Kommissarischer Leiter des Landesinstituts für Schule und Medien

3. Dokumentation der Seminarreihe „Standpunkte 2004 – Strategien gegen den neuen Rechtsextremismus“

Alle Referenten der Seminarreihe haben Manuskripte ihres Vortrages in der Friedrich-Ebert-Stiftung oder eine gesonderte Ausarbeitung zu ihrem Thema, die teilweise auch schon in einer anderen Publikation veröffentlicht wurde, für diese Broschüre zur Verfügung gestellt. Auf eine Vereinheitlichung der Manuskripte wurde verzichtet.

3.1. Rechtsextreme Entwicklungen und Strategien nach dem fehlgeschlagenen NPD-Verbot

Dr. Thomas Grumke

Die folgenden Ausführungen sind als Schlaglicht zu verstehen und müssen zwangsläufig kursorisch bleiben. Dabei soll auch nicht den zahlreichen noch bevorstehenden Referaten thematisch vorgegriffen werden. Stand ist Februar 2004.

Die Entwicklungen in spezifischen Bereichen sollen im Folgenden bearbeitet werden:

1. Das parteiliche Spektrum
2. Das subkulturelle Spektrum
3. Gewalt
4. Thema: Globalisierung
5. Aktuell: Prozess Horst Mahler

Parteiliches Spektrum

Als chronologischer Ausgangspunkt dient das gescheiterte NPD-Verbot, dessen Ablauf hier noch einmal in Erinnerung gerufen werden soll:

August 2000: Nach einer Reihe tatsächlicher und vermeintlicher rechtsextremistischer Anschläge und Übergriffe auf Ausländer wird der Ruf nach schärferen Gegenmaßnahmen lauter. Der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) fordert die Bundesregierung auf, einen Verbotsantrag gegen die NPD vorzubereiten.

19. August 2000: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) regt einen gemeinsamen Antrag von Bundestag und Bundesrat an.

6. Oktober 2000: Nachdem Unterlagen des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz ausgewertet sind, sieht Bundesinnenminister Schily (SPD) die Weichen für einen Verbotsantrag gestellt.

26. Oktober 2000: Die meisten Ministerpräsidenten der Länder befürworten das von Schily angeregte Vorgehen. Hessen und das Saarland stimmen dagegen.

8. November 2000: Die Bundesregierung beschließt, einen Verbotsantrag zu stellen.

10. November 2000: Der Bundesrat stimmt mehrheitlich für ein Verbotsverfahren.

8. Dezember 2000: Als drittes Verfassungsorgan schließt sich der Bundestag diesem Vorgehen an – mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS. Die FDP stimmt fast geschlossen gegen einen Verbotsantrag.

30. Januar 2001: Die Bundesregierung reicht ihren Verbotsantrag ein.

30. März 2001: Bundestag und Bundesrat stellen ihre Anträge.

4. Oktober 2001: Die Anträge nehmen die erste juristische Hürde. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet sie weder als unzulässig noch als offensichtlich unbegründet.

7. Dezember 2001: Das Gericht setzt fünf Verhandlungstermine für den Februar 2002 an und lädt 14 „Auskunftspersonen“, überwiegend Funktionsträger der NPD.

22. Januar 2002: Wegen einer Informationspanne sagt das Gericht die Februar-Termine zur mündlichen Verhandlung ab. Einer der geladenen NPD-Funktionäre hatte sich als V-Mann des Verfassungsschutzes entpuppt. In der Folge werden weitere V-Leute enttarnt. Um deren Rolle und die Fortsetzung des Verbotsverfahrens entzündet sich eine parteipolitische Diskussion.

8. Februar 2002: Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung räumen gegenüber dem Gericht die Existenz von zunächst sechs, einige Tage später von weiteren vier V-Leuten ein.

7. Mai 2002: Das Bundesverfassungsgericht fordert eine umfassende Aufklärung und setzt einen Erörterungstermin für den 8. Oktober 2002 an.

26. Juli 2002: Die Antragsteller teilen mit, dass in den Bundes- und Landesvorständen der NPD etwa jeder Siebte im Sold des Verfassungsschutzes stand.

8. Oktober 2002: In der Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht versichert Bundesinnenminister Schily, der Verfassungsschutz habe keine V-Leute in die NPD eingeschleust. Die Informanten seien „Fleisch vom Fleische der NPD“.

18. März 2003: Nachdem drei der sieben Richter die Affäre als Hindernis für ein rechtsstaatliches Verfahren beurteilt haben, stellt das Bundesverfassungsgericht das NPD-Verbotsverfahren ein.

Für die NPD hatte sich der Ausgang des Verfahrens zuerst als Pyrrhussieg herausgestellt. Ein öffentlichkeitswirksamer Auftritt blieb ihr verwehrt – vor Gericht wie im Nachgang des Verfahrens. Selbst ein Verbot wäre diesem Ausgang propagandistisch vorzuziehen gewesen. Ihre wenig berauschende Parteigeschichte hätte so wenigstens den „rühmlichen“ Schlusspunkt eines Märtyrertodes erfahren, bewirkt durch die geballte Staatsmacht des verhassten „Systems“ samt ihren „totalitären Schnüffelpraktiken“.

Der erhoffte Mitgliederzuwachs ist also bislang ausgeblieben. Im Gegenteil: Die offenkundige staatliche Unterwanderung der NPD dürfte Klärungsbedarf und Unruhe in ihren Reihen hinterlassen. Seit dem Ende des Verbotsverfahrens haben immer mehr Mitglieder der Partei den Rücken gekehrt. Seitdem sank bundesweit die Zahl der Mitglieder von 6500 auf 5000 und in Berlin von 260 auf 200. In Brandenburg sind nicht einmal mehr 200 Parteigänger registriert.

In Berlin und Brandenburg steckt die NPD in einer tiefen Krise. Im Januar verlor sie den kompletten Kreisverband Prignitz-Ruppin. Auf einer Mitgliederversammlung in Wittstock erklärten alle Anwesenden ihren Parteiaustritt. Unter ihnen auch der Kreisvorsitzende Mario Schulz, der zugleich Landesvorsitzender für Brandenburg war, sowie weitere Mitglieder des Landesvorstands. Wittstock gilt als Hochburg der rechten Szene, der örtliche NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin als einer der aktivsten.

Den Massenaustritt begründet Schulz mit der Nominierung des gebürtigen Bosniers Safet Babic als NPD-Kandidat für die Europa-Wahl 2004. Der 22-Jährige mit deutschem Pass, der im vergangenen Oktober vom Bundesparteitag aufgestellt wurde, ist Student an der Uni Trier. Mit der Nominierung verabschiedete sich die NPD von dem Grundsatz „Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist“, so Schulz. Die NPD reihte sich ein „bei den Feinden unseres Volkes“, teilte Schmidt mit. Mario Schulz und andere kündigten an, in Brandenburg eine „Bewegung neue Ordnung“ (BNO) zu gründen.

Besonders stark sind die Verluste für die NPD in Berlin. Arbeitsfähig ist noch der Kreisverband Nord, der aus zehn bis 20 Aktiven besteht. Faktisch nicht mehr existent ist der Kreisverband Südwest (Spandau, Zehlendorf). Eine Hand voll Aktivisten gibt es noch in Treptow-Köpenick, und vor kurzem verabschiedete sich auch der Anführer des Kreisverbandes Lichtenberg-Hohenschönhausen: Albrecht Reither, bislang außerdem Landesvorsitzender von Berlin. Er gab angeblich „aus persönlichen Gründen“ auf. Sein Nachfolger Georg Magnus gibt sich dennoch siegesgewiss: „Wir haben keine Probleme“, sagte er. Über Mitgliederzahlen gebe er prinzipiell keine Auskunft.

Tatsächlich bleibt abzuwarten, wie viel Einfluss die NPD in der rechten Szene verloren hat. Für 180000 Euro baut sie neben ihrer Bundeszentrale in Köpenick ein Schulungszentrum für Funktionäre aus ganz Deutschland. Laut Parteisprecher Beier soll es im April oder Mai eröffnet werden. Für den diesjährigen 1. Mai hat die NPD eine Großdemonstration in Berlin angemeldet, zu der sie bis zu 3000 Teilnehmer erwartet. Gerade dort wollen die Rechten Einheit demonstrieren. Deshalb wird der Aufruf von vielen „freien Kräften“ unterstützt: von der „HateCrew 88“ über die „Pommersche Aktionsfront“ bis hin zum „Wattenscheider Widerstand“.

DVU und Republikaner sind gegenwärtig vor allem in Berlin als Wahlparteien praktisch bedeutungslos.

Subkulturelles Milieu

Bundesweit haben sich Rechtsextremisten in ca. 160 Kameradschaften zusammengeschlossen, die wie Durchlauferhitze funktionieren: Diffus rechts orientierte Jugendliche und junge Erwachsene werden von älteren Neonazis ideologisch gehärtet. Das Ziel lautet: Eine Elite „politischer Soldaten“ führt einen Volksaufstand, der die Demokratie zertrümmert.

Ein Teil der Szene ist dabei, sich politisch zu professionalisieren. Die Zahl der subkulturellen Milieus zuzurechnenden Rechtsextremisten ist im letzten Jahr beträchtlich gestiegen – um etwa 600 auf 3 200. Sie versuchen, effektive Aktionsformen zu entwickeln. Mal mit, mal ohne die NPD. Einige Gruppen orientieren sich am linken Gegner. So haben Rechtsextremisten im vergangenen Jahr in Brandenburg kurz einen leer stehenden Bauernhof besetzt. Bei einem Aufmarsch in Berlin trugen Neonazis rote Fahnen und skandierten die altlinke Parole „Hoch die internationale Solidarität“. Außerdem versuchen Szene-Anführer, auf eigenen Anwesen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen Schulungsstätten oder zumindest Treffpunkte zu etablieren.

Die rechte Szene befindet sich in einer Such-Phase. Ein Teil der Szene, vor allem die Veranstalter von Konzerten rechtsextremer Bands, agiert zunehmend konspirativ. Da die deutschen Behörden einen hohen Verfolgungsdruck ausüben, weicht die Szene öfter in Nachbarstaaten aus, zum Beispiel ins Elsass. Immer mehr Rechtsextremisten bedienen sich gerade in Berlin bewusst des Aussehens und der Aktionsformen ihrer linken Gegner. Bei einer für den 1. Mai in Berlin geplanten NPD-Demonstration wollen Rechte mit einem eigenen so genannten Schwarzen Block aufmarschieren. Unter dem Titel „Aufruhr und Widerstand – Wir steuern bald das Kanzleramt“ mobilisiert nun im Internet ein „Black Block“ zu dem Aufmarsch, zu dem die NPD bei der Polizei mehr als 1000 Teilnehmer angemeldet hat.

Bereits beim rechtsextremen Aufmarsch am 6. Dezember von Rudow nach Schöneweide hatten sich Rechte genau wie linke Antifa-Aktivisten gekleidet. Sie trugen Kapuzenshirts, Basecaps und Sonnenbrillen. Auf den Transparenten, die sie trugen, fanden sich Sprüche wie „Kapitalismus zerschlagen – Autonomen Widerstand organisieren“.

Es gibt eine Ausdifferenzierung rechtsextremen Outfits hin zu einer Überschneidung mit anderen Jugendkulturen, die von der Herkunft nicht rechts sind. Teile der Rechten versuchen einerseits eine inhaltliche Erneuerung ihrer Szene. Zum andern soll es Bürgern weitaus schwerer gemacht werden, sich vom Rechtsextremismus abzugrenzen. Man kann sich von

Skinheads im klassischen Outfit der Bomberjacke und Glatze besser distanzieren als von Leuten, die einfach nur schwarz gekleidet sind oder ganz normal aussehen. Das klassische rechtsextreme Aussehen mit Bomberjacke und Glatze ist in Berlin fast nur noch am Stadtrand zu finden.

Rechtsextreme Gewalt

Knapp 7000 rechte Straftaten, darunter 526 Gewaltdelikte, hat das Bundesinnenministerium im vergangenen Jahr aufgelistet (Antworten auf Anfragen der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau). Das Ministerium gibt für jedes Bundesland die statistischen Werte wieder, die das jeweilige Landeskriminalamt gleich in den ersten Wochen nach dem angefragten Monat ermittelt hat. In der Regel handelt es sich aber nur um vorläufige Zahlen, da die Polizei viele rechte Straftaten nachmelden muss.

Manche Delikte sind erst nach längeren Ermittlungen, nach Recherchen der Medien oder in einem Prozess gegen die Täter eindeutig als politisch motiviert zu erkennen. Ein Beispiel: Brandenburg hat kürzlich schon endgültige Zahlen für das Jahr 2003 genannt. Das Landeskriminalamt registrierte unter anderem 87 rechte Gewaltdelikte. In der Summe der Antworten des Bundesinnenministeriums auf die Anfragen Paus ergibt sich nur eine Zahl von 73 rechten Gewalttaten – also deutlich weniger. Vermutlich könnte dies auch ungefähr der Abstand zwischen allen weiteren Zahlen in den Antworten auf die PDS-Anfragen und den endgültigen Werten sein, die das Bundesinnenministerium irgendwann im Frühjahr präsentieren wird.

In Brandenburg ist die Serie von Brandanschlägen auf Imbisse von Türken oder Vietnamesen in kleineren Orten alarmierend. Insgesamt hat die Opferperspektive im vergangenen Jahr vorläufig 116 gewaltsame Angriffe gezählt. Es finden laufend Gerichtsverfahren wegen rechtsextremer Gewalttaten statt, mal mit öffentlicher Anteilnahme, immer öfter ohne.

Rechtsterroristische Tendenzen: Im September 2003 erfolgte die Festnahme einer Gruppe von Neonazis um Martin Wiese, die mutmaßlich mit bereitstehenden 1,7 kg einen Anschlag auf die neue Synagoge in München am 9. November planten. Im Oktober dann Festnahme einschlägig bekannter Aktivisten um Peter Borchert in Norddeutschland (mögliche Verbindung zu „Combat 18“). Dazu kommen zahlreiche weitere Sprengstofffunde im ganzen Bundesgebiet.

Globalisierung

Der Rechtsextremismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist jünger, militanter und aktionsorientierter als in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts. Rechtsextremisten widmen sich heute weit mehr als früher aktuellen, gegenwartsbezogenen Fragen. Neues Kampagnenthema für Rechtsextremisten ist die Globalisierung, die als Machtmittel einer „judäo-amerikanischen Weltverschwörung“ (Horst Mahler) zur Zerstörung der Völker gewertet wird.

Der Antiamerikanismus spielt in der Agitation von Rechtsextremisten eine zentrale Rolle. Dabei richtet sich die Kritik gegen grundsätzliche, von den USA mitgeprägte freiheitliche Wertvorstellungen wie Demokratie, Menschenrechte, Parlamentarismus und Pluralismus.

Unter dem Deckmantel antikapitalistischer Rhetorik wollen Rechtsextremisten im Rahmen ihrer Globalisierungskritik die Tradition des völkischen Sozialismus zum Leben erwecken. Rechtsextreme Ideologen sehen die strategische Chance, als Trittbrettfahrer der Anti-Globalisierungsbewegung aus dem weltanschaulichen Ghetto zu gelangen. Die Globalisierungs-Kritik von Rechtsextremisten hat sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 verstärkt und vor und nach dem Irak-Krieg intensiviert.

Unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn! Arbeit für Millionen statt Profite der Millionäre“ veranstalten die NPD und „Freie Nationalisten“ am 1. Mai 2004 in Berlin eine Demonstration.

Führender Stichwortgeber der Globalisierungsgegner im rechtsextremen Lager ist Alain de Benoist. In einem Interview mit dem NPD-Sprachrohr „Deutsche Stimme“ (2000) lamentierte der Stammautor der „Jungen Freiheit“ Benoist darüber, dass sich die USA nach dem „Ende des Sowjetsystems“ als einzige Weltmacht durchsetzten. Dies sei, so Benoist, „der Grund dafür, dass die Globalisierung mit der Amerikanisierung einhergeht“. Benoist weiter: „Die Globalisierung zielt vordergründig auf die Finanzmärkte, die Technologie und die Information. Viel weitergehender jedoch vollzieht sie sich unter zwei Gesichtspunkten, nämlich zugleich einem wirtschaftlichen und einem moralischem: Die erstrangige Funktion der Menschenrechts-Ideologie besteht darin, zur Öffnung der Märkte beizutragen. Diese Internationalisierung der Wirtschaft und der ‚Moral‘ erweckt überall Widerstände der politischen und kulturellen Ordnungen. Diese Widerstände sind häufig genug schlichte Verkrampfungen der Identitäten, begleitet von ethnisch motivierten Gewalttaten, von Bürgerkriegen und verschiedenen Fundamentalismen.“

Rechtsextremisten, die mittlerweile als schärfste Kritiker und Gegner des Prozesses der Globalisierung auftreten globalisieren sich ihrerseits selbst.

Das Transistorthema Globalisierung steht im rechtsextremen Kontext wahrhaft global für die Macht (jüdisch dominierten) Großkapitals, für amerikanischen Kulturimperialismus und für einen „multirassischen Genozid“ bzw. ein „rassezerstörendes Trümmerfeld“, das „von Washington, Wall Street und Hollywood angestrebt wird“, wie es der BNP-Vorsitzende Nick Griffin in einem Interview mit der Deutschen Stimme formuliert. Diese „Weltanschauung“ ist wiederum anschlussfähig an einzelne fundamentalistische Kräfte in der islamischen Welt. In diesem Sinne ist es dann nicht mehr entscheidend, ob die USA als „zionistisch okkupiert“ oder als „großer Satan“ angesehen werden, das World Trade Center gilt in beiden Fällen als überragendes Symbol der „mammonistischen Weltherrschaft“. (Horst Mahler)

Aktuell: Prozess Horst Mahler

Für eine Einführung zur Person siehe das „Handbuch Rechtsradikalismus“ (Hrsg. Von Thomas Grumke und Bernd Wagner), S. 278ff.

Aktuell: Am 9. November 2003 gründete Mahler mit Frank Rennie und vielen international tätigen Holocaust-Leugnern den sog. „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten (VRBHV)“. Bereits am 30. Juli 2003 versammelten sich Mahler und Vereins-Aktivisten auf der Wartburg (die Polizei verhinderte den ursprünglich geplanten Auftritt im ehemaligen Vernichtungslager in Auschwitz), wo die Mahler-Anhänger die von ihm vorgesagten Sätze „Den Holocaust gab es nicht“ und „Das Deutsche Reich kommt im Aufstand des Deutschen Volkes zu sich“ nachsprachen.

Seit dem 6. Februar 2004 müssen sich Mahler und seine Mitstreiter Dr. Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung vor dem Landgericht Berlin verantworten. Lange vorher war dies als „Wortergreifung“ angekündigt. Das Gericht wird von Mahler nicht anerkannt und als Vertreter einer Feindmacht beschrieben. Mahler tut sich durch endlose Monologe vor Gericht hervor, die sogar die treuesten Anhänger vor eine Geduldsprobe stellen.

Verteilt werden für die Gruppenarbeit: a) ein Textausschnitt der Einlassungen Mahlers vor dem Berliner Landgericht; b) die folgende E-Mail-Passage:

„Von: Horst Mahler [mailto:hm@deutsches-kolleg.org]

Gesendet: Sonntag, 8. Februar 2004 09:45

An: 'Wolfgang.Thierse@bundestag.de'

Betreff: An alle Bundestagsabgeordneten: Anklage wegen schwerster
Kriegsverbrechen gegen das Deutsche Volk

Sehr geehrte Damen und Herren,
in dem gegen mich wegen vermeintlicher Volksverhetzung durchgeführten
Verfahren habe ich am 6. Februar 2004 in öffentlicher Verhandlung einen auf Carlo

Schmid gestützten Beweisantrag verlesen, in dem ich darlege, daß Sie sich als Kollaborateure der Feindmächte eines schweren Kriegsverbrechens gegen das Deutsche Volk schuldig gemacht haben. Nach dem fortgeltenden Reichsrecht steht darauf die Todesstrafe. Die Gerechtigkeit wird ihren Lauf nehmen...“

3.2. Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. Eine vergleichende Analyse für die Handlungsfelder „Politik“, „Aktion“ und „Gewalt“

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber

Einleitung und Fragestellung

Folgt man der Berichterstattung mancher Medien, so handelt es sich beim Rechtsextremismus um ein überwiegend ostdeutsches Phänomen. Trifft diese pauschalisierende Einschätzung zu? Oder wurden einseitig einzelne Vorkommnisse zu einer solchen Bewertung herangezogen? Gilt die Aussage für alle Bereiche des Rechtsextremismus oder nur für einzelne Handlungsfelder? Wie ist die Entwicklung in diesem politischen Lager vergleichend einzuschätzen? Um diese und viele weitere ähnliche Fragen zu beantworten, bedarf es einer differenzierten Darstellung und Analyse des Rechtsextremismus in der erweiterten Bundesrepublik am Anfang des 21. Jahrhunderts (vgl. Pfahl-Traughber 1999, Stöss 1999). Hierbei ist nicht nur hinsichtlich der Entwicklungen in den östlichen und westlichen Bundesländern vergleichend zu fragen. Darüber hinaus gilt es für eine solche Analyse, die unterschiedlichen Handlungsfelder des Rechtsextremismus in Gestalt von „Politik“, „Aktion“ und „Gewalt“ gesondert zu betrachten.¹

Politik: Entwicklung der Parteien und der Wählerzustimmung

Zunächst zum Bereich der Parteien: Hierzu kann allgemein festgestellt werden, dass es seit den neunziger Jahren keiner rechtsextremistischen Partei gelang, sich bundesweit als Wahlpartei zu etablieren. Bei Wahlen lässt sich ein wellenartiges Auf und Ab ausmachen, wobei die letztgenannte Tendenz vorherrschte. Lediglich in bestimmten Phasen konnten die Parteien vorübergehend Wahlerfolge von über fünf Prozent der Stimmen erlangen: Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) (vgl. Hoffmann/Lepszy 1998; Obszerninks/Schmidt 1998) erhielt 1991 in Bremen 6,2 Prozent, 1992 in Schleswig-Holstein 6,3 Prozent, 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent und 1999 in Brandenburg 5,3 Prozent der Stimmen. Für die Partei „Die Republikaner“ (REP) (vgl. Jaschke 1990; Leggewie 1990) votierten in Baden-Württemberg 1992 10,9 Prozent und 1996 9,1 Prozent der Wähler. Bei allen anderen Wahlen bewegte sich die Zustimmung für die genannten Parteien und die noch gesondert zu behandelnde „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) zusammen meist zwischen zwei und vier Prozent der Stimmen. Eine Ausnahme stellen nur die Landtagswahlen 2001 in Baden-Württemberg dar, wo die REP 4,4 Prozent der Stimmen erhielten und aus dem Landtag hinausfielen.

Von einer Etablierung als Wahlpartei für eine rechtsextremistische Partei auf landespolitischer Ebene kann demnach lediglich ansatzweise in zwei Fällen gesprochen werden: Zum einen zeitweise für Baden-Württemberg aufgrund des zweimal hintereinander erfolgten Einzugs der REP ins Landesparlament mit einer relativ hohen Wählerzustimmung von jeweils um die zehn Prozent und zum anderen für Bremen auf niedrigem Niveau aufgrund des mehrfachen Einzugs der DVU in die Bürgerschaft. Zwar erhielt die Partei 1995 nur 2,5 und 1999 nur drei Prozent der Stimmen, sie erlangte aber angesichts einer Zustimmung von über fünf Prozent in Bremerhaven aufgrund einer wahlrechtlichen Besonderheit trotzdem einen Sitz in der Bürgerschaft. In den neuen Bundesländern konnte bislang lediglich die DVU in den zwei vorgenannten Ländern bei Wahlen Zustimmungen von über fünf Prozent der

¹ Die Darstellung erfolgt aus Sicht der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung. Vgl. zur Definition von Rechtsextremismus und zur Unterscheidung der Handlungsfelder Pfahl-Traughber 1999: 11-20.

Stimmen erhalten. Auch wenn diese Erfolge für die Partei sich in den letzten beiden Jahren ereigneten deutet dies keineswegs eine zukünftige Etablierung der DVU als Wahlpartei in Ostdeutschland an, erhielt sie doch bei den Landtagswahlen 1998 in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 2,9 und 1999 in Thüringen nur 3,1 Prozent der Stimmen.

Daher lässt sich hinsichtlich der Wählerzustimmung zusammenfassend feststellen, dass sie bis Ende der neunziger Jahre eindeutig in den westlichen Bundesländern überwog und erst in den letzten Jahren zwei Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in den östlichen Bundesländern zu verzeichnen waren. Da dem zur gleichen Zeit zwei aus rechtsextremistischer Sicht als Misserfolge anzusehenden Wahlkandidaturen gegenüberstanden, lässt sich die Auffassung, wonach die Schwerpunkte in der Wählerzustimmung von West nach Ost übergewechselt seien, nicht aufrechterhalten. Gleichwohl stieg in den letzten Jahren in den östlichen Bundesländern die Bereitschaft zur Wahl rechtsextremistischer Parteien gegenüber der Bereitschaft im Westen an. Im Rückblick fällt darüber hinaus auf, dass die REP in den alten Bundesländern zwar ab und an einen relativen Wahlerfolg verbuchen konnten, ihnen in den neuen Bundesländern im Unterschied zur DVU noch nicht einmal ein Achtungserfolg gelang. Dies erklärt sich möglicherweise durch das unterschiedliche politische Image, das sich beide Parteien in der Öffentlichkeit zu geben versuchen. Während die REP ihre rechtsextremistischen Positionen häufig hinter einem seriös-konservativ wirkenden Erscheinungsbild zu verbergen suchen, setzt die DVU auf platte Parolen, die direkt an Aversionen gegen etablierte Politik und Ressentiments gegen Fremde anknüpfen. Offensichtlich stößt diese Agitationstechnik bei der rechtsextremistischen Wählerschaft in den östlichen Bundesländern auf eine höhere Zustimmung als die Variante der REP.

Die These, dass die Parteien sich dort bislang nicht als Wahlparteien etablieren konnten, bestätigt auch der Blick auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Organisationsstrukturen. Hierbei müssen allerdings die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen für das Entstehen und die Entwicklung rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse in Erinnerung gerufen werden: Während mit einer Ausnahme – das Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) 1952 – sich Parteien dieses politischen Lagers in den alten Bundesländern frei entfalten konnten, waren sie in der DDR bis unmittelbar vor ihrer Auflösung als Staat im Jahre 1990 verboten. Nach der Öffnung der Grenzen versuchten die westdeutschen rechtsextremistischen Parteien in der damals noch existierenden DDR und danach in den neuen Bundesländern eigene Organisationsstrukturen aufzubauen. Hoffnungen auf einen massenhaften Zulauf blieben allerdings unerfüllt. Nur schleppend ging der Aufbau von Landes-, Kreis- und Ortsverbänden voran (vgl. Pfahl-Traughber 1992: 12f.). Von den im Jahr 2001 den REP angehörenden 11500² und der DVU angehörenden 15000 Mitgliedern, waren nur unter zehn bzw. fünf Prozent in den östlichen Bundesländern organisiert. In den letzten Jahren sank sogar der Anteil der ostdeutschen Mitglieder in beiden Parteien kontinuierlich (vgl. Stöss 1999: 100).

Politik und Aktion: Die Entwicklung der NPD

Einen Sonderfall gegenüber der formulierten allgemeinen Einschätzung zur Situation des rechtsextremistischen Parteienlagers stellt die NPD dar. Die Partei hatte zu Beginn der neunziger Jahre den Tiefpunkt ihrer Entwicklung erreicht und sich gespalten (vgl. Wagner 1992). Daher gelang es ihr zunächst noch weniger als den beiden anderen rechtsextremistischen Parteien, eigene Strukturen in den neuen Bundesländern aufzubauen, was sich allerdings in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre schlagartig ändern sollte. Diese Entwicklung hing eng mit einer ideologischen, organisatorischen und strategischen Veränderung zusammen: Die Zahl der Mitglieder betrug 1996 3500, stieg aber in den beiden folgenden Jahren kontinuierlich an, und zwar 1997 auf 4300 und 1998 auf 6000. 1999 stagnierte die Entwicklung, 2000 stieg die Mitgliederzahl erneut auf 6500, um 2001 erneut zu stagnieren. Ideologisch kam es einerseits zu einer Verschärfung der verbalen Ablehnung des demokrati-

² Alle Zahlenangaben zu Mitgliedern rechtsextremistischer Organisationen sowie von Straftaten im Folgenden nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 1991ff.

schen Verfassungsstaates, andererseits zu einer Neuorientierung hin zu einem „nationalen Sozialismus“, der mit einer antikapitalistischen und völkischen Orientierung einhergeht. Strategisch ergänzte man die traditionellen parteipolitischen Aktivitäten durch eine stärkere aktionsorientierten Vorgehensweise, die sich insbesondere in öffentlichen Aufmärschen mit Neonazis und Skinheads artikuliert (vgl. Pfahl-Traughber 1999a).

All diese Veränderungen hängen eng mit den für die Partei bedeutsamen Entwicklungen in den östlichen Bundesländern zusammen, denn insbesondere von dort kam die überwiegende Zahl der neuen Mitglieder. In Sachsen besteht etwa mit 1100 Mitgliedern der mit Abstand stärkste Landesverband. Zulauf erhielt die Partei dort insbesondere von jüngeren Männern, wohingegen die westlichen Landesverbände in ihrer Zusammensetzung stark überaltert sind. In den östlichen Bundesländern entwickelte sich auch die gegen die bisherige besitzbürgerliche Auffassung stehende neue ideologische Linie der Partei. Insbesondere mit der Ablehnung des Kapitalismus konnte man darüber hinaus an entsprechende Vorbehalte aus DDR-Zeiten anknüpfen und vermengte sie ideologisch mit den Forderungen nach einer ethnisch und politisch homogenen Gemeinschaft. Damit näherte sich die Partei programmatisch geistigen Strömungen des Rechtsextremismus der zwanziger Jahre, die eine Verknüpfung von „Nation“ und „Sozialismus“ beabsichtigten.

Mit diesem Prozess einher ging die zunehmende Öffnung der Partei und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) für Aktivisten aus der Neonazi-Szene. Einigen von ihnen gelang es sogar, bis in hohe Funktionen der NPD, wie etwa den Bundesvorstand aufzusteigen, wobei auch hier die Entwicklung insbesondere von den östlichen Landesverbänden aus erfolgte, wenngleich es auch ähnliche Tendenzen von allerdings geringerer Bedeutung in den westlichen Landesverbänden gab. Außerdem integrierte die Partei zahlreich rechtsextremistische Skinheads bzw. nutzte sie als Mobilisierungspotential bei öffentlichen Aufmärschen. Solche gelangen der NPD in den letzten Jahren mitunter mit größeren Teilnehmerzahlen zwischen 1000 und 5000 Personen – und zwar sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern. Hierbei fällt auf, dass die Anlässe unterschiedlicher Natur waren: Während im Westen insbesondere der Protest gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ den Anlass bot, standen sozialpolitische Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“, „Gegen Euro und Großkapital“ oder „Unser deutsches Land in Arbeiter- und Bauernhand“ im Mittelpunkt der Aufmärsche im Osten.

Zwar konnte die NPD mit solchen Demonstrationen in den letzten Jahren mehrmals so viele Aktivisten mobilisieren, wie es seit dem Beginn der siebziger Jahre Rechtsextremisten nicht mehr gelang. Bei Wahlen erzielte die Partei demgegenüber aber keine sonderlichen Erfolge, bewegte sich die Zustimmung bei Bundes- und Landtagswahlen doch lediglich zwischen 0,2 und einem Prozent der Stimmen. Selbst ihrem mitgliederstärksten Landesverband in Sachsen gelang bei den Landtagswahlen 1999 mit 1,4 Prozent lediglich ein Achtungserfolg. Damit konnte man zwar an der staatlichen Wahlkampfkostenrückzahlung partizipieren und sich finanziell sanieren, von einer Etablierung als Wahlpartei lässt sich für die NPD allerdings noch nicht einmal in Ansätzen sprechen. Dafür erweist sie sich insbesondere in den östlichen Bundesländern als ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für rechtsextremistische Aktionen.

Als Reaktion auf die im Sommer 2000 gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit für den Rechtsextremismus forderten zunehmend Politiker ein Verbot der Partei, wende sie sich doch aggressiv-kämpferisch gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag reichten 2001 beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verbot ein.

Aktion: Die Neonazi-Szene in Ost- und Westdeutschland

Bei den Anhängern der Neonazi-Szene handelt es sich um Personenzusammenschlüsse, die sich ideologisch auf den historischen Nationalsozialismus beziehen und seit Anfang der

siebziger Jahre unter den unterschiedlichsten Bezeichnungen existierten (vgl. Pfahl-Traughber 1997). Öffentlich in Erscheinung traten sie durch provozierende Aufmärsche und aggressive Propagandaaktivitäten, aber auch durch Gewalttaten von einzelnen Angehörigen. Gegen Ende der achtziger Jahre verlor die Szene immer mehr Aktivisten, die Zahl der organisierten Neonazis sank von 1987 2100 auf 1989 1500 Personen. Auch dieses Lager des Rechtsextremismus erhoffte sich, nach Öffnung der Grenzen in der damals noch bestehenden DDR und den späteren östlichen Bundesländern neue Anhänger zu finden. Ansprechen konnte man dabei dort bereits vor 1989 bestehende informelle neonazistische Kleingruppen, woraus auch in den Westen abgeschobene, später relativ bekannt gewordene Neonazis stammten. Mit deren Hilfe gelang der Aufbau eigener Organisationsstrukturen im Osten, wozu etwa die im Januar 1990 entstandene „Nationale Alternative“ (NA) gehörte. Weitaus bedeutsamer wurde allerdings die 1989 noch im Westen gegründete „Deutsche Alternative“ (DA), die mit rund 350 Mitgliedern 1992 zur größten neonazistischen Organisation in den neuen Bundesländern anwuchs (vgl. Pfahl-Traughber 1992: 13f.; Siegler 1991: 45-60).

Insgesamt erlebte durch diese Entwicklung die Szene einen Aufschwung und konnte neue Anhänger gewinnen. Deren Zahl stieg von 1991 von 1400 im Vorjahr auf 2100 an, die Zahl der Gruppen wuchs im gleichen Zeitraum von 27 auf 30. Parallel dazu entstanden informelle Personenzusammenschlüsse von gewaltbereiten Rechtsextremisten wie den Skinheads. Zu ihnen zählten 1991 bereits 4200 Personen. Insbesondere in den östlichen Bundesländern wirkten die beiden Szenen im Laufe der Zeit immer enger zusammen, während in den westlichen Bundesländern zunächst noch stärker gegenseitige Vorbehalte feststellbar waren. Die weitere Entwicklung des neonazistischen Lagers sah sich seit 1992 einer besonderen Situation ausgesetzt: Von staatlicher Seite erfolgte eine Welle von Verbotsmaßnahmen. Darüber hinaus kam es zu einer Reihe von Demonstrations- und Veranstaltungsverböten sowie zu Exekutivmaßnahmen gegen einzelne Aktivisten, wobei neben Organisationsunterlagen und Propagandamaterial auch militärähnliche Ausrüstungsgegenstände und Waffen sichergestellt wurden.

Diese staatlichen Maßnahmen führten zunächst zu einer starken Verunsicherung der Neonazis, darüber hinaus verloren deren Angehörige durch die Auflösung der Organisationsstrukturen ihre Aktionsfähigkeit. Als Reaktion auf solche Entwicklungen sah sich die zersplitterte Szene fortan dazu genötigt, die bisherige Abgrenzung in konkurrierende Gruppen zumindest tendenziell aufzugeben und aufeinander zuzugehen. Dabei strebte man allerdings nicht unbedingt eine einheitliche Organisation an, sondern wollte vielmehr über gemeinsame Aktionsorientierungen, kommunikative Vernetzung und autonome Strukturen neue Handlungsmöglichkeiten austesten (vgl. Pfahl-Traughber 1997a). Nahezu im gesamten Bundesgebiet bildeten sich ab 1994 in unterschiedlichem Ausmaß neue regionale, zum Teil konspirativ arbeitende Personenzusammenschlüsse in Form von „Nationalen Kameradschaften“ heraus. Deren Zahl stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an: von 80 im Jahr 1998 auf 150 im Jahr 2001. Insbesondere in den neuen Bundesländern nahm ab 1996 die Form der Organisation der Szene über „Kameradschaften“ zu. Dort waren bei einem Anteil der Ostdeutschen von 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung gegen Ende der neunziger Jahre fast die Hälfte der 2200 Neonazis aktiv. Insofern kann für diesen Teil des Rechtsextremismus ein Schwerpunkt in den östlichen Ländern konstatiert werden.

Ihre Kampagnenfähigkeit gewann die Szene zunächst nur eingeschränkt zurück: Neben mehreren Verbotsmaßnahmen gegen Aufmärsche und Versammlungen waren dafür die Unfähigkeit zur bundesweiten Koordination dieser „Kameradschaften“ und die Differenzen zwischen den jeweiligen Führungspersonen ausschlaggebend. So konnte man etwa 1999 und 2000 keinen zentralen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch durchführen. Ein Wandel setzte erst ab Herbst 2000 ein, gelang es dem Neonazi Christian Worch doch mehrmals, Verbote von Demonstrationen durch das Bundesverfassungsgericht aufheben zu lassen. Dies führte sowohl zu einem Anstieg der Demonstrationen als auch zu einem Anstieg der Teilnehmer-

zahlen. So führten Neonazis 2001 auch ohne die direkte Unterstützung der NPD drei Großdemonstrationen mit zwischen 900 und 2000 Aktivisten durch.

Aktion und Gewalt: Die Entwicklung der rechtsextremistischen Skinhead-Subkultur

Dies gilt in noch weitaus stärkerem Ausmaß für die Gruppe der rechtsextremistisch orientierten Skinheads. Hierbei handelt es sich um eine Ende der sechziger Jahre in Großbritannien entstandene Subkultur (vgl. Menhorn 2001), die sich hauptsächlich aus Jugendlichen des Arbeitermilieus zusammensetzte. Straßenkämpfe, hoher Alkoholkonsum und die Begeisterung für Fußball waren ebenso wichtige identitätsstiftende Merkmale wie Bomberjacken, hochgekrempelte Jeans mit breiten Hosenträgern und Doc-Martens- oder Springerstiefel. Zunächst blieb die Skinhead-Szene weitgehend unpolitisch, sah sich aber Mitte der siebziger Jahre Politisierungsbestrebungen von neonazistischen Organisationen ausgesetzt, was zur Spaltung der Subkultur in einen nicht-rechtsextremistischen und in einen rechtsextremistischen Teil führte. Eine ähnliche Entwicklung ließ sich in der Bundesrepublik und nahezu zeitgleich in der DDR um gut zehn Jahre später feststellen. Auch hier bildeten sich lockere Personenzusammenschlüsse von rechtsextremistisch orientierten Skinheads heraus. Vereinahmungsversuche von Neonazi-Gruppen in der Bundesrepublik blieben allerdings zunächst erfolglos, ließen sich die Angehörigen der Subkultur doch trotz vieler ideologischer Gemeinsamkeiten aufgrund ihrer Ablehnung von diszipliniertem Handeln und festen Strukturen nur schwerlich in Organisationen einbinden (vgl. Farin/Seidel-Pielen 1993; Farin, 1997; Menhorn 2001).

Das politische Denken in dieser Szene nahm nicht die Form von geschlossenen Ideologien an. Vielmehr handelte es sich meist um diffuse Vorstellungen und platte Feindbilder, die sich weniger in programmatischen Überlegungen als vielmehr in aggressiven Parolen nationalsozialistischer und rassistischer Art artikulierten (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 1998; 2000). Insbesondere in den Texten von rechtsextremistischen Skinhead-Bands kommen sie zum Ausdruck. So heißt es etwa in einem Lied der Band „Tonstörung“ von 1992: „Wetz Dir Deine Messer auf dem Bürgersteig, laß die Messer flutschen in den Judenleib“ oder in einem Song der Gruppe „Volkszorn“ von 1994: „Große, kleine Punker schlagen, tausend dumme Türken jagen, das ist das, was mir gefällt“. Die Band „Zillertaler Türkenjäger“ forderte 1997 in einem Stück mit „Tritten in die Schnauze“ gegen „Zecken und Ali-Banden“ vorzugehen und die Gruppe „Die Härte“ textete 1999 „Hurra, hurra, ein Nigger brennt!“ (vgl. Baacke 1994; Baacke/Farin/Lauffer 1999). Die in diesen Aussagen deutlich werdende Gewaltgeneigtheit gilt als typisches Merkmal der Szene und entlud sich immer wieder in militanten Aktionen gegen Angehörige von als gegnerisch eingeschätzten gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Fremde, „Linke“, Obdachlose etc.).

Im Laufe der neunziger Jahre wuchs das Potential dieser Szene kontinuierlich an, und zwar von 4200 1991 auf 5600 1993, von 6200 1995 auf 7600 1997. 1999 zählten 9000, 2000 9700 und 2001 10400 Personen zur Gruppe der gewaltgeneigten Skinheads. Vergegenwärtigt man sich diese Zahlen auch in vergleichender Betrachtung, so lässt sich feststellen, dass dieser Bereich des Rechtsextremismus in den neunziger Jahren der einzige Bereich war, der nicht durch Stagnation, sondern durch ein kontinuierliches Anwachsen der Zahl von Anhängern gekennzeichnet ist. Über die Hälfte dieses Personenpotentials findet sich in den östlichen Bundesländern bei einem dortigen Gesamtbevölkerungsanteil von einem Fünftel. Überregional aktive Szenen bildeten sich in Südbrandenburg, Süd- und Ostthüringen und Westsachsen. Darüber hinaus bestehen in vielen weiteren Regionen, sowohl im städtischen Raum wie in kleineren Gemeinden, regional aktive Szenen. Dieser Schwerpunkt in Ostdeutschland zeigt sich auch am Beispiel von Berlin, wo Skinhead-Gruppen insbesondere in den östlichen Stadtteilen aktiv sind. In den westlichen Ländern bestehen größere Szenen insbesondere in einzelnen Regionen von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen.

Mit dem quantitativen Anwachsen des Skinhead-Potentials und seiner kontinuierlichen Präsenz an bestimmten Orten einher ging auch eine stärkere Strukturierung der Szene. Sie zeigte sich bei den Bemühungen der international aktiven Skinhead-Bewegung „Blood & Honour“, die gegen Ende der neunziger Jahre zunehmend Aktivisten für sich gewinnen konnte, oder bei der Gruppe der „Hammerskins“, die in dieser Hinsicht allerdings nicht so erfolgreich wirkte und nur geringen Einfluss entfaltete. Gebremst wurde dieser Prozess durch das im September 2000 erfolgte Verbot von „Blood & Honour – Division Deutschland“ durch das Bundesministerium des Innern. Es führte direkt zur Auflösung handlungsfähiger Strukturen und indirekt zum Rückgang der Konzertveranstaltungen. Der außerhalb der Organisation bestehende Vertrieb von Tonträgern mit rechtsextremistischer Musik war davon weniger betroffen und erfolgte weiter.

Parallel zu den Strukturierungstendenzen änderte sich auch das Verhältnis zu rechtsextremistischen Organisationen von Teilen der Skinhead-Szene. Vor allem in den östlichen Bundesländern schlossen sich verstärkter regionale Führungspersonen der Szene der NPD oder neonazistischen „Kameradschaften“ an. Auch wenn sich die Mehrheit der rechtsextremistischen Skinheads einer Einbindung in damit zusammenhängende Organisationsstrukturen nach wie vor verweigert, steigt das Ausmaß der Kooperation ständig an, wovon etwa gemeinsame Aufmärsche mit über tausend Teilnehmern aus diesen drei Bereichen des Rechtsextremismus zeugen. Damit kommt es immer mehr zu einer Aufweichung der bisherigen Abgrenzung, wobei auch hier die Entwicklung in den ostdeutschen Ländern stärker als in den westdeutschen Ländern ausgeprägt ist.

Exkurs: Das Ausmaß der alltagskulturellen Dominanz der rechtsextremistischen Szene

Vor dem Hintergrund dieser Tendenzen und der regionalen Präsenz von Angehörigen der Szene wurde sowohl aus deren Lager als auch in der kritischen Medienberichterstattung vom Bestehen „national befreiter Zonen“ gesprochen. Bei der Auseinandersetzung mit diesem Aspekt ist um des Verständnisses der gesellschaftlichen Bedeutung des Angesprochenen eine möglichst klare und trennscharfe Definition dieser Bezeichnung notwendig. Von „befreiten Zonen“ sprachen etwa die lateinamerikanischen Guerilla-Bewegungen gegen autoritäre Systeme in den sechziger und siebziger Jahren. Gemeint war damit die Kontrolle über bestimmte Regionen eines Landes, wo nicht mehr die Staatsorgane, sondern die Angehörigen solcher Bewegungen dauerhaft dominierten. In einem formal ähnlichen Sinne forderte auch ein Strategiepapier der NPD-Untergliederung „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB) aus dem Jahr 1991 die Schaffung „befreiter Zonen“. Darin heißt es: Man müsse Freiräume schaffen, in denen man faktisch die Macht ausübe, in denen man sanktionsfähig sei und Feinde bestrafen könne. Man müsse so handeln, dass man in einem Meer der Sympathie schwimme und von der Bevölkerung akzeptiert werde.³ „Befreite Zone“ meint in diesem Sinne somit ebenfalls eine gesellschaftliche Hegemonie und staatsähnliche Kontrolle über ein bestimmtes Territorium.

Zunächst wurde dieses Konzept in der Szene nicht breiter rezipiert. Gleichwohl kam es in Verbindung mit den bereits beschriebenen Entwicklungen – einerseits des Anwachsens des Skinhead-Potentials und andererseits von dessen verstärkter Kooperation mit NPD- und Neonazi-Aktivisten – vor allem in den neuen Bundesländern in bestimmten Gegenden und zu bestimmten Zeiten zur alltagskulturellen Präsenz der Szene. An gewissen öffentlichen Orten versammelten sich regelmäßig deren Angehörigen zur Abendzeit und ließen durch die schlichte Anwesenheit, aber auch durch aggressives Agieren eine bedrohliche Atmosphäre entstehen. Brutale Gewalttaten gegen als Fremde oder „Linke“ angesehene Personen erhöhten diese Wirkung noch und ließen den Eindruck von einer regionalen Dominanz der Szene aufkommen. Der langjährige Beobachter des ostdeutschen Rechtsextremismus Bernd Wagner bemerkte dazu: „Zunehmend sind kleine Kommunen betroffen. In einem Ort wie

³ Vgl. *Vorderste Front*, Nr. 2/Juni 1991, S. 4 und 6.

Mahlow in Brandenburg oder Muldenstein in Sachsen-Anhalt kann eine Gruppe von 30 oder 40 Personen den öffentlichen Raum vollständig beherrschen: Jugendclubs, Bahnhöfe, Tankstellen oder Marktplätze mit einer gewissen Aura versehen.“ (Wagner 1998: 7; vgl. Schröder 1997). Vor dem Hintergrund der damit verbundenen Entwicklungen lässt sich durchaus vom Entstehen einer diesbezüglichen sozialen Bewegung in den östlichen Bundesländern sprechen.

Hierbei handelt es sich in der historisch-vergleichenden Betrachtung um eine neue Qualität in gleich zweierlei Hinsicht: Zum einen war nach 1949 bislang eine derartige regionale Dominanz gewaltbereiter Rechtsextremisten nicht feststellbar und zum anderen besteht mit den Skinheads in diesem Zusammenhang erstmals eine eigene rechtsextremistische Jugendkultur mit Ausstrahlung in das allgemeine Jugendmilieu hinein. Gleichwohl darf vor dem Hintergrund dieses Sachverhalts nicht das Entstehen einer solchen Situation auf die strikte Befolgung der vorgenannten Konzeption der "national befreiten Zonen" zurückgeführt werden. Bei derartige Zusammenhänge suggerierenden Medienberichten rationalisierte man häufig diese Entwicklungen zu Konsequenzen strategischer Vorgaben, wozu die Szene weder intellektuell noch konzeptionell in der Lage war und ist. Vielmehr entstand die regionale alltagskulturelle Dominanz von Szene-Angehörigen automatisch durch das Anwachsen dieses Personenpotentials, die gesellschaftliche Präsenz und das aggressive bis gewalttätige Agieren. Vom Bestehen „national befreiter Zonen“ im oben erwähnten Sinne kann indessen nicht gesprochen werden. Die Bezeichnung unterstellt die flächendeckende und längerfristige Aufhebung des Gewaltmonopols und der Souveränität des demokratischen Rechtsstaates in bestimmten Regionen, was zwar die Rechtsextremisten beabsichtigen, aber auch in den erwähnten Orten der zeitlich begrenzten alltagskulturellen Dominanz in dieser Form nicht feststellbar ist. Gleichwohl stellt die damit verbundene Entwicklung eine nicht hinzunehmende Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar, gestattet sie doch nicht allen Personen, sich gefahrlos an solchen Orten zu bewegen.

Gewalt: Entwicklung und Einschätzung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten

Und schließlich soll noch der Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten als der folgenreichsten Handlungsebene des Rechtsextremismus gesondert Aufmerksamkeit gezollt werden. Zunächst zur rein quantitativen Dimension: Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten stieg Anfang der neunziger Jahre rapide an und zwar von 178 1990 auf 849 1991 und 1485 1992. Danach sank die Zahl von 1322 1993 auf 784 1994 und 612 1995. Anschließend kam es wieder zu einem Anstieg von 624 1996 auf 790 1997 und danach wieder zu einem erneuten Sinken auf 708 und erneutem Anstieg auf 746 1999 und 998 2000. Auch wenn der gegenwärtige Stand nur noch zwei Drittel der Gewalttaten auf dem Höhepunkt der Entwicklung im Jahr 1992 ausmacht, stabilisierten sich doch die Zahlen auf einem relativ hohen Niveau, das vor Beginn der neunziger Jahre nie erreicht wurde. In allen Jahren zeigte sich bei der Verteilung der Gewalttaten nach Bundesländern, dass die Zahl der Gewalttaten im Osten weitaus höher lag als im Westen. So wurden etwa 2000 in den neuen Bundesländern 2,21 Gewalttaten je 100000 Einwohner registriert und in den westlichen Ländern 0,95. Berücksichtigt man darüber hinaus noch den unterschiedlich hohen Ausländeranteil – in den westlichen Ländern liegt er zwischen 8,1 und 15,2 Prozent und in den östlichen Ländern zwischen 1,5 und 2,3 Prozent der Bevölkerung – so wird noch mehr deutlich, wie sehr fremdenfeindliche Gewalttaten ein besonderes ostdeutsches Phänomen darstellen. Darüber hinaus veranschaulichen diese Zahlen, dass das Ausmaß der Gewalt offensichtlich nicht durch die hohe Zahl von anwesenden Ausländern bedingt ist. Das genaue Gegenteil lässt sich aus den Daten ablesen: In den Bundesländern mit einem relativ hohen Ausländeranteil kam es zu einem relativ geringen Ausmaß von rechtsextremistisch motivierter Gewalt.⁴

Wer sind nun die Täter? Auf diese Frage gab eine breit angelegte Untersuchung eines Trierer soziologischen Forscherteams um Helmut Willems mit Daten von 1991 und 1992

⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.8.2000, S. 5.

Auskunft. Die systematische Auswertung von Polizeiakten veranschaulichte, dass von den Tatverdächtigen nahezu alle Männer und mehr als ein Drittel unter 18 Jahre alt waren. Die Meisten verfügten nur über einen niedrigen Bildungsstatus. Mit 18 Prozent lag der Anteil der Arbeitslosen zwar über der Arbeitslosenquote der Jugendlichen insgesamt, war aber keineswegs so deutlich erhöht, wie immer wieder angenommen wird. Ähnliches gilt für die Bedeutung familiärer Desintegrationserscheinungen, die mit einer Verbreitung von knapp über 20 Prozent nicht wesentlich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung lagen. Für die Mehrzahl der Tatverdächtigen ließen sich Affinitäten und Zugehörigkeiten zu Skinhead- und anderen Gruppen mit fremdenfeindlichen Einstellungen (wozu auch Freizeitcliquen von Jugendlichen gehörten) nachweisen. Der größte Teil der fremdenfeindlichen Straftäter stellten aber unauffällige, „normale“ Jugendliche und Ersttäter dar. Fast ausschließlich begingen sie die gewalttätigen Aktionen gegen Ausländer als Gruppentat, was die Auffassung von den „irregeleiteten Einzeltätern“ widerlegt. Es kann bei entsprechenden Aktivitäten indessen nicht von einer Steuerung von außen gesprochen werden, da dies lediglich bei einer geringen Zahl von Fällen zutrifft. Auch stammten fast alle Täter aus der Nähe des Tatortes, sie waren somit keine „Reisetäter“ (vgl. Willems 1993 sowie Willems/Würtz/Eckert 1994).

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Untersuchungen des Kölner Kriminologen Frank Neubacher, der ebenfalls eine Inhaltsanalyse einschlägiger Urteile vornahm. Seine aus den Jahren 1990 bis 1994 stammenden Daten belegten ebenfalls einen besonders hohen Anteil von Taten in den östlichen Bundesländern, den nahezu ausschließlichen Männer-Anteil der Täter und den lediglich leicht überdurchschnittlichen Anteil von Arbeitslosen mit 21 Prozent. Mit diesem letztgenannten Aspekt widerlegte auch diese Studie weit verbreitete Auffassungen über die Ursachen für Handlungen fremdenfeindlicher Gewalttäter. Ihre Mehrheit hatte darüber hinaus ein materiell abgesichertes Zuhause und die Arbeitslosigkeit der Eltern spielte keine erkennbare Rolle. Auch die Täter selbst entstammten nicht mit dem Begriff „Desintegration“ zu beschreibenden Lebenszusammenhängen, was einen damit zusammenhängenden bekannten Erklärungsansatz des Pädagogen Wilhelm Heitmeyer widerlegt (vgl. Heitmeyer 1987; kritisch dazu: Pfahl-Traughber 1993). Beachtenswert an Neubachers Untersuchung im vorliegenden Kontext sind darüber hinaus noch seine Ausführungen zum Ost-West-Vergleich: Dabei gab es für ihn keine durchgehenden Abweichungen im Sinne einer höheren oder niedrigeren Auffälligkeit. Im Ganzen schienen ihm sogar die ostdeutschen Täter eher aus intakten und unbelasteten Lebensverhältnissen zu kommen. Allerdings sei der Anteil der Arbeitslosen unter den Tätern im Osten mit 33 Prozent signifikant höher als im Westen mit 14 Prozent (vgl. Neubacher 1999).

Neben den relativ spontan und unsystematisch durchgeführten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten verdienen auch die Tendenzen zur Entwicklung terroristischer Strukturen gesondertes Interesse. Derartige Debatten werden öffentlich häufig mit dem Schlagwort von der „Braunen Armee Fraktion“ verbunden, womit der relativ hohe logistische Entwicklungsstand des Linksterrorismus der siebziger Jahre zum Maßstab der Erkenntnis gemacht wird. Hierdurch entsteht allerdings für die gegenwärtige Diskussion ein Zerrbild, da Rechtsextremisten in Vergangenheit und Gegenwart nicht in der Lage waren, einen ähnlichen Planungsgrad wie die früheren Linksterroristen zu erreichen (vgl. Rabert 1995). Eine Struktur ähnlich der RAF besteht im neonazistischen Lager nicht. Gleichwohl existieren dort Konzeptionen und Verlautbarungen, Gewaltbereitschaft und Waffenlager, was allerdings lange Zeit nicht mit einander verbunden war und sich auch nicht in konkreten Anschlagsplänen umsetzte. Die Mehrheit der Szene lehnt darüber hinaus terroristisches Vorgehen aus taktischen Gründen ab, befürchtet man dadurch doch noch stärkere Exekutivmaßnahmen des Staates auszulösen. Seit Ende der neunziger Jahre mehren sich allerdings die Anzeichen dafür, dass einzelne Aktivisten ihre Sammlung von Sprengstoff und Waffen mit Anschlagsoptionen verbinden. Die beiden bisher ungeklärten Sprengstoffanschläge, 1998 auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinz Galinski und 1999 auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht

1941 bis 1944“ in Saarbrücken, stehen dafür. Gleiches gilt für Fälle im Raum Berlin und Brandenburg zwischen September 1999 und Juni 2000, wo es den Sicherheitsbehörden gelang, unmittelbar bevorstehende Anschläge zu verhindern.⁵ Angesichts dieser Tendenzen besteht zwar nicht die Gefahr eines Aufbaus fester terroristischer Strukturen. Wahrscheinlicher könnte vielmehr eine Art „Feierabend-Terrorismus“ in Gestalt des gewalttätigen Wirkens aus dem normalen Alltagsleben heraus oder das spontane Handeln von Einzeltätern ohne eine langfristige Konzeption und Zielsetzung sein. Eine diesbezügliche Schwerpunktsetzung der Entwicklung auf Ost- oder Westdeutschland lässt sich indessen hier nicht erkennen.

Bilanz und Einschätzung

Bilanziert man das oben Dargestellte hinsichtlich des Vergleichs der Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus in den alten und neuen Bundesländern, so kann folgendes zusammenfassend gesagt werden: Von einer allgemeinen Verlagerung des Rechtsextremismus von West- nach Ostdeutschland lässt sich in dieser Pauschalität nicht sprechen. Eine differenzierte Betrachtung muss die unterschiedlichen Handlungsebenen in dem politischen Lager unterscheiden und gesondert untersuchen. Hierbei zeigt sich ein anderer Zusammenhang: Je stärker der Rechtsextremismus auf eine politische Mitgestaltung in Form von aktiver Parteipolitik oder auf theoretische Begründungen in Form von „Ideologieproduktion“ orientiert ist, desto stärker findet man solche Tendenzen in den alten Bundesländern. Dafür sprechen sowohl das Fehlen eigenständiger Kulturorganisationen wie die organisatorische Unterentwicklung von DVU und REP im Osten. Je stärker der Rechtsextremismus auf Aktionen, Parolen und Gewalt hin ausgerichtet ist, desto eher findet man derartige Handlungsformen in den neuen Bundesländern. Ablesbar ist dies am dortigen überdurchschnittlich hohen Anteil von Neonazis und Skinheads sowie der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten. Diese Unterschiede erklären sich zwar nicht allein, aber auch mit der Alterszusammensetzung im Rechtsextremismus in Ost und West: In den neuen Bundesländern gehören diesem politischen Lager im Durchschnitt eher Angehörige jüngerer Altersgruppen an.

Darüber hinaus zeigt die vergleichende Betrachtung der unterschiedlichen Handlungsfelder für politische Aktivitäten, dass es sich beim Rechtsextremismus – entgegen eines vielfach bestehenden Eindrucks durch die Berichterstattung der Medien – keineswegs nur um ein ost-, sondern um ein gesamtdeutsches Phänomen handelt. Insbesondere das Engagement westlicher Rechtsextremisten zu Beginn der neunziger Jahre veranschaulicht, in welchem hohem Maße von deren Seite versucht wurde, Anstöße zur Entwicklung von ostdeutschen Strukturen zu geben. Daraus darf allerdings nicht geschlossen werden, dass es sich in Ostdeutschland um eine Art „importiertes“ Phänomen handelt. Dem widerspricht zum einen die informelle Existenz von neonazistischen Personenzusammenschlüssen und von Skinheads als Jugendkultur bereits zu DDR-Zeiten, andererseits das Anknüpfen von Rechtsextremisten an durch das SED-Regime sozialisierte antidemokratische Einstellungen in der Bevölkerung. Gerade der letztgenannte Aspekt als Bestandteil der politischen Kultur in den östlichen Bundesländern kann in seiner Bedeutung kaum unterschätzt werden. Autoritarismus, Antipluralismus, Freund-Feind-Denken und Kollektivismus blieben auch nach 1989 als Mentalitäten weiterhin bestehen und artikulierten sich als extremistische Strukturprinzipien nun unter politisch „rechten“ Vorzeichen weiter.

Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass auch zu DDR-Zeiten antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung bestanden. Deren Existenz leugnete das SED-Regime allerdings aus politischen Gründen, wodurch es weder zu einer öffentlichen Auseinandersetzung um solche Fragen noch zur Einübung eines toleranten Umgangs mit Minderheiten kam. Und schließlich waren in Gestalt des Antiamerikanismus und des Antikapitalismus in der offiziellen DDR-Ideologie politische Auffassungen vorhanden, welche gegenwärtige Rechtsextremisten in ihrer Agitation ebenfalls als Anknüpfungspunkte nutzen

⁵ Vgl. *Der Tagespiegel* vom 20.6.2000, S. 9.

können. Gerade in der Thematisierung von sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen und deren inhaltlicher Verbindung mit rechtsextremistischen Grundpositionen zeigt sich dieser Zusammenhang immer wieder. Gegen den Hinweis auf das Fortleben bestimmter Bestandteile der politischen Kultur der DDR als mit verursachender Faktor für den Rechtsextremismus in den ostdeutschen Bundesländern spricht auch nicht der Hinweis darauf, dass viele der heute rechtsextremistischen Jugendlichen 1989 erst acht bis zwölf Jahre alt waren. Die erwähnten Mentalitäten sozialisierten vielfach Eltern und soziales Umfeld weiter.

Daher verwundert auch nicht die weiterhin bestehende Existenz unterschiedlicher Prägungen der politischen Kultur in den östlichen und westlichen Ländern (vgl. Falter/Gabriel/Rattinger 2000). Dies gilt ebenso für das gesplante Urteil über die Bundesrepublik Deutschland als Gesellschaft und System,⁶ wie für das Ausmaß rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen in den jeweiligen Bevölkerungen. Dabei fällt in der vergleichenden Betrachtung auf, dass das Potential zunächst in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in den westlichen Bundesländern höher war. Der Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter bezifferte es 1994 bezogen auf ein engeres Verständnis von Rechtsextremismus auf 5,5 Prozent im Westen und 3,7 Prozent im Osten und bezogen auf ein weiteres Verständnis von Rechtsextremismus auf 19,3 Prozent im Westen und 9,3 Prozent im Osten (vgl. Falter 1994; Stöss 1999: 29). Eine Untersuchung der Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer und Richard Stöss konstatierte für 1998 demgegenüber eine Verteilung des rechtsextremistischen Einstellungspotentials von 12 Prozent in den alten und 17 Prozent in den neuen Bundesländern (vgl. Niedermayer/Stöss 1998; Stöss 1999: 30-36). Auch wenn die quantitative Einschätzung aufgrund der Auswahl der Items sicherlich diskussionswürdig wäre, veranschaulichen diese Daten doch einen im vorliegenden Kontext wichtigen Aspekt: Der Anteil des rechtsextremistischen Einstellungspotentials war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in den östlichen Bundesländern höher.

Wie lässt sich diese Entwicklung erklären? Stöss wies darauf hin, dass die anfängliche große Zuversicht der ostdeutschen Bevölkerung in das westliche System von Demokratie und Marktwirtschaft in besonders herbe Enttäuschung umgeschlagen sei. Dieser Einschätzung kann sicherlich ebenso allgemein zugestimmt werden wie bezüglich der postulierten Wirkung. Allerdings erklärt diese Frustration nicht die politische Richtung der damit verbundenen Reaktion, die sich angesichts der Existenz einer als bedeutsame Kraft etablierten PDS auch in eine andere politische Richtung hätte wenden können. Neben der politischen Belastung dieser Partei durch ihre DDR-Vergangenheit spricht gegen eine solche Tendenz, worauf auch Stöss hinweist, die diffuse rechtsextremistische Grundeinstellung dieses Personenpotentials (vgl. Stöss 1999: 30-33). Da es sich hierbei um jüngere Altersgruppen handelt, kann dieses autoritäre und extremistische Einstellungspotential auch nicht mehr über eine traditionelle Anbindung an die PDS integriert werden. Hierin dürfte auch der eigentliche Grund für den Anstieg des rechtsextremistischen Einstellungspotentials in den östlichen Bundesländern zu sehen sein, besteht doch gerade bei der Altersverteilung der rechtsextremistisch Eingestellten im Osten und Westen ein auffälliger Unterschied: Während darunter in den alten Bundesländern eher die Älteren fallen, überwiegen in den neuen Bundesländern die Jüngeren (vgl. Kunkat 1999; Krüger/Pfaff 2001). Ohne die Entwicklung im Westen zu ignorieren, veranschaulichen diese Überlegungen, dass zukünftig insbesondere die Jugend im Osten am anfälligsten für die Deutungs- und Politikangebote des Rechtsextremismus sein dürfte.

Literatur:

Baacke, Dieter u.a. (Hrsg.) (1994): Rock von rechts, Bielefeld (Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur).

Baacke, Dieter/Farin, Klaus/Lauffer, Jürgen (Hrsg.) (1999): Rock von rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld (Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur).

⁶ Vgl. Die Woche vom 21. Mai 1999, S. 10.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (1998): Rechtsextremistische Skinheads. Entwicklung, Musik-Szene, Fanzines, Köln (BfV).

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2000): Skinheads. Bands & Konzerte, Köln (BfV).

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (1991ff.): Verfassungsschutzbericht 1990ff., Bonn bzw. Berlin (BMI).

Falter, Jürgen W. (1994): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München (C.H. Beck).

Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.) (2000): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen (Leske & Budrich).

Farin, Klaus (Hrsg.) (1997): Die Skins. Mythos und Realität, Berlin (Chr. Links Verlag).

Farin, Klaus/Seidel-Pielen, Eberhard (1993): Skinheads, München (C.H. Beck).

Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim-München (Juventa Verlag).

Hoffmann, Jürgen/Lepszy, Norbert (1998): Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Sankt Augustin (Konrad-Adenauer-Stiftung).

Jaschke, Hans-Gerd (1990): Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn (J.W. Dietz).

Kunkat, Angela (1999): „Rechtsextremistische Einstellungen und Orientierungen männlicher Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern“, in: Frieder Dünkel/Bernd Geng (Hrsg.), Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien, Mönchengladbach (Forum Verlag), S. 209-238.

Krüger, Heinz-Hermann/Pfaff, Nicole (2001): „Jugendkulturelle Orientierungen, Gewaltaffinität und Ausländerfeindlichkeit. Rechtsextremismus an Schulen in Sachsen-Anhalt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 45 vom 2. November, S. 14-23.

Leggewie, Claus (1990): Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin (Rotbuch Verlag).

Menhorn, Christian (2001): Skinheads - Portrait einer Subkultur, Baden-Baden (Nomos).

Neubacher, Frank (1999): Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren, Mönchengladbach (Forum Verlag).

Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Berlin (unveröffentlichtes Manuskript).

Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias (1998): DVU im Aufwärtstrend - Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster (Agenda Verlag).

Pfahl-Traughber, Armin (1992): „Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4 vom 10. Januar, S. 11-21.

Pfahl-Traughber, Armin (1993): „Nur Modernisierungsoffer? Eine Kritik der Heitmeyer-Studien“, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 40. Jg., Nr. 4, S. 329-336.

Pfahl-Traughber, Armin (1997): „Hitlers selbsternannte Erben. Die Neonazi-Szene. Zur Entwicklung einer rechtsextremistischen Subkultur“, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) Texte zur Inneren Sicherheit, Bd. 1, Bonn (BMI), S. 81-106.

Pfahl-Traughber, Armin (1997a): „Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 9, Baden-Baden (Nomos), S. 156-173.

Pfahl-Traughber, Armin (1999): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München (C.H. Beck).

Pfahl-Traughber, Armin (1999a): „Der ‚zweite Frühling‘ der NPD zwischen Aktion und Politik“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 11, Baden-Baden (Nomos), S. 146-166.

Rabert, Bernhard (1995): Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn (Bernard & Graefe Verlag).

Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek (Rowohlt).

Siegler, Bernd (1991): Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin (Edition Tiamat).

Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn (2. Aufl., Friedrich-Ebert-Stiftung).

Wagner, Peter M. (1992): „Die NPD nach der Spaltung“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 4, Baden-Baden (Nomos), S. 157-167.

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin (Zentrum Demokratische Kultur).

Willems Helmut u.a (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen (Leske & Budrich).

Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland (1994): Analyse fremdenfeindlicher Straftäter, Bonn (BMI).

Aus: Thomas Grumke / Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch des Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 29-42.

3.3. Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen Neuen Radikalen Rechten

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter

Wenn in den Verbotsanträgen gegen die NPD als zentraler Punkt die Wesensverwandtschaft mit der NSDAP herausgestellt wird, dann mag dies vielleicht für eine Reihe von Aussagen aus dieser Partei heraus zutreffen; für den gesamten Bereich, der in der politischen Alltagssprache heute mit „Rechtsextremismus“ bezeichnet und in der wissenschaftlichen Diskussion präziser begründet mit „neue radikale Rechte“ benannt wird, müssen für die ideologische Charakterisierung differenziertere Beschreibungen verwendet werden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil seit Beginn der Bundesrepublik bzw. insbesondere seit dem SRP-Urteil von 1952 sich das gesamte rechte Lager infolge des normativen Leitbildes der „streitbaren Demokratie“ davor hüten musste, in die dort formulierten Verbotsfallen zu tappen. Zudem ist dieses Lager keine sozial kompakte Einheit, sondern eher einer vielschichtigen, durchaus auch in sich widersprüchlichen sozialen Bewegung vergleichbar (Gessenharter 1998).⁷ Und was für die sozialen Strukturen und Ablaufprozesse im Verlauf der letzten 50 Jahre gilt und sicher auch weiterhin gelten wird, ist in der ideologischen Dimension nicht grundsätzlich anders. Die Definition des Rechtsextremismus als „eine antiindividualistische, das demokratische Grundaxiom menschlicher Fundamentalgleichheit negierende Abwehrbewegung gegen die liberalen und demokratischen Kräfte und ihr Entwicklungsprodukt, den demokratischen Verfassungsstaat,“⁸ ist nicht falsch, aber auf einer derartig hohen Abstraktionsebene angesiedelt, dass sie nur wenig Blick ermöglicht für Entwicklungen im Zeitverlauf bzw. für charakteristische Unterschiede in den einzelnen Bereichen dieser „Bewegung“. Nichtsdestoweniger ist es das mehr oder weniger starke Festhalten an diesen Grundsätzen, das es erlaubt, Ideologieprodukte dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen, ohne allerdings damit sofort etwas über deren Verfassungsfeindlichkeit oder gar -widrigkeit auszusagen. Erst wenn solche Produkte allerdings die Grundüberzeugungen des Grundgesetzes, insbesondere seine zentralen Aussagen in Art. 1 und 20, nicht nachvollziehbar teilen bzw. sie sogar mehr oder weniger offen ablehnen, lassen sie sich eindeutig dem rechtsradikalen Gedankengut zurechnen.

Die folgende Analyse der rechtsradikalen Ideologie nimmt sich vor, die zentralen Aspekte jenes Gedankengebäudes herauszuarbeiten, das von einer intellektuellen Elite, die sich selbst Neue Rechte, junge Konservative o.ä. nennt, seit Anfang der 70er Jahre bis heute als theoretische und strategische Grundlegung einer betont nationalen Politik formuliert wird. Dabei werden punktuell andere Akzente sichtbar, als wenn es um die Ideologie des gesamten rechten Lagers geht (z.B. Butterwegge 2002, Stöss 2000, Schubarth/Stöss, 2000).

⁷ Gessenharter, Wolfgang: Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen: Leske+Bundrich 1998, S. 25-66.

⁸ Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1989, S. 43

Butterwegge⁹ beispielsweise bezeichnet „Rassismus, Nationalismus, Biologismus, Sozialdarwinismus, Sexismus, Autoritarismus und Militarismus“ als „Kernideologien“ bzw. „-ideologeme“ des Rechtsextremismus. Für Pörksen¹⁰ sind darüber hinaus noch „Primat der Rechte des Volkes gegenüber den Rechten des Einzelnen, Antisemitismus und Verschwörungstheorien“, Verherrlichung oder Apologie des Nationalsozialismus und Relativierung seiner Verbrechen, „unbedingter Wahrheitsglaube und Freund-Feind-Denken, Abwertung fundamentaler, aufklärerischer und demokratischer Prinzipien (z.B. Gleichheitspostulat...) zugunsten autoritärer bzw. diktatorischer Staatsformen“, sowie Gewaltbereitschaft zentrale rechts-extreme Ideologeme.

Schon zu Beginn der Ausarbeitung einer Theorie durch die jungen Rechten gab es ideologische Parallelen zu und sogar enge Verbindungen mit dem konservativen, vor allem national-konservativen Spektrum. Als wichtigste Bindeglieder können für die 70er und 80er Jahre Armin Mohler, der ehemalige Sekretär Ernst Jüngers, und Gerd-Klaus Kaltenbrunner, damals junges philosophisches und schriftstellerisches enfant terrible, gelten (vgl. Gessenharter 1994)¹¹. War bis zum Ende der deutschen Teilung immer noch der „Kampf der europäischen Kulturvölker gegen die bolschewistische Gefahr“ eines der Hauptthemen, so wurde seit den 80er Jahren die Auseinandersetzung mit dem Thema „Ausländer/Asylanten“ zunehmend wichtig. Dabei legte man sowohl Wert auf Anschlussfähigkeit an die Diskurse in der Mitte der Gesellschaft, wollte dennoch aber Einfluss auch auf das rechte Lager als Ganzes behalten bzw. erreichen. Dieser Spagat lässt sich in den wichtigsten rechten Publikationsorganen, z.B. Nation & Europa, Criticón, Junge Freiheit, mehr oder weniger deutlich feststellen. Um ihn bewältigen zu können, hat einer der führenden Köpfe der Neuen Rechten, Karlheinz Weißmann, gefordert, sich der „politischen Mimikry“ zu bedienen, also je nach Adressaten unterschiedlich hart und angriffslustig und im Zweifelsfall eher verfassungskonform zu argumentieren.

Im Folgenden sollen acht Diskussionsfelder vorgestellt werden, die für das neurechte Denken charakteristisch sind. Sie tauchen vor allem in intellektuell anspruchsvolleren Argumentationen auf, verfehlen aber durchaus nicht ihre Wirkung bis in die harte rechte Szene hinein, wie Internet-Auftritte zeigen¹². Diese Felder hängen inhaltlich miteinander zusammen, was nicht bedeutet, dass sie auch immer im Gesamtzusammenhang diskutiert werden. Vielmehr werden in einzelnen Publikationszusammenhängen durchaus unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und manche Themen haben im Laufe der Zeit manchmal mehr, manchmal weniger Beachtung gefunden.

Die acht Themen sind: Antiuniversalismus, Absage an NS-Ideologie, Verhältnis Kollektiv-Individuum, Freund-Feind-Denken, Ethnopluralismus, Homogenitätserzwingung und Aussonderung des Heterogenen, Autoritärer Etatismus, elitärer „Verismus“.

Antiuniversalismus

Verbindendes Element für alles Rechtsaußen-Denken ist die Wendung gegen Modernisierungsprozesse, die im sozialen Bereich als Entwurzelung aus vertrauten Milieus, im politischen Bereich als wachsender Machtanspruch in Wahrheit nicht zur Herrschaft taugender Bevölkerungsteile und im ideologischen Bereich als Folgen von Prozessen dargestellt werden, die zwar als „Aufklärung“, als „Befreiung aus Unmündigkeit“ daherkämen, in Wirklichkeit aber die Menschen aus ihrem eigenen Erlebnishorizont herausrissen und sie Ideologien preisgaben, die mit idealistischen Zukunftsversprechungen eigentlich nur Macht über sie ausüben wollten. Der Ruf „Gegen 1789!“, bereits von den Nazis aufgenommen, wendet sich

⁹ Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus. Freiburg/Basel/Wien: Herder Spektrum 2002, S. 26

¹⁰ Pörksen, Bernhard: Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien, Wiesbaden 2000, S. 69f.

¹¹ Gessenharter, Wolfgang: Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München: Knauer 1994.

¹² Vgl. Beispiele in Gessenharter 1998: 50f.

fundamental gegen die Zielvorstellungen der Französischen Revolution, gegen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, und dabei insbesondere gegen ein Denken, das Individuen und eben nicht Kollektive (wie Völker oder Stammesgemeinschaften) zum Ausgangspunkt politischen Denkens und Handelns nimmt. Angeblich egoistischer Individualismus und Liberalismus werden als gefährliche Gegner angesehen und die auf ihnen aufruhenden politischen Systeme der westlichen Demokratien als Ausgeburt ideologischer Hirngespinnste eingestuft. Die dahinter stehende jüdisch-christliche Tradition mit ihrer Betonung der Unantastbarkeit der Würde des je einzelnen Menschen, wobei sich dieser über alle Stammes-, Kultur- und Sprachgrenzen hinaus als Bruder und Schwester innerhalb einer Menschheit versteht, wird als die Sinne vernebelnde und Machtinteressen verbergende Herrschaftsideologie verstanden. Insbesondere die Vorstellung allgemein gültiger Menschenrechte, verbunden mit der Idee der Menschheit, wird als Knebelinstrument gegenüber Kollektiven aufgefasst, die sich historisch durch gemeinsame Sprache, Kultur, Schicksal, auch Abstammung herausgebildet hätten. Dieser alle Unterschiede einstampfenden und zu einem Einheitsbrei verrührenden „Verwestlichung“ wurde während des Kalten Krieges auch das kommunistisch-bolschewistische Denken zugeschlagen, weil es sich ja ebenfalls der Aufklärung und der Revolutionsideologie von 1789 verdanke. Die beiden Hauptakteure, die USA und die UdSSR, galten als „feindliche Brüder“, verbunden in einer nivellierenden „Wodka-Cola-Kultur“. Es verwundert daher nicht, dass 1989 im rechten Lager nicht „200 Jahre Französische Revolution“, sondern „200 Jahre Gegenrevolution“ zelebriert wurden, wobei in letzterer „nicht allein eine Reaktion auf die Verletzung der Lebenswelt, sondern zugleich ein mit Theologie und Ontologie gesättigtes Weltbild“ gesehen wird, das sich „gegen die konstruktivistische Hybris“, also gegen ein „Leben im Schatten ausgedachter Politikentwürfe“ (d.h. also bloßer Hirngespinnste anstatt ‚realitätsgerechten‘ Denkens) „gegen die Verpolitisierung des Menschen durch die Revolutionäre“, insofern gegen eine „Politokratie“ wendet¹³. Es versteht sich von selbst, dass sich diese Gegnerschaft gegen 1789 später ebenso erbittert „Gegen 1968!“ wenden musste, weil man in den Bestrebungen der 68er die Hauptabsicht erkannte, auf den Denkmodellen der Aufklärung die Realisierung der Versprechungen von 1789 einzuklagen.

Absage an NS-Ideologie

Aus der Tatsache, dass die Gegnerschaft gegen die Ideen der Französischen Revolution auch in der NS-Ideologie eine wichtige Rolle spielte, kann nicht gefolgert werden, dass die NS-Ideologie auch heute noch im rechten Lager eine zentrale Rolle spiele. Mochte in den Anfangsjahren der Bundesrepublik insbesondere das SRP-Verbot von 1952 das rechte Lager davon abhalten, sich zu ungeschminkt der NS-Phraseologie zu bedienen, so steckte dennoch im Antibolschewismus sowie in der Anklage gegenüber den handelnden und sich mit den Westmächten arrangierenden Politikern als „Verrätern an Deutschland“, weil sie nämlich die staatliche Einheit, große Teile der Ostgebiete und damit auch frühere Machtpositionen aufgegeben hätten, ein an die Weimarer Jahre erinnernder Zug, der bei Teilen der Bevölkerung auf Widerhall stieß.¹⁴ Erst nach der Niederlage der NPD bei der Bundestagswahl 1969 trat jene NS-Gemeinsamkeit zunehmend in den Hintergrund, weil sich nun auch immer mehr junge Menschen, zum Teil akademisch gebildete junge Männer, in die Reihen der durch die NS-Zeit diskreditierten Parteikader drängten und darauf verwiesen, dass sie schon aus Altersgründen von ihren Gegnern nicht mehr mit der NS-Vergangenheit konfrontiert werden könnten. Während sich diese Teile des rechten Lagers hauptsächlich durch Publikationen, durch Tagungen und andere kulturelle Aktivitäten öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen versuchten, sich dabei parteipolitischer Aktivitäten weitgehend enthielten, entstand parallel dazu zunehmend eine bewusst neonazistische Szene, der es auf öffentliche Provokation und Randale ankam, und in der man sich auch nicht scheute, strafbare Handlungen zu begehen und Gefängnisstrafen zu kassieren. Jedoch stand die Öffentlichkeitswirksamkeit, die auch noch durch eine aufgescheuchte Presse intensiviert wurde, in keinem Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Einfluss auf das rechte Lager oder gar

¹³ Themenheft „200 Jahre Gegenrevolution“ der neurechten Zeitschrift Criticón, Nr. 115, Sept./Okt. 1989, S. 207 (Editorial).

¹⁴ Wie die 10,5 Prozent Stimmen für die extreme Rechte bei der ersten Bundestagswahl 1949 zeigen.

auf die Gesellschaft im allgemeinen. Schon gar nicht vermochte diese Szene einen Beitrag zur ideologischen Entwicklung des rechten Lagers zu leisten. Vielmehr griffen, insbesondere in den 90er Jahren, wichtige neonazistische Wortführer, z.B. Christian Worch oder Michael Kühnen, auf zentrale Versatzstücke aus dem intellektuellen neurechten Teil des rechten Lagers zurück und leiteten eine Intellektualisierung auch ihrer eigenen subkulturellen Milieus ein, die für manche Beobachter eine neue Qualität des härtesten Teils der Szene signalisierten.¹⁵ Die wichtigsten Anstöße zur Entwicklung eines „zeitgemäßen“ neurechten, „rechts-“ oder auch „jungkonservativen“ Denkens entstehen seit dieser Zeit jedoch aus den oben bereits erwähnten Zirkeln, in denen sich ebenso Professoren wie Journalisten und Schriftsteller, (pensionierte) Generäle wie Studenten finden. Der Anteil derer, die rechten Studenten-Verbindungen als Aktive oder als „Alte Herren“ angehören, ist groß; zudem sind die meisten von ihnen auch in konservativen Kreisen bekannt und verfügen über gesellschaftlichen und politischen Einfluss.¹⁶ Ist diese intellektuelle Neue Rechte wirklich neu? Insofern ja, als sie es fertig brachte, sich ab den 70er Jahren immer stärker personell und organisatorisch von den Verbindungen zu den Altnazis zu lösen und eine neue Einflusstrategie zu verfolgen, die nicht (mehr) auf parteipolitische, sondern auf ideologisch-kulturelle Erfolge setzt. Insofern nein, als sie keine wirklich neue politische Zielvorstellung entwickelt, sondern bewusst anknüpft an den Gedankengängen der Weimarer Konservativen Revolution. Mit dem Rückgriff auf diese Gedankenströmung glaubte man sich trotz vieler inhaltlicher Parallelen zur NS-Ideologie von ihr dennoch distanzieren zu können, weil es sich zwar um dieselbe Wurzel handelte, man jedoch für die Radikalisierung und Pervertierung dieser Gedanken durch die Nazis nicht haften musste. Verschwiegen wird bei dieser Strategie allerdings, dass manche Denker aus dieser Richtung durchaus ambivalent zu Hitler standen.¹⁷

Für die heutige Neue Rechte kann das Werk Carl Schmitts (1888-1985) als das mit Abstand am meisten prägende Gedankengebäude aus dem Kreis der Konservativen Revolution gelten.¹⁸ Schmitt, schon in der Weimarer Zeit als Staatsrechtslehrer weithin bekannt, diente sich nach 1933 für einige Jahre den Nazis als „Kronjurist“ an, bevor es um ihn stiller wurde. Nach 1945 verhinderten zwar die Alliierten, dass Schmitt an einer deutschen Universität

¹⁵ So schon vor einigen Jahren Uhrlau, Ernst: Binnenstruktur und Vernetzungstendenzen rechtsextremer Mobilisierung im Vergleich zu anderen Bewegungen, in: Berliner Debatte INITIAL (1996)1, S. 12-20. Zur Ideologie des Neonazismus vgl. Pörksen, Bernhard: Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000.

¹⁶ Vgl. Feit, Gessenharter 1994, Schmidt 2001, der besonders die neurechte Zeitschrift Criticón analysiert, Brauner-Orthen 2001, Woods 2001, Pfeiffer 2002.

¹⁷ Vgl. Breuer, Stefan: Die konservative Revolution.

¹⁸ Natürlich gibt es auch andere Anknüpfungspunkte bis hin zu Friedrich Georg Jünger, dem Bruder Ernst Jüngers: vgl. JF Nr. 27/01 v. 29.6.01, S. 11, wo sich lange wörtliche Zitate über den gewünschten „Nationalismus“ (er ist „keine kritische Bewegung; er ist eine autoritative Satzung härtester Prägung.“) und die „Blutsgemeinschaft“ (anstatt „Gemeinschaft des Geistes“) finden. „Angesichts der oftmals verblüffenden Aktualität vieler Betrachtungen F.G. Jüngers und der meist schwierigen Zugänglichkeit dieser Texte ist zu hoffen, daß ein Verleger endlich das Wagnis eingeht und sie gesammelt publiziert.“ Zu Ernst Jüngers früherer politischer Publizistik äußert Karlheinz Weißmann: „In vieler Hinsicht wirkten sie (d.h. seine Prognosen in den Schriften) darüber hinaus und erschienen in einer immer unförmiger werdenden Welt als Perspektiven neuer Gestaltung und Integration. Davon abgesehen war der Nationalismus verstanden als geistige Position, als ‚sehr moderner Akt, der für einen organischen Bestand die Mittel des Bewußtseins ins Treffen bringt‘, wohl der falsche Ausgangspunkt, bietet aber noch im Fehlschlag ein Beispiel für jene Art von Gegen-Aufklärung, die nottut.“ (JF 42/01 v. 12.10.01, S. 13) Lenk, Kurt/Meuter, Günter/Otten, Henrique Ricardo: Vordenker der Neuen Rechten. Frankfurt am Main/New York: Campus, 1997, verweisen neben Carl Schmitt und Ernst Jünger noch auf Georges Sorel, Oswald Spengler und Martin Heidegger als „Vordenker der Neuen Rechten“. Vgl. auch Pfahl-Traughber, Armin: „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen: Leske+Budrich 1998, und Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin: Verlag Hans Schiler 2002.

noch einmal einen Lehrstuhl erhielt, gleichwohl wirkte er intensiv auf jene geistigen Eliten in der Bundesrepublik ein, die dem Grundgesetz kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Schmitt selbst hatte für die Unterstützer des Grundgesetzes nur die herabsetzende Bezeichnung „Grundgesetzler“ übrig oder spottete über die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte als „unveräußerliche Eselsrechte“.

Verhältnis Kollektiv-Individuum

Der grundlegende Unterschied zwischen der Position des Grundgesetzes und der Carl Schmitts besteht darin, wie das Verhältnis von Individuum und Kollektiv, z.B. Volk oder Staat, gesehen wird. Für Carl Schmitt besitzt eindeutig das Kollektiv den Vorrang; folgerichtig ist „politisch“ für ihn „alles, was die Lebensfragen eines Volkes als eines einheitlichen Ganzen betrifft.“ Das Grundgesetz dagegen, gleichsam als Paukenschlag gegen diese kollektivistische Sichtweise, legt mit seinen ersten Worten (Art. 1, Abs. 1 GG) eindeutig die entgegengesetzte Priorität fest: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wird im Neonazismus heute sehr klar einem nationalistischen Kollektivismus (getreu der NS-Losung: „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“) das Wort geredet, verhält man sich bei den intellektuellen Wortführern der Neuen Rechten vorsichtiger, weil man sich nicht offen grundgesetzwidrig äußern will. So wird zum einen gerne auf den mehr oder weniger deklamatorischen Charakter des Art. 1 GG verwiesen, den man nur nicht zu „individualistisch“ auslegen dürfe, weil der Einzelmensch ja immer auch sein Leben in Sozialbeziehungen führe. Während hier die Grenzlinie zwischen einem kollektivistischen Ansatz und einem sozialkonservativen Ansatz, der auf der Spannung zwischen Eigenorientierung und Sozialbindung besteht, fließend sein kann, liegt in der Stellungnahme zur Position und Person Carl Schmitts quasi der kollektivistische Lackmus-Test. Die flapsige Bemerkung aus der neurechten Szene: „Wer mit dem Grundgesetz unter dem Kopfkissen schläft, braucht Carl Schmitt nicht“, ist nur ein Beispiel für das neurechte Denken einigende Band, dass nämlich eine Orientierung an Carl Schmitt das Bekenntnis zum Grundgesetz ausschließt. Aber auch dieses Selbstverständnis wird oft noch verbal weichgespült: So äußerte die neurechte Wochenzeitung Junge Freiheit anlässlich ihres 15-jährigen Bestehens 2001, dass man das 5-jährige Bestehen der JF 1991 bewusst in Plettenberg, dem Wohn- und Begräbnisort Schmitts, gefeiert habe, weil „die Beschäftigung mit Carl Schmitt... bei der JF einen großen Raum ein[nimmt]“. Oder: „Die Ideen der Neuen Rechten in Deutschland werden von einem fernen Spiegel reflektiert. Dieser Spiegel ist Carl Schmitt.“¹⁹

Freund-Feind-Denken

Für Schmitt und damit ebenso für die Neue Rechte ist die Unterscheidung von „Freund und Feind“ „die spezifische politische Entscheidung“. Diese politiktheoretische Setzung Carl Schmitts hat eminente politikpraktische Folgen: Nicht Konfliktlösung über Diskussion und Kompromisse in Anerkennung von Unterschieden in den Interessen, sondern die stetige Orientierung am „Ernstfall“ und an der damit notwendig verbundenen streng alternativen „Die oder wir“-Konfliktsituation lässt beispielsweise abwägende parlamentarische Debatten schnell zu illusionärem, schwatzbudenartigem und vor allem ineffektivem Gerede verdrehen. Der Freund-Feind-Tunnelblick lässt folgerichtig auch keine Orientierung an Menschenrechten zu, weil diese Rechte eine Kategorie wie „Menschheit“ voraussetzt, welche wiederum in der normativen Vorstellung einer prinzipiellen Gleichheit aller Menschen (übrigens auch der zukünftigen) und damit der Brüderlichkeit bzw. Geschwisterlichkeit Grundlage einer auf Verständigung und nicht auf Vernichtung des Anderen abzielenden Politik ist.

¹⁹ So Winfried Knörzer, Rezension der Mohler Festschrift (=U. Fröschle/M.J.Klein/M. Paulwitz (Hrsg.): Der andere Mohler. Lesebuch für einen Selbstdenker. Armin Mohler zum 75. Geburtstag, St. Casciano-Verlag 1995) in: JF 41/95 v. 13.10.1995, S. 23, und dann: „Auch in das Gewebe dieses Buches sind die Schmittschen Fäden eingesponnen.“ Zur JF und zu N+E vgl. Pfeiffer, Thomas: Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 2002, Kap. 5 und 6.

Ethnopluralismus

Für Schmitt hingegen folgt „aus dem Begriffsmerkmal des Politischen... der Pluralismus der Staatenwelt“.²⁰ Die politische Einheit setzt die reale Möglichkeit des Feindes und damit eine andere, koexistierende politische Einheit voraus. Es gibt deshalb auf der Erde, solange es überhaupt einen Staat gibt, immer mehrere Staaten. Ein die ganze Erde und die ganze Menschheit umfassender „Weltstaat“ ist gar nicht vorstellbar: „Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum.“ Aus dieser ‚Erkenntnis‘ heraus brandmarkt er sodann das vermeintlich Gefährlich-Illusionäre menschenrechtlich orientierter Politik mit dem Verdikt: „Wer Menschheit sagt, will betrügen.“ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, einer der besonders intensiv in den deutschen Konservatismus hineinwirkenden intellektuellen Neuen Rechten, betitelt ganz in dieser Tradition einen seiner vielen Herausgeberbände bezeichnend „Illusionen der Brüderlichkeit“ plus Untertitel „Die Notwendigkeit, Feinde zu haben“ (1980). Worauf hier die Neue Rechte verweist, ist nicht die allfällig bekannte Tatsache, dass Interessenkonflikte Gegnerschaften hervorrufen (können), sondern dass es zu jedem Kollektiv „notwendig“ gehört, in einem ständigen Kampf auf Leben und Tod zu stehen, was man zwar ignorieren könne, aber eben nur um den Preis des eigenen Untergangs. Die Formel der Neuen Rechten heißt folglich: „Bataille statt Debatte.“ (Lenk u.a. 1997: 14) Liberale, pluralistische Politik versuche, diesen in der Natur der Menschen angelegten Zusammenhang umzumogeln in einen ökonomischen Konkurrenzkampf. Letztlich sei aber unumgänglich, dass ohne eine substantielle Gleichheit²¹ kein menschliches Kollektiv auf Dauer bestehen könne. „Die deutsche Volkssubstanz ist mittlerweile so in ihren Fundamenten bedroht, dass die nationale Frage zu der entscheidenden Existenzfrage schlechthin geworden ist“, urteilt ein Autor in Nation & Europa²², einer der bekanntesten und ältesten Monatszeitschriften des rechten Lagers, und stellt den größeren ideologischen Zusammenhang her: „Längst verläuft die maßgebliche Frontlinie nicht mehr im herkömmlichen Links-Rechts-Schema. Das wesentliche Gegensatzpaar heißt heute nationale Identität versus Entfremdung, Ethnopluralismus gegen One-World-Ideologie. Auf dieser Grundlage muss eine neue Freund-Feind-Definition vorgenommen werden.“ Noch näher an den Konservatismus rückt jüngst ein Autor in der Jungen Freiheit, der im Ziel des Liberalismus, nämlich einer „homogenen Menschheitgesellschaft“, totalitäre Züge entdeckt, nämlich „die Reduzierung der Welt auf das Gleiche“, „die Freiheit zum Immergleichen“, und statt eines solchen „Scheinpluralismus“ (im Anschluss an Alain de Benoist) einen „substanziellen“, „rechten“ Pluralismus fordert, in dem „die Individuen nicht durch eine universalistische Ideologie unmittelbar... auf die Totalität Menschheit bezogen sind, sondern konkret vermittelt durch herkunftige, daraus entwickelte, sowie neue Zwischenkörperschaften. Sie geben als Kulturen, Religionen, Nationen, Völker (auch Familie?) individueller Verschiedenheit einen konkret allgemeinen, nicht bloß abstrakt menschlichen Rückhalt: Individuelle mit kollektiven Identitäten in Wechselwirkung.“²³

Man sieht, dass an dieser Stelle durchaus Anschlussfähigkeit zu Wolfgang Schäubles 1994 geäußerten Gedanken von Deutschland als einer „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“²⁴ ebenso besteht wie zur späteren Forderung aus Unionskreisen nach einer deutschen „Leitkultur“.

²⁰ Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen, S. 54f; ebenso die folgenden Zitate.

²¹ Für Carl Schmitt variiert zwar in der Geschichte die „Substanz der Freiheit“: „Seit dem 19. Jahrhundert besteht sie vor allem in der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation in der nationalen Homogenität.“ (C.S.: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S. 13ff).

²² Engelhard, Dietmar: Den Kulturkampf aufnehmen: Neue Herausforderungen, rechte Strategien, in: Nation & Europa, Jg. 49, H. 3, April 1999, S. 54-58, S. 57.

²³ Maurer, Reinhart: Die Tücken des Pluralismus, in: JF Nr. 8/02 v. 15.2.02, S. 18.

²⁴ Schäuble, Wolfgang: Und der Zukunft zugewandt, Berlin: Siedler 1994; vgl. dazu u.a. die kritische Analyse von Kellershohn, Helmut: Vom „totalen“ zum „schlanken“ Staat. Zur Kontinuität konservativen Staatsdenkens: Ernst Forsthoff und Wolfgang Schäuble, in: Buntenbach, Annelie/Kellershohn, Helmut/Kretschmer, Dirk (Hrsg.): Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg: DISS 1998, S. 52-97.

Homogenitätserzwingung und Aussonderung des Heterogenen

Freunde von den Feinden zu unterscheiden, bedeutet – und hier ist Carl Schmitt und mit ihm die Neue Rechte ebenfalls nur konsequent – im eigenen Lager der Freunde keine gravierenden Differenzen und Dissonanzen zuzulassen, sondern auf eine möglichst umfassende Vereinheitlichung, „Homogenität“, zu drängen, wozu „nötigenfalls die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“ gehöre.²⁵ Hier nur ein jüngeres Beispiel aus einer Vielzahl anderer für diese Sicht: So spielt Werner Olles in der Jungen Freiheit (Nr. 27 v. 20.6.01, S. 7) unter klarem, sogar wörtlichem Bezug auf die Schmitt-Tradition die Frage ein, ob als Überwindung des „Verfall(s) der Massengesellschaft“ am Beginn der „Wiedergewinnung der Nation... notwendigerweise der Bürgerkrieg“ zu stehen hätte. Denn: „Die politische Stabilität eines Staates und einer Nation besteht... eben auch darin, in der Lage zu sein, sich kulturell, politisch und nötigenfalls auch militärisch gegen das Fremde wehren zu können.“

Das eigene Kollektiv vor Feinden zu schützen, heißt auch, die eigene Identität vor den Angriffen aus deren Reihen zu bewahren. Werden die Unterschiede zwischen der Eigen- und der Fremdgruppe in erster Linie auf unterschiedliche Gene zurückgeführt und wird sodann diese biologisch bedingte Eigenart der Fremdgruppe insgesamt negativ gesehen, also gegenüber den Eigenarten der Eigengruppe abgewertet, spricht man von Rassismus. Da mittlerweile die wissenschaftlichen Belege für solche genetisch bedingten Kollektivmerkmale immer stärker bezweifelt werden²⁶, wird in neurechten Kreisen auch einem kulturellen Rassismus das Wort geredet: „Auch wenn bestimmte Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche einer bestimmten Menschengruppe verabsolutiert, sozusagen als die einzig normale Form zu leben angesehen werden, und andere, davon abweichende Lebensformen negativ bewertet werden, ohne dass dies unbedingt genetisch begründet wird, ist von Rassismus zu sprechen.“ (Jäger 91: 60) Rassismus ist also immer Ausschließungsdenken und -praxis und dient damit auch der Stabilisierung der eigenen Gruppenidentität gegenüber einer negativ bewerteten, die eigene Identität in Frage stellenden Fremdgruppenidentität. So heißt es etwa bei einer neonazistischen Vereinigung: „Wir wollen endlich keine Wohnungsnot mehr haben. Wir wollen unsere Wohnungen nicht länger für eingedrungene Asylbetrüger, Zigeuner, Rauschgifthändler und Extremisten verlassen müssen... Wir wollen unsere Gesundheit nicht gefährden wegen der vielen Krankheiten, die von den Eindringlingen hereingeschleppt werden. Wir wollen in unseren Städten wegen der ausländischen Gewaltverbrecher und Mörder nicht mehr um unser Leben fürchten müssen.“ Und an anderer Stelle: „Von Mitte September bis Mitte Oktober 1991 wurden 532 Anschläge auf ausländische Rauschgift- und Diebeszentralen – Asylantenwohnheime genannt – ausgeführt. In einer Woche im Oktober allein 72 Brandanschläge. Das deutsche Volk tritt zum Widerstand gegen seine Auslöschung an und beginnt, sich zu wehren – wie es das Grundgesetz befiehlt. Deutsches Volk, ‚wehr‘ dich gegen deine Feinde!“ (zit. bei Pörksen 2000: 71 und 82) Solch scharfe Töne hört man üblicherweise nicht in den Äußerungen der intellektuellen neurechten Wortführer, aber in der Sache laufen sie ebenfalls auf die Mechanismen von Eigenidentitätsbildung und Ausstoßung des Fremden hinaus. Wiederhall findet dies dann z.B. im konservativen Lager, wenn etwa, wie Hajo Funke am Beispiel Jörg Schönbohms aufgelistet hat (Funke 2002: 234-248), der damalige Berliner Innensenator (und heutige Brandenburgische CDU-Innenminister) Ende der 90er Jahre die Ausländer als „integrationsunwillig“ oder sogar „integrationsunfähig“ bezeichnete, weil sie „aus einer anderen, womöglich niedrigeren Kultur“ kämen, und deshalb zur Forderung der „vollen Unterordnung der ausländischen Menschen unter die ‚rechtlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen‘ gelangte, wofür er schon damals den „Kampfbegriff einer ‚deutschen Leitkultur‘“ popularisierte (a.a.O.: 243).

²⁵ Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 1969, S. 15 .

²⁶ Vgl. die knappe Zusammenstellung bei Jäger, Siegfried: Rassismus. Thesen zur Klärung eines umstrittenen Begriffs, in: Butterwegge, Christoph/Isola, Horst (Hrsg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen/Berlin: Steintor 1991, S. 56-61.

Der Antisemitismus ist weitestgehend eine Unterart des Rassismus. Gilt im klassischen Antisemitismus „der Jude“ als der Parasit schlechthin, der durch seine Eigenart, nämlich zersetzende Intellektualität, Berechnung, List und Betrug, seine Wirtsvölker ausbluten lasse, so ist gerade im deutschen rechten Antisemitismus nach Auschwitz eine entscheidende Brechung eingetreten: So lange die Juden auch öffentlich auf ihrem Juden-Sein bestehen und die Rechte einer religiösen Minderheit für sich reklamieren, ließen sie für die Deutschen die Wunde „Auschwitz“ nicht zur Ruhe kommen, wogegen sich, so jetzt die Neue Rechte, das deutsche Volk mittlerweile mehr als 50 Jahre nach Auschwitz zu Recht zur Wehr zu setzen beginne. Laut einem solchermaßen „sekundären Antisemitismus“²⁷ hätten die Deutschen jetzt endlich das Recht, „aus dem Schatten Hitlers herauszutreten“, die Zeit für „Canossa-Gänge“, für die den Deutschen nach 1945 abverlangte Demuthaltung, die Zeit ihrer „Umerziehung“ sei nun endgültig vorbei. Wer gegenüber den Deutschen dies allerdings immer noch verlange, sei selbst schuld, wenn er damit die Ablehnung des deutschen Volkes auf sich ziehe.

Insofern warf man dem FDP-Politiker Möllemann zu Recht Ausgriffe in den Antisemitismus vor, als er im Sommer 2002 dem Zentralrat der Juden entgegenhielt, für den möglicherweise aufkommenden Antisemitismus selbst schuld zu sein, wenn Deutsche wegen ihrer Vergangenheit die israelische Politik gegenüber den Palästinensern nicht mehr kritisieren dürften. In dieselbe Kerbe aber hatte schon der FDP-Vorsitzende Westerwelle 2001 gehauen, als er im Rahmen der Nationalstolzdebatte forderte, „die Jugend müsse vom Zwang befreit werden, ‚mit gebeugtem Haupt und gebeugtem Gang‘ durchs Leben zu laufen.“²⁸ Und in der sog. Walser-Bubis-Debatte hatte der Schriftsteller Martin Walser gegenüber dem Juden Ignatz Bubis geäußert, er lasse sich „von niemandem, auch von Ihnen nicht, dreinreden“, wie er seinen eigenen Seelenfrieden kriege. „Mein Gewissen bleibt mein Gewissen. Oder ich pfeife drauf, dann schenke ich es Ihnen.“ (FAZ, 14.12.1998) „Für Walser ist Ignatz Bubis nicht nur als der andere, sondern als der Jude in seiner Instanzenhaftigkeit, eben als Jude, der ihm die Erinnerung an Auschwitz präsentiert, abgewiesen worden und zum Störenfried seines Seelenfriedens erklärt worden.“²⁹

Nationalismus³⁰, Rassismus und Antisemitismus gehen im deutschen rechten Lager nicht zwangsläufig mit einer chauvinistischen Überhöhung des deutschen Wesens „über alles in der Welt“ einher, am ehesten noch im neonazistischen Bereich. Viel häufiger findet sich dagegen, wie erwähnt, ein Ethnopluralismus, nach dem alle Ethnien prinzipiell gleich viel wert sind, aber prinzipiell im Kampf gegeneinander stehen. In diesem Kampf muss nun die jeweilige „eigene“ Ethnie überlegen sein, sonst verschwindet sie auf Dauer von der historischen und politischen Bühne: Nationalismus, gegebenenfalls Rassismus und Antisemitismus, dienen insofern der Selbsterhaltung. Pluralismus existiert also immer nur zwischen Kollektiven, keinesfalls darf er sich innerhalb eines Kollektivs einnisten.

Autoritärer Etatismus

²⁷ S. dazu Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo: Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerens, Schabach/Ts.: Wochenschau Verlag 2002, S. 50.

²⁸ So der SPIEGEL Nr. 23 v. 3.6.02, S. 32.

²⁹ So Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin: Verlag Hans Schiler 2002, S. 229; Zum Antisemitismus bei Walser vgl. Klotz, Johannes/Wiegel, Gerd (Hrsg.): Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 2001.

³⁰ Nationalismus von seiner Geschichte her auch „ein Mittel zur politischen Emanzipation des Bürgertums gegenüber dem Adel“ und Begründer einer demokratischen Revolution, immer aber auch in der Gefahr, „mit Fremdenhass, mit Feindseligkeit gegenüber vermeintlichen nationalen Gegnern außerhalb des Landes, später immer mehr auch im Innern“ einherzugehen, so Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus als fremdenfeindliche Integrationsideologie, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt am Main 1994, S. 79, zit. in: Butterwegge, a.a.O., S. 33.

Das hat Folgen für die Vorstellung vom richtigen Staat im rechten Lager. Dabei kann man einerseits – generell – von einem Autoritären Etatismus sprechen, also von einer Staatsverherrlichung, wobei es sich um einen gegen die Freiheit des einzelnen Menschen gerichteten, eben autoritären Staat handelt, denn letzterer hat (s.o.) den Vorrang vor dem Individuum. Andererseits sind durchaus graduelle Unterschiede zu erkennen. Wenn etwa der NPD-Vorsitzende Voigt (Rede in Passau am 27.5.2000, dokumentiert in Verfassungsschutzbericht 2000, S. 55) auf die „Schaffung einer Volksgemeinschaft“ abzielt und in einer NPD-Broschüre (a.a.O.) eine bewusst revolutionäre politische Strategie bekundet wird („Wir wollen nicht bewahren, wir wollen dieses System überwinden, weil davon das Überleben unseres Volkes abhängt.“), dann zeigt dies die offene Gegnerschaft zum pluralistischen Parteiensystem, die auch vor der Übernahme zentraler NS-Begriffe nicht zurückscheut. Die NPD versteht sich selbst als die zum Alleinvertretungs- und Führungsanspruch in einem elitären Staats- bzw. Gesellschaftsmodell berechnete Elite, weil sie über die Kenntnis der „wahren“ Zusammenhänge von Staat und Gesellschaft verfüge. Bei der NPD wird jedoch nur radikalisiert, was sich in unzähligen Schriften und Statements der intellektuellen Neuen Rechten dokumentieren lässt: Die bis zur totalen Ablehnung reichenden Vorbehalte gegenüber einem Staatsverständnis, das den Menschen die Möglichkeit gibt, nach rechtsstaatlichen Maßstäben und in Freiheit und Gleichheit nach dem Willen der jeweiligen politischen Mehrheit politische Herrschaft auszuüben, wozu auch gehört, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, sich an diesen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Demgegenüber wird ein Modell vertreten, demzufolge ein Kollektiv immer schon eine Gemeinschaft darstellen muss, bevor es sich in aktuelle politische Zielkonflikte überhaupt einlassen kann. Diese Gemeinschaft aber muss, wie oben schon erläutert, gegebenenfalls auch autoritär durch „Vernichtung“ dessen, was die Gemeinschaft stören könnte, bewahrt werden. Im Ton etwas feiner wird dieser Zusammenhang beispielsweise von Kaltenbrunner so zusammengefasst, dass sich Deutschland etwas weniger nach dem Vorbild der antiken athenischen Demokratie, die von ihren Grundzügen her das Demokratiebild des Grundgesetzes bestimmt, und mehr in Richtung des von Zwang und Härte geprägten antiken Sparta entwickeln solle, wobei er die dortige staatsautoritäre Kindererziehung und den „Patriotismus bis zum totalen Selbstopfer“ positiv hervorhebt.³¹ Einige Jahre später hat Karlheinz Weißmann in ähnlichem Sinne davon gesprochen, dass man heute der fatalen Neigung widerstehen müsse, „den Staat als Versorgungsgemeinschaft zu begreifen,... so als ob sich der Leviathan in eine zärtlich bergende Mutter verwandelt habe.“³² Um einen Beitrag zur Wiederherstellung einer potenten Staatlichkeit zu leisten, hat Weißmann (zusammen mit weiteren Mitgliedern seiner studentischen Verbindung, der Deutschen Gildenschaft) i. J. 2000 das „Institut für Staatspolitik“ gegründet, wofür ihm seither die Junge Freiheit ständig Beifall zollt. Hier soll jene kulturelle Hegemonie vorbereitet werden, die nach Stellung der „Systemfrage“ zu einer „Revolution von rechts“ führen muss, in der gegen die Übel der Gegenwart, z.B. „zunehmenden Persönlichkeitsverfall in der metropolitanen Massengesellschaft, den indifferenten Pluralismus der liberalistischen Moderne..., den zunehmenden Einfluß fremder, zudringlicher Völker, Kulturen und Religionen“ usw., der „starke, autoritative Staat“ erstehen soll, wozu vielleicht sogar ein „Bürgerkrieg“ nötig ist, was „in der Entscheidung einer dafür zuständigen, legitimierten und souveränen Macht liegen (müsste), nicht aber in der Hand ressentimentgeladener, politisierender Gartenzwerge“, womit der Autor der Jungen Freiheit (Nr. 27/01 v. 29.6.01, S. 7), Werner Olles, die gegenwärtigen, auch konservativen Politiker meint.

Elitärer „Verismus“

³¹ Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: Sparta. Huldigung an das altgriechische Preußen, in: Criticón Nr. 100 (1987), S. 73-76.

³² Weißmann, Karlheinz: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung: Alte Gefahren – Neue Chancen, Berlin-Frankfurt: Ullstein 1993 (1992), S. 157. Mit dem Bild des „Leviathan“ nimmt Weißmann bewusst eine Figur aus der Staatstheorie des Thomas Hobbes auf, der damit im 17. Jh. die absolute Monarchie symbolisiert. Gegen dieses potente Ungeheuer setzt er dagegen die moderne Verweib- und Verweichlichung des Staates.

„Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser.“ Mit diesen Worten Weißmanns (Junge Freiheit Nr. 36/01 v. 31.8.01, S. 6) ist die vom linken Theoretiker Gramsci entwickelte Strategie der kulturellen Hegemonie präzise beschrieben, die immer vor einer nachhaltigen politischen Machtübernahme zu stehen habe. Wenn man Menschen dazu bringen will, von sich aus und letztlich freiwillig sich einer notfalls auch autoritären Herrschaft zu fügen, dann geht dies nur, indem man in den Köpfen der Menschen jene „Wirklichkeiten“ etabliert, die diese Herrschaft nötig machen. In den pluralistischen und liberalen Demokratien seien die Menschen bislang nur deshalb so folgebereit, weil ihnen seit den Weltkriegen individuelle Sicherheit und Wohlstand vorgegaukelt worden seien; dies ändere sich aber zunehmend durch eine immer stärker multikulturelle und globalisierte Welt, die die Menschen in wachsendem Ausmaß von sich, ihrem Nahbereich und ihrem Volk entfremdeten. Um diesen „Bedarf nach geistiger Orientierung“ (a.a.O.) zu decken, schlagen die rechten Intellektuellen vornehmlich drei Wege ein: Zum einen den Kampf gegen die linken Utopien, die nicht nur falsch seien, sondern auch für das eigene Volk gefährlich; zum zweiten ihre Orientierung an solchen Denkern wie Thomas Hobbes oder Carl Schmitt, die in Zeiten von Elend und Krieg gelebt und damit das Leben so gesehen hätten, wie es sich nun einmal darstellt, nämlich als ständigen Kampf ums Überleben (Verismus); und drittens den Versuch, den Anschluss an jenes Meinen und Wissen zu gewinnen, das in einem gesunden Volk zuhause ist, wobei es darauf ankomme, durch gezielte Tabubrüche wieder jenem gesunden Volksempfinden auf die Sprünge zu helfen, das durch linke Manipulation und durch Aufstellen von Denk- und Sprechverboten immer mehr im Prokrustesbett einer linken political correctness zu verkümmern drohe.³³ So geht die NPD etwa davon aus, dass sie mit ihrem „lebensrichtigen Menschenbild“ auf „Seiten der Natur und der göttlichen Gesetze“ stehe (zit. in Verfassungsschutzbericht 2000, S. 68), und übernimmt damit übrigens Absicherungsformeln, wie sie sich reihenweise in Hitlers „Mein Kampf“ finden. So sieht etwa Heimo Schwilk, ‚Welt am Sonntag‘-Journalist und einer, der die weiche intellektuelle Neue Rechte wie kaum ein anderer verkörpert, sich selbst in einem wachsenden Kreis (auch „89er“ genannt) „rechtsintellektueller und nonkonformer Geister aller politischen Lager. Das ist es ja gerade, was die Hüter des alten Denkens auf die Palme treibt: daß die 89er eben nicht einer gemeinsamen Ideologie folgen, sondern die Freiheit des Denkens zurückgewonnen haben. Man könnte bei den 89ern von einer ‚Solidargemeinschaft der Erkennenden‘ sprechen, die bestrebt sind, den Verblendungszusammenhang der alten Republik zu durchbrechen.“³⁴ Die Verbindung von Tabubruch und Orientierung am „gesunden Menschenverstand“ wird dann zur rechtspopulistischen Strategie, wenn versprochen wird, letzterem gegen alle Gegner wieder zum Durchbruch zu verhelfen, womit eine Orientierung versprochen wird an jener Wirklichkeit, die laut rechtem Denken ohnehin nicht hintergangen werden kann, nämlich am eigenen Volk, der eigenen Nation. Damit aber wird letztlich die im Grundgesetz vorgeschriebene Orientierung an der Würde des Menschen reduziert auf die Orientierung an der Würde des (Volks-)Deutschen.

³³ In diesem dritten Schritt decken sich übrigens die Neue intellektuelle Rechte und ein rechter Populismus vollständig, wobei auch in den anderen beiden Schritten oft mehr oder weniger Ähnlichkeit bis Gleichheit besteht, wie sich etwa für Jörg Haider unschwer feststellen lässt; vgl. dazu Gessenharter, Wolfgang: „So etwas wie ein rot-weiß-roter Volkstribun“. Jörg Haider und die Neue Rechte auf dem Sprung zur politischen Hegemonie?, in: Frankfurter Rundschau v. 30. März 2000, S. 21 (Dokumentation); wiederabgedruckt unter dem Titel „Die Neue Radikale Rechte in Österreich: Ideologie, Unterstützungspotential und politische Strategien Jörg Haiders und seiner FPÖ“, in: Faber, Richard (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg: Königshausen & Neumann 2000, S. 241-250.

³⁴ Schwilk, Heimo: Rechte Demokraten (1996), wiederabgedr. in: Schacht, Ulrich/Schwilk, Heimo: Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989, München: Langen Müller 1997, S. 211-225, S. 221; Vgl. zu Schwilk und andere intellektuelle Neue Rechte auch die Beispiele bei Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin: Verlag Hans Schiler 2002, S. 254-258.

Aus: Thomas Grumke / Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch des Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 189-201.

3.4. „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale

Dr. Thomas Grumke

Internationale Nationalisten oder nationalistische Internationale?

Ultranationalismus, also wenn „in der Konstruktion nat. Zugehörigkeit spezifische ethnische, kulturelle oder religiöse Ausgrenzungskriterien verschärft, zu kollektiven Homogenitätsvorstellungen verdichtet und mit autoritären Politikmodellen verknüpft werden“ (Minkenberg 2001), gehört zweifellos zu den zentralen ideologischen Merkmalen des Rechtsextremismus. Daraus könnte gefolgert werden, dass Rechtsextremisten aus diesem Grund nicht dazu geneigt sind, dauerhaft mit Rechtsextremisten anderer Länder zu kooperieren. Dies trifft vor allem im 21. Jahrhundert keinesfalls zu. Ganz im Gegenteil ist eine verstärkte internationale Vernetzung auf der extremen Rechten zu verzeichnen, die mehr und mehr auch organisatorisch-systematisch verankert ist.

„Solidarität ist eine Waffe“ heißt die Überschrift eines Berichts zum „4. Europäischen Kongreß der Jugend“ der *Jungen Nationaldemokraten (JN)*, wo alle „anwesenden Abordnungen und Gäste aus dem In- und Ausland ihren Willen [betonten], sich den plutokratischen Strukturen der egalitären ‚One World‘-Verfechter entschlossen entgegenstellen zu wollen“.³⁵ In diesem Sinne versteht heute ein großer Teil der extremen Rechten internationale Kooperation, die in Form von Finanzmitteln, Logistik, Personal oder auch – und nicht zu unterschätzen – Motivation vorkommen kann.

Intensive Kontakte werden schon seit Jahren gepflegt auf einschlägigen Veranstaltungen wie der flämischen „Ijzerbedevaart“ in Diksmuide, Belgien (August), der „Ulrichsberg“-Gedenkfeier bei Klagenfurt (Oktober) oder der Gedenkfeier zum Todestag von Francisco Franco in Madrid (November). Die „Ijzer-Wallfahrt“ wird seit 1927 jährlich am letzten Augustwochenende zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Flamen durchgeführt. Am Rande der Veranstaltung treffen sich Rechtsextremisten aus ganz Europa und Übersee.

Struktur folgt Ideologie. Mit anderen Worten: Es ist nicht anzunehmen, dass Rechtsextremisten unterschiedlicher Länder miteinander kooperieren oder Treffen organisieren und sich erst dann überlegen, was sie für gemeinsame Ziele bzw. Ideen vertreten. Im Gegenteil wird in der Regel, außer es liegt z.B. ein geschäftliches Interesse vor, eine Zusammenarbeit erst aufgrund weltanschaulicher Übereinstimmung bzw. gemeinsamer politischer Ziele verwirklicht. Aus diesem Grund sollen auch in diesem Beitrag erst diejenigen Ideologieelemente und politischen Ziele verdeutlicht werden, auf deren Basis sich ein Großteil der gegenwärtigen rechtsextremen Internationale vernetzt. Danach wird die organisatorische Ebene beleuchtet, wobei an konkreten Fallbeispielen die internationalen Vernetzungen der extremen Rechten nachgezeichnet werden.

Der Anspruch dieses Beitrages ist es nicht, restlos alle internationalen Netzwerke und Kooperationen der extremen Rechten auf- und nachzuzeichnen. Ziel ist es vielmehr, einen sich immer mehr verfestigenden Trend der Internationalisierung der extremen Rechten zu beschreiben. Dies soll, wie erwähnt, mit einer Reihe von Beispielen auf zwei Ebenen – der ideologischen und der organisatorischen – mit besonderem Augenmerk auf die deutsche Szene geschehen.

Die Ideologie des internationalen Rechtsextremismus

³⁵ Jürgen Distler, „Solidarität ist eine Waffe“, in: *Deutsche Stimme*, Nov. 1997, S. 12.

Vor der Darstellung der sich immer weiter entwickelnden internationalen rechtsextremen Infrastruktur ist es geboten, das ideologische Gerüst zu analysieren und zu verstehen, um das herum sich die Internationalisierung vollzieht.

Von Michael Kühnen, der wie kaum ein anderer die extreme Rechte der Bundesrepublik geprägt hat, stammt der Leitsatz: „Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler“ und die Aufforderung zum „Kampf gegen die Überfremdung“, zum völkisch motivierten „Kampf gegen die Umweltzerstörung“ und zur „Kulturrevolution gegen den Amerikanismus“. Hier formulierte Kühnen bereits Mitte der 1980er Jahre, was heute zentraler Bestandteil der rechtsextremen Internationale ist.

In einem Grußwort für das zum 35. Jahrestag der *NPD* und dem 30. Jahrestag der *Jungen Nationaldemokraten (JN)* vom ehemaligen *JN*-Bundesvorsitzenden und jetzigen stellvertretenden *NPD*-Vorsitzenden Holger Apfel herausgegebenen Band „Alles Große steht im Sturm“ legt Dr. William Pierce, Gründer und Führer der US-amerikanischen *National Alliance*, seine ideologischen Grundlagen einer internationalen Kooperation dar: „Nationalisten in Deutschland, in Europa oder auch in Amerika stehen einem gemeinsamen Feind aller Völker gegenüber, dem internationalen Großkapital, das allen geschichtlich gewachsenen Nationen zugunsten eines multikulturellen ‚melting pot‘ den Todesstoß versetzen will. Unser Kampf gegen die Weltherrschaftsbestrebungen und den Wirtschaftsimperialismus multinationaler Konzerne wird hart und entbehrungsreich sein – doch das Ziel einer wieder zu ihren Wurzeln zurückfindenden Völkergemeinschaft wird es wert sein, diesen harten Kampf und alle damit verbundenen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen“ (in: Apfel 1999: 23).

Aus dieser Aussage, die als paradigmatisch für die rechtsextreme Internationale gelten kann, geht klar hervor, dass es nicht mehr nur um die Verteidigung einer Nation nach außen geht, sondern um mehr. Zentrale international agierende Aktivisten wie Pierce definieren Nationalität nicht nach Staatszugehörigkeit oder Geographie, sondern nach Rasse. Schützens- und verteidigungswert ist nicht die Nation an sich, sondern die von „Überfremdung“ und „racemixing“ bedrohte „weiße Rasse“, die in den ihnen angestammten Nationen von einem skrupel-, traditions- und geschichtslosen „internationalen Großkapital“, das zumeist offen oder verkläuselt als jüdisch dominiert verortet wird. Dabei wird in Rückgriff auf alte, überkommene antisemitische oder völkische Argumentations- und Theoriemuster ein schwer verdauliches Gemisch aus den wahlweisen Zutaten „internationale Volkssolidarität“, „Anti-imperialismus“ und „Ausländer raus“ zusammengebraut.

Resultat ist eine als *pan-arisch* bezeichnete Weltanschauung, die – nicht mehr slavophob wie die NS-Ideologie Hitlerscher Prägung – ausdrücklich Osteuropa und Russland als Teil der „weißen Welt“ mit einschließt. Nur so ist es zu verstehen, wenn der II. Weltkrieg als „brudermordendes Desaster“ (Pierce in: Apfel 1999:23) bezeichnet wird. David Duke setzt sogar seine größte Hoffnung auf Russland in der Verhinderung des, wie er es nennt, „relentless and systematic destruction of the European genotype“, denn „our race faces a world-wide genetic catastrophe. There is only one word that can describe it: genocide“.

Um es zu wiederholen: International kooperierende Rechtsextremisten sind keine fahnen-schwenkenden Patrioten, sondern ausgesprochen systemkritische bzw. -feindliche fundamentale Gegner von Pluralismus, parlamentarischer Demokratie und *allen* ihren Vertretern. Die Idee von der im amerikanischen Kontext sog. „Zionistisch Okkupierten Regierung“ (*Zionist Occupied Government = ZOG*) dominiert mittlerweile den rechtsextremen Diskurs und gilt durchgehend als Beschreibung für die als reine Marionetten globaler (jüdisch dominierter) Finanzinteressen angesehenen Regierungen Europas und Nordamerikas. Oberstes Ziel ist die Erhaltung bzw. Reinhaltung der „weißen Rasse“, was eine totale Ablehnung jeglicher Ein- und Zuwanderung, gewendet als „Überfremdung“, zur logischen Folge hat.

Hieran schließt sich wiederum ein Anti-Amerikanismus an, der allerdings genauer als Anti-„Amerikanisches System“ beschrieben werden muss. Der als imperialistisch bezeichnete Einfluss von in den USA ansässigen Finanz- und Medienunternehmen inkl. *Wall Street* wird als „volkszersetzend“ und alle nationalen Eigenheiten planierend kritisiert. In einem Text, der auf „einer gemeinsamen Arbeitssitzung in Berlin-Köpenick von Vertretern der NPD und 8 weiteren Organisationen und Persönlichkeiten des Nationalen Widerstandes [...] einstimmig verabschiedet und unterzeichnet“ wurde, heißt es dementsprechend: „Der Nationale Widerstand ist sich darin einig, daß die ethnische Durchmischung des Deutschen Volkes erzwungen ist, daß unser Volk in der Gefahr ist, das Opfer eines Völkermordes zu werden. [...] Im Erkennen des Urteils, daß der ‚American way of life‘ der Todesmarsch der menschlichen Gattung ist und deshalb vom Geist der selbstbewußten Volksgemeinschaft überwunden wird, zeigt sich die geistige Stärke, die allein fähig ist, jetzt den Sieg zu erringen.“³⁶

Noch tiefer in die Abgründe im Rechtsextremismus nicht selten vorfindbarer antijüdischer Verschwörungstheorien führen Auslassungen zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001, für die der ehem. NPD-Aktivposten Horst Mahler im Sinne des deutschen Presserechts verantwortlich zeichnet. In dem inzwischen weit zirkulierten Text „Independence-Day live“ markieren die Anschläge „das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus“. Weiter argumentiert der Text, dass die Terrorakte nichts anderes als Akte der Selbstverteidigung von den Vereinigten Staaten unterdrückter Völker sei: „Dieser Kleinkrieg ist ein Befreiungskrieg und als solcher ein Weltkrieg, weil der Feind der Völker die Welt beherrscht“. Auch wer dieser Feind ist, wird nicht verschwiegen: „Es ist der die gläubigen Juden auf die Erlangung der Weltherrschaft durch Geldleihe ausrichtende Jahwe-Kult, der dem kapitalistischen System gegenwärtig seine tödliche Dynamik verleiht.“ Mahler verstieg sich letztendlich in der Aussage, die „militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft“ seien „– weil sie vermittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten – eminent wirksam und deshalb rechtens.“ Ähnlich äußerten sich zahlreiche Rechtsextremisten in Europa und den USA.

Als zentrales international kompatibles Bindemittel fungiert Antisemitismus, gepaart mit Kritik an der „Vergötzung des ‚American way of life‘ im Heiligenschein der ‚Menschenrechte‘“. Offen ausgesprochen werden muss das Wort Jude nicht einmal, denn wenn von „One Worlders“, „New World Order“ oder von der „Ostküste“ gesprochen wird, ist allen die es verstehen wollen klar, wer hier gemeint ist. So diagnostizierte Horst Mahler z.B. 1999: „Besonders in Deutschland sind die Medien und die Bildungseinrichtungen eine von der amerikanischen Ostküste durch subtile Herrschaftstechniken gelenkte Besatzungsmacht, die im Volk als solche noch nicht erkannt ist“.³⁷

Transportiert wird diese Ideologie durch ebenfalls international erkannte bzw. anerkannte Codes, Symbole oder Schriften. Dazu gehören u.a. die „14 words“ des amerikanischen Rechtsterroristen David Lane („We must secure the existence of our people and a future for White children“) oder die unter dem Pseudonym Andrew McDonald 1978 von William Pierce veröffentlichten „The Turner Diaries“, über die der Autor nach einer Europareise stolz behauptete: „Every nationalist in Europe has heard about *The Turner Diaries*“ Das Buch wurde neben anderen Sprachen auch von „German enthusiasts“ ins Deutsche übersetzt, die nach langem Suchen einen Verlag außerhalb Europas oder Nordamerikas für *Die Turner Tagebücher* gefunden haben.

³⁶ „Den Völkern Freiheit. Den Globalisten ihr globales Vietnam“, auf den WWW-Seiten des *Deutschen Kollegs* (eingesehen am 18.04.2002).

³⁷ Horst Mahler, „Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation“, in: *Staatsbriefe*, Nr. 5-7/1999; S. 20.

In diesem zu Recht als „rechtsextreme Bibel“ bezeichneten Roman nimmt die „arische Revolution“ ihren Anfang in einem Bombenattentat auf das Hauptquartier des FBI und erlebt ihren Höhepunkt im sog. „Day of the Rope“, an dem zehntausende von Personen mit Schildern wie „Ich habe meine Rasse verraten“ an Straßenrändern aufgehängt werden. Nach einem nuklearen Bürgerkrieg und einer „mopping-up period“ (d.h., der Tötung aller „nicht-Weißen“), ist die gesamte Welt am Ende des Romans „arisch“, das Blutvergießen „hat sich gelohnt“. Es ist bezeichnend, dass hier Gewalt eher als Heilmittel, denn als Krankheit dargestellt und damit bewusst bejaht und verteidigt wird. Diese kompromisslos positive Stellung zu Gewalt – als einzige Lösung des Problems der empfundenen fundamentalen Unterdrückung der „arischen Rasse“ durch ZOG – ist einem steigenden Anteil der rechtsextremen Internationalen inhärent. Gewalt wird dabei oft als von außen aufoktroierte letzte Ressource im Kampf ums Überleben gesehen.

„In diesem Kampf ist jeder Gegner des heutigen Amerika objektiv unser Verbündeter, auch wenn er morgen unser Feind werden sollte“, schreibt der rechtsextreme schweizer Veteran Gaston Armand Amaudruz in seinem Geleitwort zur *NPD*-Veröffentlichung „Alles Große steht im Sturm“. Der damalige Vorsitzende der *British National Party (BNP)*, John Tyndall, schreibt an gleicher Stelle im Namen seiner Partei: „Die selben Feinde, die selben politischen und gesellschaftlichen Probleme, die gleichen Lösungsansätze für diese Probleme und sicher auch eine gemeinsame Zukunft. Dies alles bindet die nationalistischen Parteien Europas untereinander“.

Der erfolgte kurze Aufriss der zentralen ideologischen Elemente pan-arischer Rassismus, Antisemitismus und (revolutionäre) Systemgegnerschaft in politischem, kulturellem, gesellschaftlichem und auch ökonomischem Sinne führt bei einer wachsenden Zahl führender Rechtsextremisten zu der Schlussfolgerung: „Cooperation across borders will become increasingly important for progress – and perhaps survival – in the future“.³⁸

Das Netzwerk des internationalen Rechtsextremismus

Während die deutsche rechtsextreme Szene, wie in den meisten anderen Ländern auch, notorisch zerstritten und organisatorisch fragmentiert ist, kristallisieren sich mehr und mehr so etwas wie *global players* heraus, die auch aus den oben beschriebenen ideologischen Gründen großen Wert auf lebendige Kontakte zu Gleichgesinnten in aller Welt legen. Hinzu kommt, dass Rechtsextremismus für eine kleine Anzahl von bestens vernetzten Aktivisten ein sehr einträgliches Geschäft ist, wo mit dem Verkauf von (nicht selten – zumindest in Deutschland – illegalen) Tonträgern, Devotionalien oder auch Druckerzeugnissen beachtliche Profite erwirtschaftet werden. (...)

Die pan-arische Internationale

Es haben sich die Grundlagen internationaler Vernetzung fundamental verändert. Die pan-arische Internationale des Rechtsextremismus geht nicht nur von anderen historischen (post-Kalter Krieg), gesellschaftlichen (Erlebnisgesellschaft) und biographischen Voraussetzungen aus, sondern ihm stehen auch völlig andere Mittel (Internet etc.) zur Verfügung. Wie schnell zu erkennen ist, bilden in der Gegenwart eben nicht mehr Hitlerverehrung und NS-Ideologie den weltanschaulichen Kitt internationaler Kooperationen, Hakenkreuz und Hitlergruss sind nicht die einigenden Symbole. Die sich immer weiter ausdifferenzierende rechtsextreme Internationale soll hier an einzelnen Fallbeispielen verdeutlicht werden.

1. Eine wichtige internationale Achse stellt die Kooperation zwischen der *NPD* und ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten (JN)* mit der US-amerikanischen *National Alliance (NA)* des Dr. William Pierce dar, die wiederum beide freundlich der *British National Party (BNP)* verbunden sind.

³⁸ *National Alliance Bulletin*, „Report from Greece“, November 1998, S. 10.

Nach ihrem Selbstverständnis sind die *Jungen Nationaldemokraten* „europäische Nationalisten“, die ein „Europa der Nationen“ anstreben, „zu dessen Verwirklichung sich alle Nationalisten Europas in einer grenzübergreifenden Einheitsfront zusammenschließen müssen“. Zur Stärkung des „Kameradschaftsbewußtseins“ sind auch Fahrten ins europäische Ausland und „Treffen und Aktionen mit europäischen Kameradinnen und Kameraden“ ausdrücklich vorgesehen. Am traditionellen *JN*-Pfungstlager vom 9.-12. Juni 2000 in Sachsen-Anhalt nahmen z.B. ca. 30 schwedische „Kameraden“ unter der Führung des Vorsitzenden der *Nationalen Jugend Schwedens (Nationell Ungdom)*, Eric Hägglund, teil. Das „Deutsch-Schwedische Pfungstlager“ wiederholte sich vom 1.-4. Juni 2001 in der Kurpfalz mit diesmal 40 angereisten Skandinaviern, auf dem Eric Hägglund „anhand ausführlichen Bildmaterials über seine politische Reise nach Moskau“ berichtete und auf „verschiedenste ökonomische Möglichkeiten“ hinwies, die „zwischen russischen und schwedischen Nationalisten künftig genutzt werden sollen“. Hägglund wiederum war einer der Ehrengäste beim „2. Tag des Nationalen Widerstandes“, einer *NPD/JN*-Großveranstaltung am 27. Mai 2000 in Passau (vgl. Maegerle 2002).

So organisieren die *JN* auch seit 1994 jährlich einen „Europäischen Kongreß der Jugend“, bei dem unter zeitweise konspirativen Umständen mehrere hundert deutsche und internationale Rechtsextremisten zugegen sind. Am 18.10.1997 nahmen, wie schon im September 1996, Vertreter der *National Alliance* an dem "Europäischen Jugendkongress" im oberpfälzischen Furth im Wald teil.

In einem Artikel in der *NA*-Zeitschrift *National Vanguard* im Frühjahr 1997 mit dem Titel „Friends in Germany: The National Democratic Party“ wird sowohl der *NPD*-Vorsitzende Udo Voigt als auch die *NPD* selbst extrem positiv beurteilt und die Radikalisierung der *NPD* in der jüngeren Vergangenheit begrüßt. Die *NPD* unter Voigt „continues to pursue a revolutionary political course and seeks the active cooperation of serious like-minded organizations worldwide“. In einem Interview, das Udo Voigt dem *National Alliance*-Mitglied „Wolfgang Keller“ am 9. August 1996 gegeben hatte, bestätigte dieser das Interesse der *NPD* an der Formation einer „worldwide confederation of nationalists as a step in the right direction“. Freundliche Beziehungen beständen bereits zur *Ukrainischen National-Partei (UNA)*, spanischen Nationalisten sowie natürlich zur *National Alliance*.

Am 24. Oktober 1998 war die griechische rechtsextreme Organisation *Chrisi Avgi* („Goldene Morgenröte“), Ausrichter des „5. Europäischen Kongresses der Jugend“ in Thessaloniki. Anwesend waren 150 „Kameraden“, darunter eine *JN*-Delegation unter Führung von Alexander von Webenau, damals Bundesvorsitzender der *NPD*-Studierendenorganisation *Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)*. Stargast und -redner in Thessaloniki war Dr. William Pierce, der nach informellen Treffen am 25. Oktober am Folgetag (26. Oktober) nach Augsburg weiterreist um hier Gleichgesinnte aus Deutschland und Frankreich zu treffen.

Von Webenau war seinerseits am 18. April 1998 zur siebten „Leadership Conference“ der *National Alliance* in deren Hauptquartier nach Hillsboro, West Virginia, eingeladen worden und hielt dort eine Rede vor ca. 60 Personen. Anschließend verbrachte von Webenau eine Woche bei der *NA* „as part of a program of developing closer understanding and collaboration between the Alliance and the *NPD*“. In ihrem monatlichen *Bulletin* stellt die *NA* weiter fest, dass solche „collaboration promises to be increasingly valueable to the Alliance as radical nationalists in Germany make gains at an explosive rate and move closer to real power“. Laut *NA Bulletin* vom September 1998 war ein Höhepunkt der „Leadership Conference“ am 8. September d.J. ein Bericht des deutschen *NA*-Mitglieds „William Keller“ mit einer Einschätzung „of various German organizations and individuals and their potential for furthering the aims of the Alliance“.

Beim „1. Tag des nationalen Widerstandes“ der *NPD* am 7. Februar 1998 in Passau war wiederum Pierce einer der ausländischen Ehrengäste und sollte eine Rede halten, die allerdings

von den örtlichen Behörden untersagt wurde. In seinem Grußwort in „Alles Große steht im Sturm“ äußert sich Pierce enthusiastisch über dieses Ereignis als „eine der herausragendsten Erfahrungen, die ich je irgendwo bei einem nationalistischen Treffen machen durfte. [...] Die Teilnahme an diesem großartigen Ereignis war für mich ein geistiger Auftrieb, von dem auch ich noch lange zehren werde“ (in: Apfel 1999: 23). Auch die *NPD* und die Kooperation mit ihr wird sehr positiv bewertet: „Alles, was ich stets über die *NPD* in den vergangenen Jahrzehnten gehört habe, konnte ich in den letzten Jahren einer sich intensivierenden Zusammenarbeit zwischen der *NPD* und der *National Alliance* persönlich bestätigt sehen“ (Ebenda).

Weitgehende Übereinstimmung wird auch auf der strategischen Ebene konstatiert. Pierce beeindruckt am stärksten „bei der *NPD* und ihrer politischen Führung die Erkenntnis, daß in der Zukunft alle nationalistischen Organisationen über nationale Grenzen hinweg Hand in Hand mit nationalistischen Gruppen in anderen europäischen Ländern und in Amerika zusammenarbeiten müssen. Jene patriotischen Organisationen, deren Sicht auf ihr eigenes Land begrenzt und engstirnig bleibt, werden eine weitaus geringere Rolle spielen, als jede Organisationen, die fähig sind, ihre historischen Vorurteile zu überwinden, und deren Strategie auf die Zusammenarbeit mit überzeugten Nationalisten auf der ganzen Welt basiert „(in: Apfel 1999: 23).

In diesem Sinne äußert Pierce sich zuversichtlich, dass „die wachsende und zunehmend effektive Zusammenarbeit“ zwischen *NPD* und *NA* „in den kommenden Jahren zum Wohl aller im Überlebenskampf stehenden Völkern intensiviert werden kann“ (Ebenda). Es folgte ein weiterer Redeauftritt des *NA*-Führers am 30. Oktober 1999 beim „6. Europäischen Kongreß der Jugend“ der *JN* im bayerischen Falkenberg, an dem diesmal außerdem Teilnehmer aus Irland, Frankreich, Italien, Griechenland, Litauen, Schweden, Dänemark und Rumänien zugegen waren.

Konkrete Formen nahm der von Pierce beschworene „Überlebenskampf“ u.a. am 2. April 2001 an, als die *National Alliance* vor der deutschen Botschaft in Washington DC gegen das Verbot der *NPD*, für die Freilassung von Hendrik Möbus und für „freie Meinungsäußerung“ in Deutschland durchführte. Black-Metal-Neonazi Möbus, der im April 1993 mit zwei Komplizen einen Mitschüler brutal erdrosselt hatte, verstieß nach Verbüßen von zwei Drittel seiner Strafe gegen die Bewährungsaufgaben und setzte sich im Dezember 1999 in die USA ab. Nach mehrwöchiger Observation des *NA*-Anwesens in Hillsboro, West Virginia, wurde Möbus Ende August 2000 von US-Marshalls festgenommen und in Auslieferungshaft verbracht. Unmittelbar im Anschluss an die Verhaftung stellte Möbus einen Antrag auf politisches Asyl in den Vereinigten Staaten, der Anfang März 2001 abgewiesen wurde. Laut Pierce hat die *NA* \$ 20000 in einen Anwalt für Möbus investiert, um dessen Abschiebung nach Deutschland zu verhindern, die aber am 29. Juli 2001 erfolgte.

Angaben der *National Alliance* zufolge fand die Demonstration auf Anregung der *NPD* statt, da „the leaders of the *NPD* had requested our assistance in building pressure in the United States against the German government and its current campaign to ban the *NPD* because of its Political Incorrectness“. Insgesamt 45 Personen protestierten so mehr als eine Stunde vor der deutschen Botschaft, unter ihnen Vertreter der *American Friends of the British National Party (AF-BNP)* und David Dukes *NOFEAR* – sowie Jürgen Distler, damals Chefredakteur des *NPD*-Blatts *Deutsche Stimme* und Jens Pühse, Mitglied des *NPD*-Parteivorstandes. Distler hielt bei einer anschließenden Veranstaltung in Arlington, Virginia, eine Rede, die vom Bremer Aktivisten Hendrik Ostendorf übersetzt wurde und übereinstimmend großen Anklang fand. Danach hielten sich beide *NPD*-Vertreter für drei Tage im *NA*-Hauptquartier in West Virginia zu „very useful discussions“ auf, die möglicherweise auch den Ausbau des *NA*-Musikgeschäftes nach Europa zum Thema hatten.

Pierce hatte im Jahre 1999 die Musikfirma *Resistance Records* von dem Kanadier George Burdi aufgekauft. Ebenfalls übernommen wurde im Herbst 1999 das schwedische Musikimperium *Nordland Records* zusammen mit allen bestehenden Bandverträgen und der europäischen Adressenliste. Als Manager wurde Erich Gliebe, Sohn eines deutschen II. Weltkriegsveteranen und NA-Aktivist aus Cleveland, Ohio, eingesetzt. Der bekennende Fan der inzwischen in Deutschland verbotenen Band *Landser* ließ in einem Gespräch mit der deutschen Szene-Musikzeitschrift *RockNord* verlauten: „Ich hoffe auch auf eine weitere Zusammenarbeit zwischen Resistance und der deutschen WP-Szene [WP = White Power; T.G.]. Wir möchten euch auf jede Art und Weise helfen, die uns möglich ist! Wir sehen uns!“

Der ebenfalls auf der Veranstaltung in Arlington am 2. April 2001 anwesende Chef der *AF-BNP*, Mark Cotteril, fasste dort das Zusammentreffen von Rechtsextremisten aus drei Ländern treffend zusammen: „Although we are all Nationalists, here today we are only one Nationality, White. It is not an American fight, or a British fight or a German fight, it is a White fight and we have got to win it“.

Am 29. Juli 2001 fand eine weitere NA-Demonstration vor der deutschen Botschaft statt, die diesmal auch von der immer häufiger mit der NA kooperierenden virulent antisemitischen und rassistischen *World Church of the Creator (WCOTC)* unterstützt wurde. Die *WCOTC* gibt an, ihrerseits einen Ableger in Deutschland zu haben, der von einem „Reverend“ Alfred Herwig geleitet wird und sich *Weltkirche des Schöpfers* nennt.

Eine weitere interessante Achse bilden denn auch die guten Beziehungen der *NPD/JN* zur *British National Party (BNP)* (Vorsitzender ist seit November 1999 Nick Griffin), die wiederum verstärkt vor allem über die *American Friends of the BNP (AF-BNP)* in den USA aktiv waren und dort vereinzelt mit der *National Alliance* Veranstaltungen organisiert haben. Schon im Februar 1997 hatte William Pierce eine Rede vor einer *BNP*-Versammlung in England gehalten und wurde danach von der britischen Regierung mit einem Einreiseverbot belegt. Im Mai 2001 tourte Nick Griffin durch die USA, vor allem um Spenden für die *BNP* einzuwerben und Kontakte zu knüpfen. Am 12. Mai sprach Erica Hardwick von der *NA Virginia* einmal mehr über das aus ihrer Sicht grausame Schicksal, das Hendrik Möbus bei einer Auslieferung nach Deutschland erwarten würde.

Bereits Ostern 2000 hatte Nick Griffin die USA besucht, um die *AF-BNP* als Dachorganisation für die traditionell zerstrittene amerikanische extreme Rechte zu etablieren. Zugegen bei einer Veranstaltung am 22. April waren neben „White Civil Rights leader“ David Duke (damals *NOFEAR*) eine große Anzahl maßgeblicher Köpfe und Autoren der US-amerikanischen Szene, wie z.B. Kirk Lyons, Anwalt aus North Carolina. Redner war u.a. auch das deutsch-amerikanische *NPD*-Mitglied Roy Armstrong. Armstrong, der auch unter dem angeheirateten Namen Godenau bekannt ist, ist ein ehemals dem rechtsextremen Veteranen Manfred Roeder nahestehender Aktivposten, der seit Jahrzehnten ein Bindeglied zwischen der deutschen und amerikanischen Szene darstellt. Roeder wiederum war u.a. 1998 *NPD*-Kandidat für die Bundestagswahl und verfügt seinerseits über lebendige Kontakte zu Rechtsextremisten in aller Welt und vor allem den USA.

Roy Armstrong war am 22. April 2000 nicht nur mit David Duke mit dem Auto aus Louisiana nach Virginia angereist, sondern wird auf der *EURO*-Webseite auch als Kontaktmann für Mandeville/Covington, Louisiana, und umliegende Orte angegeben. Der ehemalige *Ku Klux Klan*-Führer Duke wiederum näherte sich – nach einer stattlichen Anzahl von gescheiterten Wahlkampagnen für alle möglichen politischen Ämter vom Abgeordneten im Parlament von Louisiana bis zum Präsidenten der Vereinigten Staaten – Ende der 1990er u.a. der *National Alliance* an, auf deren Veranstaltungen er oftmals als Redner auftrat.

Viel Zeit verbrachte David Duke bis 2003 jedoch in Russland, wo er Verbindungen zu den stark anwachsenden rechtsextremen Strömungen knüpfte und sein, u.a. in der Duma-

Buchhandlung erhältliches russischsprachiges Machwerk „Die jüdische Frage aus den Augen eines Amerikaners“ vertreibt. Aus gutem Grund war David Duke seit November 2000 nicht mehr in den USA aufgetaucht. Am 16. November 2000 durchsuchten FBI-Beamte Dukes Wohnung in einem Vorort von New Orleans und beschlagnahmten kistenweise Akten. Anwesend in Dukes Wohnung war an diesem Tag jedoch ein anderer: Roy Armstrong.

In Moskau bekam Duke nicht nur die langersehnte Anerkennung, die ihm in seinem Heimatland oft verwehrt wurde, sondern er bewegt sich nun häufiger in Kreisen einer anderen international bestens vernetzten rechtsextremen Gruppe – der Holocaust-Leugner.

2. Die weltweit operierende Gemeinde der Holocaust-„Revisionisten“ ist ein weiterer wichtiger Teil der rechtsextremen Internationale. An regelmäßig stattfindenden Kongressen und Konferenzen nehmen Shoa-Leugner aus allen Kontinenten Teil, wobei nahezu immer die gleichen Gesichter professioneller *global players* dieser Szene anwesend sind. Mit geradezu religiösem Eifer wird hier an der „Richtigstellung“ der Geschichte gearbeitet – aber auch Geld verdient.

Am 26. und 27. Januar 2002 fand z.B. in Moskau eine vom US-amerikanischen Magazin *Barnes Review* organisierte internationale Konferenz zum Thema „Die globalen Probleme der Weltgeschichte“ statt. Einschlägig bekannte Teilnehmer waren neben dem aus Marokko stammenden und in Schweden lebenden Ahmed Rami, dem in Australien lebenden Deutschen Fredrick Toben und dem seit Jahren auf der Flucht befindlichen Schweizer Jürgen Graf auch Aktivposten David Duke. In einem Radiointerview mit dem rechtsextremen Radiomoderator Hal Turner berichtete Duke am 12. Februar 2002 live aus Moskau, dass er sich neben Russland in den vergangenen Jahren auch wiederholt in Italien, Österreich, Deutschland, der Schweiz und Rumänien aufgehalten habe.

Für die Organisation der Moskau-Konferenz soll der Russe Oleg Platonov zuständig gewesen sein. Platonov fungiert als Mitherausgeber des *Journal for Historical Review*, das von der führenden holocaustleugnenden Organisation in den USA, dem *Institute for Historical Review (IHR)* herausgegeben wird.

Die zwischen 1979 und 2000 veranstalteten Konferenzen des *IHR* fanden ausnahmslos in den USA statt. Eine für den März 2001 geplante Zusammenkunft sollte nicht nur in bezug auf den Veranstaltungsort, Beirut, eine Neuerung zu den bisherigen bringen. Obgleich die Konferenz nicht wie vom *IHR* geplant, stattfinden konnte, lässt sich an ihr doch ein erneuter Wandel in der Strategie der Holocaust-Leugner festmachen. Hier wollten die Veranstalter an die seit einigen Jahren verstärkt geführte Diskussion anknüpfen, in der eine Neubestimmung des Verhältnisses zum Islam und insbesondere zu arabischen „Widerstandsbewegungen“ verlangt wird. Als gemeinsam wird der Kampf gegen den „Zionismus“ und den jüdischen Staat – Israel – angesehen. Dies liegt ganz auf der Linie eines für Beirut vorgesehenen deutschen Teilnehmers; dem scheinbar allgegenwärtigen *NPD*-Aktivposten Horst Mahler (vgl. oben).

Eine zentrale Figur in dieser Frage ist auch der in den 1960er Jahren zum Islam übergetretene Schweizer Ahmad Huber, der seinerseits über beste internationale Kontakte verfügt. In einem Interview mit der *NPD*-Zeitung *Deutsche Stimme* gab Huber zu verstehen, dass er die nationalsozialistische Rassenlehre ablehne, jedoch dem Dritten Reich Positives abgewinnen kann: „Die Muslime werden nie vergessen, daß Deutschland sich mit seiner Wehrmacht konsequent mit den Kolonialmächten England, Frankreich, Belgien und Holland auseinandersetzte. Wir beurteilen schon deshalb das Dritte Reich ganz anders, auch weil das Dritte Reich aus der Sicht der Muslime einige interessante islamische Elemente erhielt“. Das Interview endete mit Hubers Äußerung: „Wir Muslime stehen jetzt auf, wir sind jetzt erwacht und werden in unserem Bereich für Ordnung sorgen im Staat Allah“. Huber, der bis Ende 2001 als Mitglied des Verwaltungsrats der internationalen Finanzgesellschaft *Nada*

Management Organization (vormals: *Al Taqwa*) fungierte, die mutmaßlich Aktivitäten der Terrororganisation *Al Qaida* von Osama bin Laden unterstützt hat, nahm Ende Oktober 2000 am unter dem Motto „Nationaler Freiheitskampf lässt sich nicht verbieten“ stehenden „7. Europakongress“ der *JN* als Redner teil und sprach vor ca. 400 Teilnehmern aus Deutschland, der Schweiz, Italien, Frankreich, Großbritannien, Irland, Portugal, Griechenland und Spanien. Gergesehener Gast war Huber ebenfalls auf dem von der *NPD* veranstalteten *Deutsche Stimme*-Pressefest am 8. September 2001 im sächsischen Grimma.

Ein weiterer Weltreisender in Sachen „Revisionismus“ ist der britische Historiker David Irving. Während seinen unzähligen Auftritten in den USA, z.B. allein sechsmal auf der jährlichen *IHR*-Konferenz oder auch mehrmals auf Einladung der *National Alliance*, knüpfte er gute Kontakte zu führenden amerikanischen Rechtsextremisten, wie u.a. David Duke. Auch in der Bundesrepublik war der Brite vielfach als Redner zugegen, u.a. bei Veranstaltungen der *DVU*. Zuletzt wurde von Irving im September 2000 eine Grußbotschaft bei der Passauer *DVU*-Veranstaltung per Video eingespielt. Die freundlichen Beziehungen zur *DVU* datieren zurück in die frühen 1980er Jahre, und schon am 9. Mai 1982 hatte Irving den „Europäischen Freiheitspreises der Deutschen National Zeitung“ erhalten. Wie den Gerichtsakten im Verfahren „Irving vs. Penguin and Lipstadt“ zu entnehmen ist, unterhielt Irving in den 1980er und 1990ern außerdem Kontakte zu führenden deutschen Rechtsextremisten wie Günter Deckert oder Christian Worch und bezog weltweit Spenden von 4017 Personen, davon 2495 aus den USA und Kanada. Der *National-Zeitung* verriet Irving in einem im Mai 2002 publizierten Interview, dass er trotz verlorenem Prozess sowie Einreiseverboten in Deutschland, Kanada, Italien, Frankreich und Australien gedenke, auch weiterhin umfangreich publizistisch tätig zu sein und eine „großangelegte Biographie Himmlers“ plane. Zunehmend populärer werden die für ihre durch den ersten Verfassungszusatz gegenüber Rechtsextremisten sehr liberalen Vereinigten Staaten, vor allem für in anderen Ländern mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Holocaust-Leugner. So heiratete der in Kanada von der Ausweisung bedrohte deutschstämmige Ernst Zündel Anfang 2001 seine langjährige Mitstreiterin Ingrid Rimland und zog nach Tennessee um, von wo aus ihre „Zundelsite“ weiterbetrieben wird, auf der Dokumente in zehn Sprachen abrufbar sind. Ähnlich verfährt der eng mit dem *Institute for Historical Review* zusammenarbeitende und vor den deutschen Behörden flüchtige Germar Rudolf, der ebenfalls durch die Heirat mit einer Amerikanerin eine Aufenthaltsgenehmigung erwirken will und sich derzeit in Alamama aufhält. Der nach der Niederlage im sog. „Lipstadt-Prozess“ Anfang März 2002 offiziell für bankrott erklärte Brite David Irving wiederum hält sich gerne und für lange Perioden im sonnigen Key West, Florida auf.

Rechtsextremismus im 21. Jahrhundert – die globalisierten Antiglobalisierer

1. Rechtsextremisten vernetzten sich mehr und mehr international. Rechtsextreme *global players* wie z.B. Horst Mahler, William Pierce, David Duke oder Ahmad Huber treten dabei in einer Vielzahl von Ländern auf und spielen eine sehr wichtige Rolle als „bad will ambassadors“ ihrer jeweiligen Organisationen bzw. Anhänger. Die sich bildende rechtsextreme Internationale gruppiert sich dabei um die zentralen ideologischen Elemente pan-arischer Rassismus, Antisemitismus sowie (revolutionäre) Systemgegnerschaft und nutzt konsequent moderne Kommunikationstechnologie, wie das Internet.

Heute ist es nicht unwahrscheinlich, dass eine rechtsextreme CD in den USA aufgenommen, in Polen gepresst und via Internet in Schweden verkauft wird. Ein deutscher Neo-Nazi kann womöglich seine amerikanische Lieblingsband in der Schweiz live sehen. International agierende rechtsextreme Netzwerke wie *Blood & Honour*, *Hammerskins* oder auch *Resistance Records* nahmen laut Interpol allein im Jahre 1999 ca. \$ 3,4 Millionen durch den Verkauf von (in Europa zumeist indizierter) Musik ein.

Internationale Vernetzung stärkt die rechtsextreme Infrastruktur, erleichtert die Produktion und den Vertrieb von Propaganda und wirkt nicht zuletzt positiv auf die Motivation der

einzelnen Akteure, die sich als Teil einer sie und ihr Land weit übersteigenden „großen“ Sache sehen können. In einem Interview mit dem in der deutschen Szene weit verbreiteten *Zentralorgan* bestätigte William Pierce, der dort als „besonderer Freund des deutschen Widerstandes“ bezeichnet wird, im Hinblick auf die deutsch-amerikanische Kooperation diese Einschätzung: „Da beide Seiten von einem Zusammenwirken über die Grenzen hinweg nur profitieren können und sich die technischen und sonstigen logistischen Mittel dafür in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert haben, steht einer Ausweitung der Zusammenarbeit nichts im Wege. Das ist in unser aller Sinn.“

Neben dem Besuch von Veranstaltungen verschafft gerade das Internet als wichtiges Kommunikationsmittel (nicht Rekrutierungsmittel), auch ein Gefühl der Verbundenheit und der Überlegenheit, die Gewissheit „ich bin nicht allein“. Rechtsextremist x, der früher weitgehend isoliert in dem Örtchen y saß und ungeduldig auf die nächste Ausgabe des rechtsextremen Blattes z warten musste, erfreut sich heute womöglich an 100 Nachrichten pro Tag aus aller Welt, die ihm sagen, wie großartig die Sache ist, an die er glaubt. Dabei spielen amerikanische Server eine zentrale Rolle, vor allem für europäische Aktivisten, die dort ihre in den eigenen Ländern illegalen Inhalte problemlos der Welt präsentieren können. Eine Sprachbarriere besteht hierbei anscheinend nicht, deutsche Übersetzungen von amerikanischen Texten oder Strategiepapieren sind keine Seltenheit mehr. Interessanterweise wird gerade die USA immer wichtiger als „Ruhe- und Rückzugsraum“ für international agierende Rechtsextremisten unter Ausnutzung des dort bestehenden Primats der Freiheit der Rede und des Ausdrucks. In den USA laufen allerlei Fäden der internationalen Netzwerke zusammen (Revisionisten, Musikhandel, Internet, Fundraising). Während bis in die 1980er Jahre Deutschland als „Heimat der Bewegung“ das Zentrum des rechtsextremen Orbits war und von hier aus die maßgeblichen ideologischen Impulse (auch in Rückgriff auf das NS-Regime) ausgingen, ist die Lage nun fast umgekehrt. Heute verläuft der Ideologie- und Propagandatransfer ostwärts vom „Land of the Free“ nach Europa und die restliche Welt, wenngleich die Akteure nicht zwangsläufig Amerikaner sind.

Mehr und mehr kristallisiert sich jedoch Russland, wo es inzwischen u.a. Internetdomains für Schnäppchenpreise gibt, als weiterer bevorzugter Aktionsort heraus. David Duke fragt inzwischen sogar: „Is Russia the Key to White Survival?“ und stellt fest, dass Russland als „White nation“ mit einem hohen antisemitischen Einstellungspotential „critically important to the coming struggle“ ist.

2. Die sich gegenwärtig formierende rechtsextreme Internationale operiert von einer grundlegend anderen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen als auch technologischen Basis als alle Rechtsextremisten vorher. Sie ist ohne das Ende des Kalten Krieges und ohne das Angleichen der politischen und vor allem der sozioökonomischen Lebenswelten nicht denkbar, der die oben skizzierten zentralen Ideologieelemente kompatibel und attraktiv für Rechtsextremisten weltweit macht. Neben den in diesem Text skizzierten Fallbeispielen wächst die Zahl der Kooperationen mit Aktivisten aus Südamerika, Australien oder Südafrika an bzw. verfestigen sich.

Rechtsextremisten, die mittlerweile als schärfste Kritiker und Gegner des Prozesses der Globalisierung auftreten, globalisieren sich ihrerseits selbst. Es ist so nicht mehr entscheidend, von welchem Land aus der „nationale Widerstand“ geführt wird, sondern wie. „Exil-Rechtsextremisten“ wie z.B. Jürgen Graf, Germar Rudolf oder auch David Duke setzen ihre Aktivitäten unvermindert an ihren jeweilig wechselnden Standorten fort.

In Deutschland bemängelte die *NPD* nach der Landtagswahl von Sachsen-Anhalt: „Von der PDS bis zur Schill-Partei lagen alle auf der gleichen Linie der Globalisierer und Multikulturellen“, und nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich: „Der Erfolg von Jean Marie Le Pen und des Front National ist ein deutliches Zeichen für das Abwenden vieler Franzosen von der Globalisierungspolitik der französischen Führung“. Das Transistorthema Globalisierung

steht im rechtsextremen Kontext wahrhaft global für die Macht (jüdisch dominierten) Großkapitals, für amerikanischen Kulturimperialismus und für einen „multirassischen Genozid“ bzw. ein „rassezerstörendes Trümmerfeld“, das „von Washington, Wall Street und Hollywood angestrebt wird“, wie es der *BNP*-Vorsitzende Nick Griffin in einem Interview mit der *Deutschen Stimme* formuliert. Diese „Weltanschauung“ ist wiederum anschlussfähig an einzelne fundamentalistische Kräfte in der islamischen Welt. In diesem Sinne ist es dann nicht mehr entscheidend, ob die USA als „zionistisch okkupiert“ oder als „großer Satan“ angesehen werden, das World Trade Center gilt in beiden Fällen als überragendes Symbol der „mammonistischen Weltherrschaft“.

Unter anderem die *NPD* versucht aus dem KampftHEMA Globalisierung propagandistisches Kapital zu schlagen. Deren Parteivorsitzender Udo Voigt wartet in einer Presseerklärung vom 13. September 2001 mit der interessanten wie aufschlussreichen Aussage auf, die *NPD* werde „sich an die Spitze einer neuen deutschen Friedensbewegung und aller Globalisierungsgegner setzen“. Wie eine solche Globalisierungskritik von rechts aussehen kann, zeigen die jüngeren Schriften von Vor-, Nach- und Ausdenker Horst Mahler: „Die Sache der Völker steht gut. Vor die Wahl gestellt, zu kämpfen oder unterzugehen, werden sie den Kampf wählen und siegen: Denn der Feind ist geistlos geworden und ohne Vision für die Welt von morgen“.³⁹

Aus: Thomas Grumke / Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch des Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 43-59.

3.5. Die Globalisierungsdebatte und der Rechtsextremismus

Dr. Thomas Greven

Bei einigen der großen Protestveranstaltungen mit Globalisierungsbezug in jüngerer Zeit sind Rechtsextremisten in Erscheinung getreten, so z.B. anlässlich der Herbsttagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) im September 2000 in Prag. Bisher nicht in großer Zahl, nie als Teil der Veranstalterkoalitionen und stets konfrontiert von zahlenmäßig weitaus zahlreicheren Gegendemonstranten (Rucht 2002: 66). Klassische rechts-extreme Themen wie Arbeitslosigkeit und Überfremdung werden heute verstärkt mit den Prozessen der Globalisierung in Verbindung gebracht. Thomas Grumke bezeichnet Globalisierung als „Transistorthema“ und „KampftHEMA“ der Rechtsextremen (Grumke 2002: 58). In Deutschland bemüht sich z.B. die *NPD* seit Jahren, den Tag der Arbeit am 1. Mai im Sinne einer rechtsextremen Globalisierungskritik zu besetzen. Sie will sich „an die Spitze [...] aller Globalisierungsgegner setzen“ (zitiert nach ebd.) und „gegen Sozialabbau und Globalisierung“ die Volksgemeinschaft setzen. Der globale Kapitalismus wird abgelehnt, weil er angeblich jüdisch bzw. amerikanisch dominiert sei (Leggewie 2003, 54-57). In den USA sind „patriotische“ Milizen das Musterbeispiel rechter Globalisierungskritik (ebd.); auch sie stellen sich gegen die angebliche jüdische Weltverschwörung, die in ihrer Sicht auch die amerikanische Regierung beherrscht (Grumke 2001).

Für die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der *NPD*, ist die Globalisierung eine Gefahr für Nation und Volk. In einer Pressemitteilung zum G8-Gipfel in Genua, 2001, rief die JN auf, „sich an kommenden, friedlichen Demonstrationen gegen die Globalisierung zu beteiligen“. Ein Aktionskomitee „Nationalisten gegen Globalisierung“ argumentierte auf der JN-Website, dass Globalisierung zu „Menschen ohne Kultur“ führe, dass Globalisierung eine „angepasste, moderne Form des Internationalismus“ sei und „das Verschwinden von nationalen Grenzen [bedeute], um in der nächsten Phase die Identität der Völker auszuwischen“. Das Komitee hielt dagegen: „Wir aber wollen nicht entarten zu dem, was man Weltbürger nennt, ohne Identität und ohne Seele. Wir sind Nationalisten und somit stolz auf unser Volk“ (zitiert nach Grumke/Wagner 2002: 388-89). Die Versuche, das

³⁹ „Independence-Day live“, auf den WWW-Seiten des *Deutschen Kollegs* (eingesehen am 18.04.2002).

Globalisierungsthema zu besetzen, waren bislang erfolglos; noch hält gerade am 1. Mai das Deutungsmonopol der traditionellen Arbeiterbewegung. Allerdings geben nun die „neuen Montagsdemos“ gegen die z.T. globalisierungsbedingte Sozialpolitik der Bundesregierung den Rechtsextremisten Gelegenheit zu weiteren Unterwanderungsversuchen (Langenau 2004).

Opportunistische Instrumentalisierung des Globalisierungsthemas?

Ist dieses Aufgreifen des Globalisierungsthemas durch rechtsextreme Gruppierungen nur Opportunismus? Instrumentalisieren sie die Angst vor allem von geringqualifizierten Beschäftigten und Arbeitslosen vor dem durch die Globalisierung vorangetriebenem Strukturwandel lediglich in pragmatischer Weise? Ist Globalisierung nur ein Modethema, das Rechtsextreme – wie andere auch – geschickt aufgreifen? Oder wird der Prozess der Globalisierung von den Rechtsextremen ernst genommen und eine kohärente Globalisierungskritik formuliert? Wenn Letzteres zutrifft: Wie sieht diese Kritik im Detail aus, und welche Forderungen werden gestellt? Und wie sind diese Kritik und diese Forderungen im Vergleich zu denen anderer Globalisierungskritiker zu bewerten? Und schließlich, welche Mobilisierungs- und Einflusspotenziale hat die rechtsextreme Globalisierungskritik? Viele Fragen, die ich im Folgenden nacheinander bearbeite.

Die „Politik der Wut“

Jeder Strukturwandel, und also auch der mit den Globalisierungsprozessen verbundene, erzeugt Gewinner und Verlierer. Die Befürworter der neoliberalen Globalisierung, die den Strukturwandel aktiv vorantreiben, versprechen, dass mittelfristig alle zu Gewinnern der Globalisierung werden. Kann dieses Versprechen aber nicht eingelöst werden, kommt es zu gesellschaftlichen Konflikten. Einige der „Gewinner“ der Globalisierung werden überhaupt nur durch Konflikte zu Gewinnern werden können. Dies trifft vor allem für die Beschäftigten in den Zielländern der Investitionsverlagerungen zu. Sie erleben Globalisierung vor allem als Industrialisierung und werden sich entsprechend kollektiv organisieren, um an den Früchten teilzuhaben. „Where capital goes, there goes conflict“ (Silver 2003).

Doch auch in den entwickelten Ländern erzeugen die Strukturveränderungen eine „Politik der Wut“ (John Russo), die zu kollektivem Handeln führt. Peter Wahl schreibt zum Aufstieg der globalisierungskritischen Bewegung: „Große gesellschaftliche Umbrüche [bringen] früher oder später auch Gegenbewegungen [hervor]“ (Wahl 2002: 176). Karl Polanyi fand für die Logik der Ausbreitung des Marktes als Regulationsinstrument, die durch die Globalisierung vorangetrieben wird, das Bild einer Pendelbewegung zwischen Kommodifizierung und Dekommodifizierung der sozialen Beziehungen (Polanyi 1957). Doch die genaue Form und Zielsetzung der Gegenbewegung ist historisch kontingent. Es gibt in der aktuellen Diskussion um Global Governance und den Stellenwert von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) häufig die Vorstellung von einer gewissen Zwangsläufigkeit einer „Wieder-Einbettung“ der Globalisierung in supranationale Ordnungs- und Steuerungszusammenhänge. Doch dies ist ein Trugschluss. Zwar gibt es in der Tat Akteure, die eine solche „rot-grüne“ Variante einer globalen Ordnung propagieren, aber ihnen gegenüber stehen zur Zeit ungleich mächtigere Befürworter einer neoliberalen Weltordnung, in der vor allem Eigentumsrechte geschützt werden (Scherrer 2000). Um wirkmächtig zu werden, braucht die „rot-grüne“ Vision einer globalen Ordnung die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung. Doch um diese Unterstützung bemühen sich auch andere, die z.B. mit religiös fundamentalistischen Gegenentwürfen, ob christlichen, islamischen oder anderen, oder eben mit rechtsextremen Vorstellungen einer re-nationalisierten, völkischen Ordnung aufwarten.

Die durch Globalisierung ausgelöste „Politik der Wut“ wird also dazu führen, dass Menschen die Möglichkeiten kollektiven Handelns wieder entdecken. Doch wie sich dieses Handeln ausdrücken wird, ist offen. Rechtspopulisten und Rechtsextreme haben hier ein Möglichkeitsfenster für Mitgliedergewinnung und Mobilisierung. Sie können dies opportunistisch oder strategisch nutzen.

Europäische rechtspopulistische Parteien wie die österreichische FPÖ und die deutschen Republikaner haben in den 1980er Jahren und frühen 1990er Jahren noch neoliberale Positionen vertreten (mit Ausnahme der Immigrationsthematik). Dies reflektierte ihre Wähler- und Anhängerbasis im Kleinbürgertum. Heute reklamieren diese Parteien, ebenso wie die eindeutig rechtsextremen Parteien wie die deutsche NPD und die französische Front National, dass sie für die Interessen der Globalisierungsverlierer eintreten. Dieser Schwenk weg vom Neoliberalismus wird in einer veränderten Wähler- und Anhängerbasis gespiegelt, mit größeren Anteilen von geringqualifizierten Arbeitnehmern und Arbeitslosen, ohne dass immer ganz klar wäre, ob sich zuerst das politische Angebot der Parteien oder die Wählerpräferenzen geändert haben (Perrineau 2001; Ulram 2001; Birsl/Lösche 2001).

Drei Dimensionen der Globalisierung

Globalisierung wird in vielen Diskussionen immer noch als Naturgewalt betrachtet, der man sich bei Strafe des Untergangs nur alternativlos anpassen könne. Ohne zu verkennen, dass in der verschärften globalen Konkurrenz tatsächlich nicht ohne weiteres traditionelle nationale Strukturen bewahrt werden können, muss doch darauf hingewiesen werden, dass Globalisierung menschengemacht ist und dementsprechend gestaltet werden kann (Greven/Scherrer 2004). Gestaltungsmacht setzt politischen Willen voraus und ist abhängig von den Kapazitäten der Akteure. Sicher hat die Regierung der USA größere Möglichkeiten zur Einflussnahme als die Regierung Venezuelas, und auch bei den privaten Akteuren sind die Chancen ungleich verteilt. Ohne Zweifel haben hier die transnationalen Unternehmen die größte Macht, denn sie waren und sind die treibenden Kräfte vor allem der ökonomischen Globalisierung.

Es ist vor allem die ökonomische Dimension der Globalisierung, die durch Strukturwandel Gewinner und Verlierer erzeugt. Der Handel von Gütern und Dienstleistungen sowie der Kapitalverkehr (Portfolio- und Direktinvestitionen) werden immer weiter liberalisiert. Nicht nur werden den Nationalstaaten dadurch traditionelle Regelungskompetenzen genommen, sondern die Liberalisierung versetzt transnational operierende Unternehmen in die Lage, verschiedene Standorte gegeneinander auszuspielen (Dörre 2001). Internationaler Handel und Investitionskonkurrenz haben in entwickelten Ländern vor allem den Druck auf Geringqualifizierte erhöht, aber in jüngerer Zeit werden auch Facharbeiter mit dem Hinweis auf die verschärfte Konkurrenz mit Forderungen nach Rationalisierung (d.h. Arbeitsverdichtung) und Lohn- und Gehaltsverzicht konfrontiert. Die Konkurrenz wird damit zur ruinösen Verdrängungskonkurrenz, und die als Erpressungsversuche wahrgenommenen unternehmerischen Forderungen bedrohen den Wohlstand vieler Menschen. In Deutschland und anderen entwickelten Ländern ist die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) – ohnehin mehr Mythos als Realität – unter Druck geraten. Da es auch Globalisierungsgewinner gibt – vor allem Vermögensbesitzer und die Führungsetagen der großen Unternehmen – steigt die soziale Ungleichheit stark an (ebd.).

Während die von manchen Autoren als ursächlich für die Globalisierung angesehene technische Entwicklung diese lediglich erleichtert, sind politische Entscheidungen tatsächlich notwendige Voraussetzung für die ökonomischen Globalisierungsprozesse. Die zweite Dimension der Globalisierung, die politische, zeichnet sich allerdings durch eine doppelte Stoßrichtung aus. Zum einen haben nationale Regierungen in diversen internationalen Foren und Verhandlungsrunden Liberalisierungsentscheidungen getroffen, die den Prozess der Globalisierung entscheidend prägen. Zum anderen versuchen die nationalen Regierungen – sowie gesellschaftliche Akteure wie z.B. NGOs – die durch diese Liberalisierungs- und Deregulierungsentscheidungen verloren gegangenen nationalen Steuerkapazitäten (in diesem Zusammenhang wird oft von „Denationalisierung“ gesprochen, vgl. Zürn 1998) auf supranationaler Ebene zurückzugewinnen. Am augenfälligsten ist diese doppelte Bewegung globalisierungsrelevanter politischer Entscheidungen in der Europäischen Union. Die EU ist insofern Vorreiter der Globalisierung, als dass hier nationale Grenzen immer stärker, ihre Be-

deutung verlieren, gleichzeitig aber eine zu politischen Entscheidungen befähigte europäische Ebene etabliert wird. Allerdings muss auf das Demokratiedefizit dieser europäischen Institutionen ebenso hingewiesen werden wie auf die Tatsache, dass die Europäisierung ungleichzeitig erfolgt. Wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung haben Vorrang vor sozialpolitischer Integration. Für die Global Governance-Institutionen gelten diese Vorbehalte umso mehr; sie sind undemokratisch, nicht transparent und agieren zumeist zugunsten wirtschaftlicher Interessen. Diese Befunde verweisen darauf, dass das politische Problem der Globalisierung, also die Etablierung einer Global (oder Regional) Governance, nicht einfach eines der Steuerung ist. Unterschiedliche Interessen, die über unterschiedliche Machtressourcen verfügen, streiten um die politische Gestaltung der Globalisierung, und die Kräfteverhältnisse sind in den nationalstaatlichen wie europäischen und globalen Institutionen verdinglicht. Zunächst zeigt sich durch den Souveränitätsverlust der Nationalstaaten ein demokratisches Kongruenzproblem, weil die Übereinstimmung der Räume demokratisch hergestellter politischer Legitimation und der Räume sozialen Lebens nicht länger gegeben ist (Zürn 1998: 298). Loch/Heitmeyer nennen dies eine „Repräsentationskrise“ (2001: 13). Diese wird nochmals verschärft, wenn „reale Alternativen zur herrschenden (angebotsorientierten) Politik immer seltener ‚im Angebot‘ sind ... [und daher] ... die Mechanismen demokratischer Mitwirkung immer mehr symbolischen Charakter [annehmen]“ (Scharenberg 2002: 820).

Die Repräsentationskrise wird durch die kulturelle Dimension der Globalisierung noch verstärkt. Zwar sind die Grenzen für Menschen weit weniger offen als für Güter- und Kapitalbewegungen, insbesondere außerhalb der EU, doch haben weltweite Migrationsströme im Kontext verschärfter Konkurrenz dazu geführt, dass Angehörige verschiedener Kulturen heute ihre Differenzen stärker wahrnehmen, obwohl andererseits von den westlichen Kulturen und besonders von der global agierenden amerikanischen Unterhaltungsindustrie ein kultureller Vereinheitlichungsdruck ausgeht. Dieser Druck wiederum wird vor allem außerhalb des Westens – aber durchaus auch in entwickelten Gesellschaften – vielfach als Bedrohung für gewachsene nationale, lokale oder religiöse Identitäten empfunden (ebd.: 11-12).

Die Anti-Globalisierungsbewegung

Gegen die neoliberale Globalisierung hat sich Widerstand formiert, der seit den Massenprotesten anlässlich der WTO-Ministertagung in Seattle 1999 größere Medienaufmerksamkeit erlangt hat und öffentlichkeitswirksam geworden ist, ohne bislang aber an der grundsätzlichen Ausrichtung der Globalisierungsprozesse etwas ändern zu können. Zunächst gab es wenig Einspruch gegen die mediale Beschreibung der Bewegung – besser: der Bewegungen – als „Anti-Globalisierungsbewegung“ (Rucht 2002), obwohl von den meisten Akteuren Globalisierung nicht grundsätzlich abgelehnt wurde, sondern lediglich die neoliberale Form. Tatsächlich globalisieren sich die Akteure selbst und propagieren nicht selten selbst globale Lösungen für als global wahrgenommene Probleme. Heute bestehen sie daher gewöhnlich auf zutreffenderen Bezeichnungen wie „globalisierungskritische Bewegung“ oder „global justice movement“. Mindestens eine genuine „Anti-Globalisierungsbewegung“ existiert aber weiter; die extreme Rechte.

Die sozialdarwinistischen Elemente des Neoliberalismus werden von Rechtsextremisten nicht grundsätzlich abgelehnt, aber gegen seine individualistischen Tendenzen, die zur Auflösung sozialer Zusammenhänge führen, setzt der Rechtsextremismus – wie andere autoritäre Ideologien auch – das Angebot einer kollektiven Identität. Die ethnisch bzw. völkisch definierte Nation soll den notwendigen Zusammenhalt stiften. Die auf der Basis eines ethnischen Nationalismus geeinten und nach außen abgeschotteten Völker können dann durchaus in der internationalen Konkurrenz stehen, wenn dieser im rechtsextremen Gedankengebäude auch die Autarkie vorzuziehen ist. Im Kontext der durch Globalisierungsprozesse verstärkten ökonomischen Unsicherheiten und Identitätskonflikten gerade Geringqualifizierter – die entweder lokal oder grenzüberschreitend in Konkurrenz zu Gering-

qualifizierten anderer Kulturen stehen – ist eine steigende Attraktivität dieses Angebots zwangsläufig. Dies bedeutet keineswegs, dass die rechtsextremen Anführer und Ideologen selbst zu den Globalisierungsverlierern gehören müssen. Loch/Heitmeyer (2001) und andere argumentieren, dass es die Furcht vor Statusverlusten aufgrund des globalen Modernisierungsschubs des Kapitalismus ist, die Menschen zu Unterstützern autoritärer Ideologien macht. So erklärt sich möglicherweise auch der Wohlstandschauvinismus in reichen Regionen wie Norditalien (Biorcio 2001). Allerdings hat vor dem Hintergrund der nach wie vor extremen Wohlstandsunterschiede zwischen Norden und Süden jeder solche Abschottungsversuch wohlstandschauvinistischen Charakter.

Trotz diverser regionalistischer Besitzstandswahrungs- und Abschottungsversuche stehen die Nationen im Zentrum der rechtsextremen Antwort auf Globalisierung. Tatsächlich hat die Globalisierung für viele Menschen nicht in dem Sinne als Denationalisierung gewirkt, dass sie den Bezugspunkt des Nationalstaats aufgegeben hätten. Sie bleiben ideologisch wie politisch auf den Nationalstaat fixiert, auch wenn dieser gegenüber den supranationalen und lokalen Ebenen an Steuerungsfähigkeit verlieren sollte. Albert Scharenberg weist darauf hin, dass das Bedürfnis nach kollektiver Identität durch das Kosmopolitische der globalisierten Eliten nicht bedient wird und dass die historische Integrationsleistung des Nationalismus nicht zu unterschätzen ist; er kann nicht einfach als „Gegenmoderne“ abgetan werden. Zwar verdeckt der konstruierte, im Sinne Benedict Andersons „erfundene“ „Mythos Nation“ real divergierende Interessen, aber der Nationalstaat war Vorbedingung für die Verwirklichung der modernen Demokratie in Massengesellschaften (Scharenberg 2002: 821 und 825). Für eine Bewertung von Nationalismus und Nationalstaat kommt es also auf die Art und Weise der Konstruktion des Nationalen an.

Die Antwort, die Rechtsextremisten auf neoliberale Globalisierung, Denationalisierung und damit verbundene Individualisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen geben, zielt allerdings nicht auf die – in anderen globalisierungskritischen Re-Nationalisierungskonzepten zumeist enthaltenen – Forderungen nach Re-Demokratisierung, „Accountability“ und Transparenz. Es geht stattdessen um die Rekonstruktion einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft, die über Grenzziehungen nach außen konstituiert wird. Enthalten sind daher meist rassistische (z.B. „White Power“-Bewegungen gegen „Überfremdung“, Gewalt gegen Immigranten und sichtbare Minderheiten) und antisemitische Elemente, z.B. in Bezug auf den „Mammonismus“ (Grumke 2002: 45) und angebliche jüdische Weltverschwörungen über das – im Zuge der Globalisierung tatsächlich begünstigte – Finanzkapital oder supranationale Institutionen wie die Vereinten Nationen. Über diese rassistischen und antisemitischen Elemente kann auch die neue ethnopluralistische Begründung nicht hinwegtäuschen, die im Sinne eines „postmodern turn“ nun die Notwendigkeit kultureller Differenz betont, die aber eben nicht „multikulturalistisch vermischt“, sondern durch Abgrenzungen bewahrt werden soll.

Verstärkte nationalistische Reflexe und neue Grenzziehungen sind allerdings keine exklusive Domäne rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure. Die verschärfte globale Unternehmenskonkurrenz übersetzt sich in eine Konkurrenz der staatlichen Regulierungsmodelle und damit in eine Standortkonkurrenz nicht nur der Unternehmen, sondern auch der Staaten. Will z.B. der „rheinische Kapitalismus“ Deutschlands den Ansturm des neoliberalen Modells – in Form der Konkurrenz aus den USA, Großbritannien und neuerdings vor allem China – als Modell überleben, so muss er im Sinne „komparativer institutioneller Kostenvorteile“ (Hall/Soskice 2001) als „nationaler Wettbewerbsstaat“ aufgestellt werden (Hirsch 1995). So ist auch zu verstehen, dass Unternehmen unpatriotisches Verhalten vorgeworfen wird, wenn sie Produktionsstätten ins Ausland verlagern – als hätten nicht die vorher getroffenen Liberalisierungsentscheidungen solche strategischen Weichenstellungen global operierender Unternehmen nicht nur möglich, sondern geradezu notwendig gemacht.

Insofern sind z.B. der Wirtschafts- und Kulturprotektionismus des Rechtspopulisten Pat Buchanan in den USA und die Bereitschaft eines im politischen Establishment operierenden Jürgen Möllemann, „in einer Situation globalisierungsbedingter Verunsicherung mit Ressentiments und Verschwörungstheorien Politik [zu] machen“ (Leggewie 2003: 54-57), zwei Seiten einer Medaille.

Bedenklicher als protektionistische Impulse im politischen Mainstream oder selbst rechtspopulistischer Natur sind selbstredend Versuche, politische Vergemeinschaftung nicht länger mit universalistischen, sondern „partikularistisch mit ethnisch-kulturellen, religiösen oder ausschließlich territorialen Kriterien“ zu begründen (Loch/Heitmeyer 2001: 15). Hierzu zählen neben den rechtsextremistischen Varianten auch diverse religiöse Fundamentalismen, christliche wie islamische. Insbesondere zwischen rechtsextremen Gruppierungen und den islamistischen kam es nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 zu Annäherungen. Diese sind aber, genau wie die grenzüberschreitenden Kooperationen zwischen Rechtsextremisten (vgl. Grumke 2002), nicht als Entstehung langfristig tragfähiger Bündnisse zu verstehen, sondern vor allem taktischer Natur. Sie sind allerdings in diesem Sinne durchaus relevant, denn durch sie erhalten die partikularistischen (oder „fragmentierenden“, vgl. Zürn 1998) Entwürfe für die Gestaltung der Welt organisatorische Schlagkraft.

Wenn man die Auseinandersetzungen um Global Governance nicht als reine Konflikte über optimale Steuerung von allgemein als global erkannten Problemen betrachtet, wie dies in der normativ aufgeladenen Diskussion einer „globalen Zivilgesellschaft“ und der Hoffnungsträger NGOs zu oft geschieht, dann muss nüchtern festgestellt werden, dass auch die rechtsextremen Akteure ein Angebot zur Ordnung der Welt machen. Sie wollen allerdings nicht die Globalisierung regulativ gestalten, sondern zurückweisen, die Staatenwelt nach völkischen Kriterien re-nationalisieren. Welche Erfolgsaussichten hat dieses rückwärts-gewandte Projekt einer Hegemonie des Völkischen als globales Äquivalent „national befreiter Zonen“ (vgl. Rupert 2000)?

Potenziale einer völkischen Re-Nationalisierung

Hier schließt sich der Kreis: Die Erfolgsaussichten des rechtsextremen Re-Nationalisierungsprojekts hängen davon ab, ob die „Politik der Wut“ auch von anderen Akteuren aufgegriffen wird und produktiv im Sinne sozialer Gerechtigkeit bearbeitet wird. Dies ist die zentrale Herausforderung einer globalen Sozialdemokratie (vgl. Meyer 2002). Dass es bei vor allem für das Kapital offenen Grenzen nicht bleiben kann, muss jedem klar sein, der in die Geschichte z.B. der USA blickt. Offene Grenzen zwischen Staaten mit völlig unterschiedlichen sozialen Regeln und ökonomischen Bedingungen, bei Abwesenheit einer übergeordneten Regulation, forderten zum Missbrauch geradezu heraus. Als Antwort auf die „Große Depression“ der 1930er Jahre bildeten sich in gesellschaftlichen Konflikten einheitliche Strukturen heraus – wie auch immer prekär. Es reicht auf Dauer nicht, zur Beschränkung unternehmerischer Freiheit auf freiwillige Lösungen zu setzen, wie dies heute in verschiedenen Foren geschieht, z.B. durch die Richtlinien für multinationale Unternehmen der OECD. Das Pendel wird ganz sicher zurückschwingen – aber es ist offen, in genau welcher Form.

Zwar schränken internationale Abkommen die Rückkehr zu nationalen Lösungen ein, doch es ist ein Irrtum zu glauben, dass Re-Nationalisierung dadurch unmöglich würde (wie z.B. Zürn 1998). Tatsächlich sind die Medien immer wieder voll mit Artikeln und Kommentaren, die Befürchtungen vor einem Backlash gegen die Globalisierung artikulieren. Diese mögen z.T. mit der Absicht, zur Durchsetzung weiterer Liberalisierung beizutragen, geschrieben werden – als Schreckgespenst wird gerne und immer wieder auf die isolationistische und protektionistische Zwischenkriegszeit verwiesen, aber ernst zu nehmen sind sie dennoch. In dem Maße, in dem nationale Identität gegen die Zukunftsangst der Menschen im globalisierungsbedingten Strukturwandel dienen und Nationalismus soziale Brüche übertünchen

soll, gewinnt diese Perspektive gegenüber einer sozialdemokratischen Gerechtigkeitsvision an Gewicht. Es ist daher an der Zeit, die neoliberale Globalisierung nicht nur zur Legitimation von „Reformmaßnahmen“ zu Lasten der ohnehin schon durch die Globalisierung negativ Betroffenen zu nutzen (Stichwort „Sachzwang Weltmarkt“), sondern sie sozialdemokratisch und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Auch dies sind wir zukünftigen Generationen schuldig.

Literatur:

- Biorcio, Roberto, 2001: Separatistischer Regionalismus in einer reichen Region: die Lega Nord, in: Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M., S. 246-272.
- Birsl, Ursula, und Peter Lösche, 2001: (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M., S. 346-377.
- Dörre, Klaus, 2001: Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus, in: Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M., S. 63-90.
- Greven, Thomas, und Christoph Scherrer, 2004: *Globalisierung gestalten*, Bonn (im Erscheinen).
- Grumke, Thomas, 2001: *Rechtsextremismus in den USA*, Opladen.
- Grumke, Thomas, 2002: „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation, in: Thomas Grumke und Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen, S. 43-59.
- Grumke, Thomas, und Bernd Wagner (Hrsg.), 2002: *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen.
- Hall, Peter A., and David Soskice (eds.), 2001: *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford University Press.
- Hirsch, Joachim, 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin.
- Langenau, Lars, 2004: Proteste gegen Hartz IV. Rechtsextreme unterwandern die Anti Reform-Demos, in: *Spiegel online*, 6. August 2004.
- Leggewie, Claus, 2003: *Die Globalisierung und ihre Gegner*, München.
- Loch, Dietmar, und Wilhelm Heitmeyer, 2001: Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen, in: Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M., S. 11-37.
- Meyer, Thomas, 2002: *Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische Perspektive*, Bonn.
- Perrineau, Pascal, 2001: Die Faktoren der Wahldynamik des Front national, in: Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M., S. 186-205.
- Polanyi, Karl, 1957 [orig. 1944]: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Times*, Boston: Beacon Press.
- Rucht, Dieter, 2002: Rückblicke und Ausblicke auf die globalisierungskritischen Bewegungen, in: Heike Walk und Nele Boehme (Hrsg.), *Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*, Münster. S. 57-81.
- Rupert, Mark, 2000: *Ideologies of Globalization. Contending Visions of a New World Order*, London and New York.
- Scharenberg, Albert, 2002: Nationalismus und Regionalismus als Momente der Globalisierung, in: *Das Argument*, 248, S. 818-831.
- Scherrer, Christoph, 2000: Das Spektrum möglicher Antworten. Globalisierung – eine Zwischenbilanz, in: *Kommune* 7, 51-56.
- Silver, Beverly J., 2003: *Forces of Labor. Workers' Movements and Globalization since 1870*, Cambridge: Cambridge University Press (Cambridge Studies in Comparative Politics).
- Ullram, Peter A., 2001: Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ-Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider, in: Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M., S. 206-226.
- Wahl, Peter, 2002: Globalisierungskritik im Aufwind: Zu den Bedingungen des Erfolgs der globalisierungskritischen Bewegung, in: Heike Walk und Nele Boehme (Hrsg.), *Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*, Münster. S. 175-181.
- Zürn, Michael, 1998: Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in:

3.6. Antisemitismus im Rechtsextremismus

Dr. Rainer Erb

Nicht alle Personen und Organisationen, die sich antisemitisch äußern und betätigen, sind als rechtsextrem einzustufen. Und die Gefährdung jüdischen Lebens und jüdischer Einrichtungen geht nicht ausschließlich von den Rechtsextremisten aus. Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt die verschiedenen Spielarten des Antisemitismus, und die Gewaltattacken gegen Juden im Zuge des schier unlösbar erscheinenden Nahost-Konflikts machen diesen Schrecken deutlich. Aber in der Bundesrepublik sind es überwiegend Rechtsextremisten und Neonazis, auf deren Konto die antijüdische Agitation und die Mehrzahl der antisemitisch motivierten Straftaten gehen. Antisemitismus ist durchweg ein ideologisches Element, ein genuiner und elementarer Bestandteil des Rechtsextremismus. Welches judenfeindliche Klischee und Thema jeweils im Vordergrund steht, ist von den Umständen abhängig. War Anfang der 90er Jahre die Leugnung des nationalsozialistischen Judenmords das wichtigste Agitationsthema, so stehen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington und im Zuge der Globalisierungsdebatte antisemitische Verschwörungstheorien im Vordergrund. Ihre Grundthese ist sowohl einfach („Die USA beherrschen die Welt und die Juden beherrschen die USA“) wie auch sehr komplex. Einfach insofern, weil die immer gleiche Gruppe für die Weltentwicklung verantwortlich gemacht wird. Und komplex, weil die Schuldzuweisung auf ganz verschiedenen Ebenen operiert.

Seither hat sich die Hetze verändert und intensiviert. Prägnante, ganz außergewöhnliche Ereignisse wie jene in New York stellen dringend die Frage nach ihrem Sinn. Hier fühlen sich die Antisemiten als „Experten“, die immer schon durchschaut haben, „wer dahinter steckt“, aufgerufen, sich an der öffentlichen Deutung zu beteiligen. Die Zahl und die Aggressivität ihrer Äußerungen nehmen zu. Allerdings verhindert die politische Kultur mit ihrer Abgrenzung gegenüber Rechtsextremismus und Antisemitismus, dass sie auf seriösen Foren zu Wort kommen. Die wütende Enttäuschung darüber interpretieren sie dann als ein weiteres Zeichen für die Macht der Juden. Und so liefert ihnen jedes weitere Ereignis neue Munition für ihren nimmermüden, verrückten Erklärungsanspruch und bestärkt sie trotz Misserfolgen in ihrer Fundamentalopposition gegen das System. Die Suggestivität solcher Deutungen ist besonders in Krisenzeiten groß, weil die Aufnahmebereitschaft der Menschen zunimmt, sie an eine Erklärung glauben wollen und sich dazu die Gründe suchen.

Der Jude wird von den Antisemiten in der Rolle des Täters und des Schuldigen gebraucht, um die eigene Aggressivität als Notwehr und als legitime Reaktion auf vorausgegangene Angriffe zu rechtfertigen. Damit wird die Realität auf den Kopf gestellt. Auch wenn die Parole der Rechtsextremen lautet: „Hier marschiert der nationale Widerstand“, so sind sie doch die Angreifer und nicht etwa Verteidiger, sie sind die Täter und nicht die Opfer. Die Vorstellung einer kleinen, aufrechten Minderheit anzugehören, die sich tapfer gegen mächtige Feinde zur Wehr setzt, schafft Zugehörigkeitsgefühle und gehört zur zentralen Identitätskonstruktion der Rechtsextremisten. Es handelt sich um eine negative Identität, die sich in Abgrenzung von den „feindlichen Mächten“, ihren vermeintlichen Eigenschaften und schädlichen Werten bildet. Je dämonischer das Feindbild gezeichnet wird, desto heller erstrahlt das Selbstbild. In dieser dualistischen Konstruktion werden dem Feind alle negativen Eigenschaften zugeordnet, hingegen bleiben für die Eigengruppe die positiven Wertungen reserviert. Indem man gegen das vermeintlich „Böse“ ankämpft, bekennt man sich automatisch für das „Gute“. Man darf jetzt im Namen des Guten schrecklich böse sein. Deshalb betrachten sie gesellschaftliche Auseinandersetzung auch nicht als einen konventionellen politischen Kampf, sondern als fundamentalen Krieg zwischen guten und bösen Mächten, mit der drängenden Verpflichtung, auf der richtigen Seite Partei zu ergreifen.

Die dabei eingesetzten rhetorischen Mittel sind aus der politischen Propaganda wohl vertraut: Der Gegner wird unter einem einzigen Gesichtspunkt zusammengefasst. Entweder

sind missliebige Personen Juden, Zionisten oder eben Judenknechte. Die Bedrohung, die von ihnen ausgeht, wird maßlos übertrieben und auf alle Aspekte des Lebens und der Geschichte ausgeweitet. Und letztlich werden die Verbrechen veranschaulicht durch Gräueltaten, die bereits geschehen sind. Ein Gegner, der in der Vergangenheit solche Verbrechen begangen hat, dem sind auch in der Zukunft schreckliche Taten zuzutrauen. Daher ist es eine zwingende Konsequenz aus der antisemitischen Grundposition, dass heute die rechtsextreme Publizistik die alten Märchen von der Schuld der Juden am Ersten Weltkrieg, an der bolschewistischen Revolution, an Inflation und Weltwirtschaftskrise und am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wieder auflegt. Dies geschieht in dicken revisionistischen Büchern, in Texten, die im Internet verbreitet werden, in billigen Broschüren, in Karikaturen und mittels leicht eingängiger Lieder der Rechtsrock-Kapellen. Wir erleben eben eine Wiederbelebung antisemitischer Traditionsbestände, auch zu Motiven, deren Tradierung in den vergangenen Jahrzehnten fast ganz abgebrochen war (z.B. Talmudpolemiken). Außerdem wird das Deutungsangebot um antisemitische Importe, vor allem aus den angelsächsischen Ländern, ergänzt. Ein weit verbreitetes Kürzel für die angebliche jüdische Weltherrschaft ist „ZOG“ = Zionist Occupation Government, eingedeutscht zu Zionistische Okkupationsgewalt. Weniger häufiger findet sich die Bezeichnung ZDF als „Zionistische Desinformations-Fabrik“. Die Folge der Revitalisierung ist, dass nicht mehr antisemitisch eingestellte Eltern und Großeltern ihre Kinder und Enkel indoktrinieren, vielmehr die Jungen die Alten radikalisieren.

Der Nutzen aus den Anschlägen wird den Juden und den Israelis zugeschrieben. Der weltweite amerikanische Kampf gegen den Terrorismus zwingt die Verbündeten der USA unter die Strategie der Weltmacht. Das Hetzbild vom jüdischen Weltherrscher malt einen Friedensstörer, der unterdrückten Völkern die Vorherrschaft des amerikanischen Zinskapitalismus aufzwingen will. Jede nationale Freiheitsregung an jedem Ort der Erde werde massiv bekämpft. Auf dieser Basis hat sich zwischen den Judenfeinden Europas und islamistischen Gruppierungen eine Gemeinsamkeit verfestigt, sich eine ideologische Internationale der Nationalisten gebildet. Ob es bei verbalen Solidaritätsbekundungen bleibt oder ob es zu dauerhaften Bündnissen zwischen deutschen Rechtsextremisten und islamistischen Organisationen kommen wird, ist kaum vorhersehbar. Einerseits wurden die Anschläge vom 11.9. begrüßt, andererseits wollten militante Skinheads und Neonazis unverzüglich den Kampf gegen alle hier lebende Muslime aufnehmen.

Aus rechtsextremistischer Sicht bedienen sich die „Feinde der freien Völker“ zur Unterdrückung der Völker verschiedener Strategien. Den Nationalstaaten würden immer weitere Souveränitätsrechte genommen: Durch moralische Erpressung über Schuldvorwürfe; durch den jüdisch-dekadenten Einfluss auf Kultur, Werte, Massenunterhaltung und Meinungsbildung; durch die Einführung einer „artfremden“ Währung würde die Kontrolle über die nationalen Finanzen erlangt, die damit noch leichter den finanzpolitischen Spekulationen der „Wallstreet“ ausgesetzt seien. Nachrichten seien derart vergiftet, dass sie bei ihren Konsumenten schwere gesundheitliche Störungen auslösten. Deshalb fordern die Rechtsextremisten im Zuge ihrer Bildungs- und Intellektualisierungsbemühungen in der Nachwuchs- und Kaderschuldung dazu auf, sich des Fernsehkonsums zu enthalten, um sich nicht länger der „Gehirnwäsche“ auszusetzen.

Die Handlungen reichen arbeitsteilig von Vandalismus und Handgreiflichkeiten der Militanten, über symbolische Aktionen gegen die Präsenz jüdischen Lebens in Deutschland bis hin zu umfangreichen Schmähchriften ihrer intellektuellen Vordenker. Allerdings wäre es falsch, ein steuerndes Zentrum anzunehmen, das Anweisungen von oben nach unten erteilt. Vielmehr ist jeder im Rahmen der antisemitischen Fanatisierung dazu angehalten, sich nach seinen Kräften und Möglichkeiten am Kampf gegen das Judentum zu beteiligen.

In ihren Publikumsschriften und in Wahlkämpfen sprechen die Rechtsextremisten aktuelle soziale Themen an. Offen antisemitische Aussagen werden dabei eher vermieden oder verschleiert. Aber die Durchsicht der Publikationen zeigt die indirekte Präsentation der Hetze. Es werden Schlüsselwörter oder Wortverbindungen gewählt, die vom eingeweihten Publikum

als antisemitisch markiert decodiert werden können, etwa Ostküste, Hintergrundkräfte, Internationalisten usw. Die Verfolgung und der Mord an den europäischen Juden im nationalsozialistischen Deutschland wird durch falsche historische Analogien und Vergleiche relativiert bzw. banalisiert. Personen, die durch Publikationen als Leugner der Judenvernichtung bekannt sind, werden positiv erwähnt. Dadurch werden gleichzeitig deren abwegige Thesen gewürdigt und verbreitet. Und schließlich findet sich fundamentaloppositionelle Polemik gegen die Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und deren Verhöhnung.

3.7. Frauen und Frauenbilder im Rechtsextremismus

Renate Bitzan

Mein einführender Beitrag für die Veranstaltung gibt einen Überblick über zunächst drei Aspekte des Themas: Erstens über den quantitativen Anteil, den Frauen an verschiedenen Dimensionen des Rechtsextremismus-Potenzials in der Bundesrepublik haben, zweitens über verschiedene Formen des Engagements von Frauen in der Szene und drittens über frauenspezifische Organisationen im rechtsextremen Spektrum.

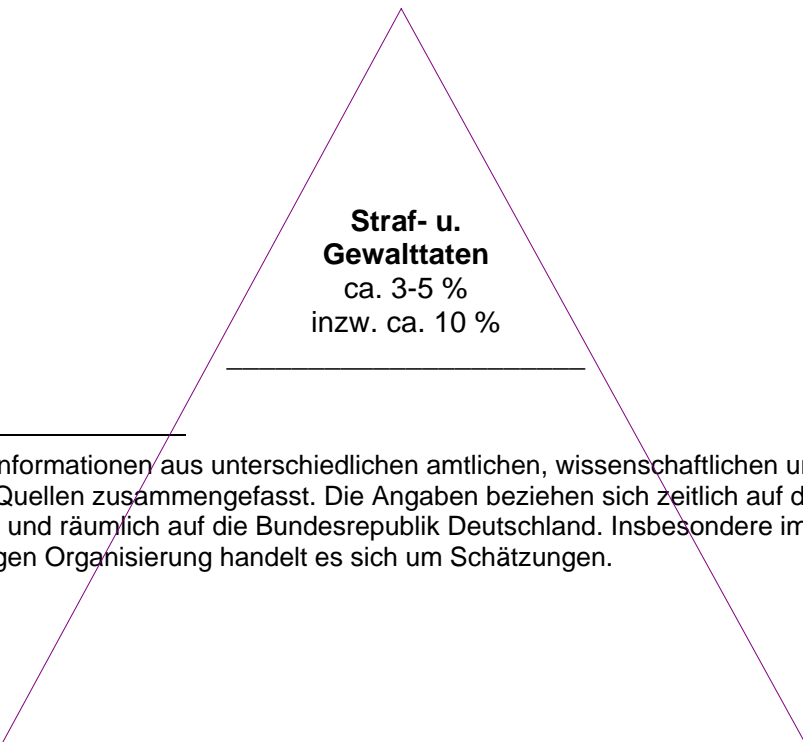
Quantitativer Anteil von Frauen

Wie im Schaubild ersichtlich ist der Frauenanteil an den verschiedenen Dimensionen rechtsextremistischen Potenzials sehr unterschiedlich⁴⁰: Von der „Spitze des Eisbergs“, den rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten, bei denen sie lediglich 3-10 Prozent der TäterInnen stellen (allerdings mit anscheinend steigender Tendenz), über die inner- und außerparteiliche Organisation und ihren Anteil an der WählerInnschaft rechtsextremer Parteien, bis hin zu den in empirischen Untersuchungen erhobenen rechtsextremen Einstellungspotenzialen, bei denen sie – von punktuellen Abweichungen abgesehen – in der Regel etwa in gleichem Ausmaß vertreten sind wie Männer.

Hierin spiegelt sich eine gesamtgesellschaftliche Tendenz (je „institutionalisierter“ oder je „gewaltförmiger“ die Politikformen, desto geringer die Frauenbeteiligung daran), die vor allem mit geschlechtsspezifischer Sozialisation erklärt wird. Dem entspricht im Übrigen auch, dass der einzige Bereich auf der Einstellungsebene, in den Frauen regelmäßig weniger zustimmen als Männer, derjenige der Gewaltakzeptanz ist.

Insgesamt zeigt sich jedoch, dass Frauen einen nicht zu vernachlässigenden Anteil am Potenzial der extremen Rechten stellen.

Frauen-Anteil an verschiedenen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus:



**Straf- u.
Gewalttaten**
ca. 3-5 %
inzw. ca. 10 %

⁴⁰ Ich habe hier Informationen aus unterschiedlichen amtlichen, wissenschaftlichen und journalistischen Quellen zusammengefasst. Die Angaben beziehen sich zeitlich auf die vergangenen ca. 10 –15 Jahre und räumlich auf die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere im Bereich der nicht-parteilichen Organisation handelt es sich um Schätzungen.

Parteien

7-20 %

(Funktionärinnen: ca. 20 %)

Organisationen, Cliques

ca. 25-33 %

Wahlen

ca. 33 %

Einstellungen

ca. 50 %

R. Bitzan 10/2004

Formen des Engagements: Mitläuferinnen und Macherinnen

In der Tat entspricht die Rolle, die viele Mädchen und Frauen in der extrem rechten Szene einnehmen, der stereotypen Vorstellung der „Mitläuferin“ (Allerdings ist ein solches Mitläufertum auch bei einem Großteil der männlichen Szenemitglieder anzutreffen.). Einige Frauen jedoch bringen sich aktiv und offensiv ins Geschehen ein und übernehmen z.T. wichtige Funktionen. Im Folgenden nenne ich exemplarisch unterschiedliche Formen, in denen sich Frauen innerhalb der extrem rechten Szene einbringen. Konkrete Personenbeispiele werden jeweils hinzugefügt. Es finden sich Führungsmitglieder von Vereinigungen, Parteien oder Kameradschaften (Ursel Müller, Daniela Wegener, Heike Müller); Abgeordnete in Kommunal- und Landesparlamenten (Claudia Wiechmann); Organisatorinnen von Treffen und Aufmärschen (Inge Nottelmann); Computer-Spezialistinnen und Internet-Seiten-Betreiberinnen (Birka Vibeke); Anti-Antifa-Informantinnen und -Fotografinnen (Thekla Kosche); Betreiberinnen von Cafés oder Kneipen als Treffpunkte (Christiane Dollscheid); Betreiberinnen von einschlägigen Läden oder Versandbetrieben (Kleidung, Accessoires, CDs, Schriften) (Doris Zutt, Heike Langguth); Liedermacherinnen (Annett Moeck, Swantje Swanwith); Geld- und Immobilienspenderinnen (die Schwestern Krieg); Propagandistinnen durch Publikationen, Veranstaltungen, Reden (Ingrid Weckert, Yvonne Mädels); Rechtsberaterinnen (Gisela Pahl) usw.

Die meisten dieser Engagementformen sind an sich nicht „frauenspezifisch“, sondern abhängig von persönlichen Neigungen und Fähigkeiten. Eine Ausnahme bilden vielleicht solche Funktionen, bei denen das „Frausein“ insofern strategisch einsetzbar ist, als ihnen von ihrem Gegenüber weniger Misstrauen entgegengebracht wird, als dies eventuell bei Männern der Fall wäre (Anti-Antifa-Aktivitäten, Anmietung von Räumen für Veranstaltungen etc.). Im Übrigen zeigen die Beispiele, dass Funktionsübernahmen von Frauen nicht generell von den Männern der Szene unterbunden werden. Im „Dienste der gemeinsamen Sache“ scheint sie im Gegenteil bisweilen durchaus erwünscht zu sein.

Frauenforen und -organisationen

Die Mehrzahl der Frauen in der extrem rechten Szene bewegt sich ausschließlich in gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen. Gleichwohl haben Parteien und Organisationen in den vergangenen Jahren spezifische Unter-Foren „von und für“ Frauen eingerichtet. Darüberhinaus sind insbesondere in den vergangenen fünf bis sechs Jahren etliche Frauen-Zusammenschlüsse entstanden, die als solche keiner gemischten Organisation direkt unterstehen.

Als Foren im Rahmen von Parteien sind zu nennen: NPD-Frauengruppen und -Stammtische; die JN-Mädelsbeauftragte, Internet-Mädelseiten der JN, der JN-Mädelsbund NRW sowie der

Republikanischer Bund der Frauen (RBF), welche allesamt seit Mitte der 1990er Jahre ins Leben gerufen wurden.

Im neonazistischen Spektrum außerhalb regulärer Parteien existierten in den 1980er Jahren die Deutsche Frauenfront (DFF) und die FAP-Frauenschaft, von 1991-2000 der Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD).

Seit Ende der 1990er Jahre ist eine ganze Reihe von Neugründungen zu beobachten. So etwa Das Braune Kreuz (DBK); „Einfach ins kalte Wasser geworfen“; Gemeinschaft deutscher Frauen (GdF); Mädels-Kameradschaft Sachsen-Anhalt; Mädelschar Deutschland (MSD), umbenannt in Arbeitskreis Mädelschar; Freier Mädelsbund (FMb); Nationale Weiberaktionsfront (NWAf); Bund heimattreuer Frauen (BhF); F.A.F.-Frauengruppe (Fränkische Aktionsfront); DAO-Frauengruppe (Deutsche Aufbau-Organisation); „Initiative der weißen Mädels“; Mädelsring Thüringen; Germanischer Freyfrauen Bund (GFFB); Mädelsgruppe der Kameradschaft Tor Berlin; Aktive Frauen Fraktion (AFF).

Bei einigen dieser Gruppen handelt es sich, wie die Namensgebung bereits anzeigt, um Untergruppen gemischter Vereinigungen; bei anderen um selbstständige Gruppierungen. Größtenteils haben sie eine geringe Mitgliederzahl, die auf persönlicher Bekanntschaft beruht, eine regionale Ausrichtung sowie spezifische Arbeitsschwerpunkte (z.B. Gefangenenbetreuung, Sanitätsdienst, Brauchtumpflege, oder auch politische Schulung und öffentliche Aktionen). Keine der Gruppen distanziert sich von einer Zusammenarbeit mit Männern, gleichwohl wird die eigenständige Organisation und Aktivierung sowie der bewusste Austausch unter Frauen geschätzt und beworben.

Zitate-Quiz

Im Anschluss an das Referat und nach Klärung einiger Verständnisfragen, beteiligten sich die TeilnehmerInnen an einem „Zitate-Quiz“. Hierbei sollten Zitate, die Statements zum favorisierten Geschlechterverhältnis enthielten, bestimmten Autorinnen zugeordnet werden. Die Autorinnen stammen aus unterschiedlichen „politischen Lagern“: Zum Teil gehören sie der extrem Rechten Szene an, z.T. gelten sie als Feministinnen.

Wer sagt was?

Folgend finden Sie verschiedene Autorinnen aufgelistet. Unter der Überschrift „Zitate“ finden Sie verschiedene Zitate. Bitte ordnen Sie den Zitaten jeweils die Kennziffer einer Autorin zu. (Zwei der Autorinnen werden zweimal zitiert. Es sind dies die Autorinnen mit den Kennziffern 8 und 11. Diese Ziffern müssen also an zwei Stellen eingetragen werden. Die anderen jeweils nur einmal.)

[Vereinfachte Spielart: Grobe Zuordnung als „r“ (= rechte) oder „f“ (= feministische Autorin)]

Autorinnen:

- 1 = Ilse-Carola Salm
Autorin in der rechtsextremen Zeitschrift „Nation Europa“
- 2 = Brigitte Wehner
Autorin in der rechtsextremen Zeitschrift „Badischer Landbote“
- 3 = Hanna Wolff
feministische Theologin
- 4 = Mädelsbrief
neonazistische Frauen-Zeitschrift
- 5 = Luce Irigaray
französische Feministin
- 6 = Cora Braune
Autorin in dem rechtsextremistischen Organ „FAP-intern“
- 7 = Zsuzanna Budapest
spirituelle Feministin

- 8 = Ursula Müller
neonazistische Funktionärin (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, Deutsche Frauenfront, Hilfgemeinschaft Nationaler Gefangener) (2x)
- 9 = Gerda Weiler
feministische Theologin
- 10 = Iris
Autorin in der Zeitschrift „na klar!“ des rechtsextremen „Bundes heimattreuer Jugend“ / „Freibund“
- 11 = Sigrid Hunke
Thule-Seminar, Unitarierin, Autorin in den rechtsextremen Zeitschriften "Elemente" und „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (2x)
- 12 = Mitglied der neonazistischen "Mädelschar Deutschland"

Zitate:

- ___ a) *„[Das weibliche Prinzip ist] Leben, Frauen sind die Gebärenden. Das männliche Prinzip im Universum ist das Stimulierende (...) Das weibliche Prinzip nimmt die Stimulation auf und kreiert neues Leben daraus.“*
- ___ b) *„Aus den Brunnen der Ewigkeit hebt die Frau das Leben in die Welt. (...) In ihr ruht der mystische Urquell. (...) Der Mann (...) ist der Tätige, Schöpferische, Unrastige, Bewegte; – aber er sucht die Stille, in die er mündet, er ersehnt die heilige Ruhe und die geheimnisvolle Tiefe, das blinde Wissen des Erde und Himmel nahen Weibtums.“*
- ___ c) *„Die neue, kirchlich verordnete Geschlechterordnung prägte das europäische Bewußtsein in einer langwierigen schmerzhaften Umpolung im Sinne eines absoluten Andersseins von Mann und Frau, ihrer tiefen Wesens- und Rangverschiedenheit (...). Durch die Fixierung dieser Rollen infolge Erziehung und Wunschbild des Mannes bildete sich allmählich eine dogmatische Festlegung der Begriffe des ‚Männlichen‘ und des ‚Weiblichen‘ auf extreme Gegensätze heraus (...). Die Verpflichtung beider Geschlechter auf solcherweise einander ausschließende angebliche Wesensgegensätze hat die Menschen unseres Kulturkreises zu Spezialisten vereinseitigt, verarmt und in ihrem Menschsein gemindert. Sie hat die Frauen sich selbst tief entfremdet und verbogen, sie an ihrem Selbstsein gehindert und so ihre innere Freiheit zerstört und damit unschöpferisch gemacht. Unter dem Diktat der ‚Polaritäten‘ wurde der europäische Mann zum Spezialisten des Verstandes erzogen, des logischen Denkens, des kühlen Intellekts, der sein Leistungsleben ausschließlich von rationalen Prinzipien, unabhängig vom hinderlichen Gefühl leiten ließ. (...) Die Frau dagegen war ausschließlich für die Sparte des Gefühls, des Gemüts, der Seele und der Tränen zuständig, (...) zum Pflegen und Hegen des Nahen und Nächsten bestimmt. (...) [Wir müssen uns] in Bezug auf Mann und Frau endgültig freimachen von einem dualistischen Denken in einander ausschließenden und wertverschiedenen Gegensätzen (...) [und die] Begriffe von ‚männlich‘ und ‚weiblich‘, die sich als falsch besetzt erwiesen haben, endgültig aus dem Verkehr ziehen (...).“*
- ___ d) *„Wir müssen wieder den Sinn der Polarität zwischen Mann und Frau begreifen und bejahen. (...) [Die Frau soll sich] ihren wesensgemäßen Lebensaufgaben widmen. Sie sollte wieder ‚ganz Frau sein dürfen‘. Kurzum: Die Verschiedenartigkeit der Geschlechter ist kein Übel, sondern Voraussetzung für ein sinnerfülltes (...) Leben.“*
- ___ e) *„Wenn das weibliche Geschlecht Forderungen stellt, verlegt es sich allzu oft auf die Forderung nach Gleichheit der Rechte, die die Gefahr der Zerstörung seines Geschlechts in sich birgt.“*
- ___ f) *„[Hier standen] Männer und Frauen als ganzheitliche Menschen (...), beide gleichen Rechten und Pflichten, beide gleichen Idealen und sittlichen Werten lebend und beide*

demselben Werturteil unterstellt. Hier ordnete sich das Verhältnis von Mann und Frau als nebeneinander selbständiger und sich selbst bestimmender, einander ebenbürtiger Persönlichkeiten.“

- g) „Freiheitliches Denken hat niemals die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann in frage gestellt (...). Erst als das Geistesgift vom Sinai über seine Filiale in Rom alles Gesunde (...) verseuchte, wurden wir Frauen ‚das Gefäß der Sünde‘.“
- h) „Wir erleben am Schicksal des ‚auserwählten Volkes‘, wohin der Weg des Menschen führt, der Aggressionen abspaltet und die Ordnungen der Großen Herrin des Lebens verläßt. Israel hat sich auf das Geschäft mit der Macht eingelassen. Dafür wird es ‚verwüstet am Tage der Bestrafung‘.“
- i) „[Im Irak gibt es] keine Klitorisbeschneidung (...) wie auch keine öffentlichen Auspeitschungen und Steinigungen; es gibt keine mit Säure und Gewehren bewaffnete Sittenpolizei wie im benachbarten Iran. Es gibt für die Frauen keinen Verhüllungszwang; sie können öffentliche Schulen und Universitäten besuchen und einen Beruf ihrer Wahl ausüben. – Allein dies zeichnet den Irak unter allen arabischen Ländern aus (...)“
- k) „Wir [Frauen] haben unseren eigenen Standpunkt, unabhängig, wir wollen ihn gewahrt wissen. Gesagt sei das all jenen, die uns am liebsten im Haus eingegattert sehen würden. (...) [Also] kann es nur eines geben: Die freie Entscheidung der Frau zu überlassen, wohin sie sich berufen fühlt. Alles andere ist Despotie.“
- l) „[Wir hatten uns] entschlossen, zum Hexentanz auf den Blocksberg zu fahren. (...) ein verschworener Mädchenhaufen (...) So waren wir einmal wieder ganz unter uns, und die Stimmung war einfach phantastisch. Daß unsere Walpurgisgemeinschaft genau 13 Hexen zählte, erschien uns wie ein Mirakel. Wir waren alle gräßlich-schön zurechtgemacht (...), ein riesiger Reisigbesen schmückte einen unserer Busse.“
- m) „Der Eifer zum Schwören ist östliche Temperamentsache. (...) Die vielen Eide im Hitlerreich manipulierten die Massen. (...) Der kollektive Mißbrauch des Eides hat untermenschlichen Morast geschaffen.“
- n) „(...) da gibt es jemanden im sogenannten ‚nationalen Lager‘, der einen Teil seines Vermögens mit knallhartem Sexismus der Sonderprimitivklasse verdient hat. Sein Name ist Dr. Gerhard Frey. Frauenverachtung als besonderes Zeichen nationaler Gesinnung – Hetze als Geschäft? ‚Frech und frivol‘, so sollten sie damals sein, die Faschingsausgaben der vom Münchner Verleger Frey herausgegebenen ‚Deutschen Nationalzeitung‘. Tatsächlich wurden sie jedoch nur eine Frechheit! (...) Was wußten die ‚Faschingszeitungen‘ des Herrn Doktor dem nationalen Wichser sonst noch zu bieten? (...) Hier (...) meldet sich eine obszöne Primitivität frauenfeindlichster Sorte zu Worte.“
- o) „(...) die Frau nimmt heute einen größeren Stellenwert als noch vor einem halben Jahrhundert ein. Die klassische Rollenverteilung verschwindet mehr und mehr von der Bildfläche. Wir Frauen sind den Männern zwar noch nicht gleichgestellt, (was vor allem wichtige Führungspositionen und die Politik betrifft) aber auch dieses wird sich wandeln. (...) Die rechte Szene ist eine reine Männerdomäne, in welcher es die Frauen sehr schwer haben, sich zu behaupten. Man muß als Frau doppelt so gut sein wie ein Mann. (...) Die alte Rollenverteilung, die der Gesellschaft immer weiter entschwindet, ist noch in zu vielen (...) Köpfen vorhanden.“

AUFLÖSUNG DES ZITATE-QUIZ:

- a) 7 Zsusanna Budapest, spirituelle Feministin
(in: Dalichov, Irene (Hg.): Zurück zur weiblichen Weisheit, Freiburg 1990)

- b) 4 Mädelbrief, neonazistische Frauen-Zeitschrift
Nr. 4, Oktober 1987, S. 16f
- c) 11 Sigrid Hunke, Thule-Seminar, Unitarierin,
(„Die Zukunft unseres unvergänglichen Erbes in Mann und Frau“, in:
Elemente, 2. Ausg. 1987, Juni-Sept., S. 27-34, Zitate: S. 31, 32, 34)
- d) 2 Brigitte Wehner, Autorin in der rechtsextremen Zeitschrift „Badischer
Landbote“
(in: Badischer Landbote Nr. 2, 1989, S. 10)
- e) 5 Luce Irigaray, französische Feministin,
(in: Genealogie der Geschlechter, Freiburg 1989, S. 185)
- f) 11 Sigrid Hunke, Thule-Seminar, Unitarierin,
(aus: „Die Zukunft unseres unvergänglichen Erbes in Mann und Frau“, in:
Elemente, 2. Ausg. 1987, Juni-Sept., S. 27-34, Zitat: S. 30)
- g) 8 Ursula Müller, Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, Deutsche
Frauenfront, Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener
(in: Neue Front Nr. 23, Mai 1985, S. 18)
- h) 9 Gerda Weiler, feministische Theologin
(in: Ich verwerfe im Lande die Kriege. Das verborgene Matriarchat im Alten
Testament, München 1986, S. 345)
- i) 1 Ilse-Carola Salm, Autorin in „Nation Europa“
(aus: „Alliierte Kriegsverbrechen am Golf“, in: Nation Europa, Heft 3/1993,
S. 61-64, Zitat: S. 62)
- k) 8 Ursula Müller, Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, Deutsche
Frauenfront, Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener (in: Neue Front Nr. 23,
Mai 1985, S. 18)
- l) 10 Iris, Autorin in der Zeitschrift „na klar!“ des Bundes heimattreuer
Jugend/Freibund
(aus: „Hexentanz auf dem Blocksberg“, in: na klar! Nr. 50, 30.6.1990, S. 10f)
- m) 3 Hanna Wolff, feministische Theologin
(in: Neuer Wein – Alte Schläuche. Das Identitätsproblem des Christentums im
Lichte der Tiefenpsychologie, Stuttgart 1981, S. 55)
- n) 6 Cora Braune, Autorin in FAP-intern
(aus: „Nationalsexismus“, in: FAP-intern, 3/1989, S.19-21)
- o) 12 Mitglied der Mädelschar Deutschland
(aus einem Interview in: „Feuer & Sturm“, 2000, S. 70)

Die Auflösung des Quiz bot in den überwiegenden Fällen Überraschungen für die TeilnehmerInnen. Oftmals hätten sie die Zitate rechter Autorinnen für Aussagen von Feministinnen gehalten und umgekehrt.

Dieses „Verwirrspiel“ war durchaus beabsichtigt, sollte doch verdeutlicht werden, dass sich unter rechtsextremen Frauen eine große Heterogenität an Auffassungen zum Geschlechterverhältnis findet, welche auch Positionen beinhaltet, die deutlich antisexistische/„emanzipatorische“ Anklänge haben. Auf der anderen Seite sollte dafür sensibilisiert werden, dass auch manche Feministin Argumentationsmuster oder Sprachstile aufweist, die deutlich Anknüpfungspunkte „nach rechts“ bietet.

In der anschließenden Diskussion ging es dann unter anderem darum zu verdeutlichen, dass ein „emanzipatorisches“ Frauenbild nicht hinreichend ist, um die politische Haltung einer Person insgesamt einschätzen zu können. Der Antisexismus rechtsextremer Frauen bezieht sich in der Regel auf weiße deutsche Frauen, nur dieser sei ein gleichberechtigter Status „wesensgemäß“. Die übergeordneten politischen Orientierungen dieser Protagonistinnen sind Nationalismus und Rassismus. Ein Feminismus, der sich als grundsätzlich herrschaftskritisch versteht und dem es um Diskriminierungsbeseitigungen für „alle Frauen“ geht, ist damit per se nicht vereinbar. Nur wenn es zu einer verengten Gleichstellungsperspektive kommt, von der i.d.R. nur weiße deutsche Mittelschichtsfrauen profitieren, oder wenn es in manch esoterischer Szene zu überhöhenden und festschreibenden Mythen von „Weiblichkeit“ kommt, sollte die Gefahr von Anknüpfungspunkten zwischen „Feministinnen“ und den Positionen bestimmter extrem rechter Frauen nicht übersehen werden.

Arbeitsgruppen

Ein relativ komplexes Phänomen, das sich keineswegs auf politische „Randgruppen“ beschränkt, sondern fest im Mainstream der Gesellschaft verankert ist, ist die „Ethnisierung von Sexismus“. Mit dieser Thematik beschäftigte sich im Anschluss eine der drei Arbeitsgruppen. Eine andere tauschte sich entlang der Frage „Rechtsextremismus mit oder ohne Sexismus?“ über eigene Erfahrungen mit rechtsextremen Jugendlichen aus, die dritte und vierte AG arbeitete mit Anschauungsexemplaren rechtsextremer Frauen-Fanzines.

AG I: Rechtsextreme Frauen-Fanzines

Einschätzung anhand von Anschauungsmaterial

Ihnen liegen Kopien einiger von und für Frauen gemachter Fanzines aus der extrem rechten Szene vor.

Die von und für Frauen gemachten Fanzines aus der extrem rechten Szene werden nicht über den Zeitschriftenhandel vertrieben, sondern informell bei Konzerten oder Demonstrationen verkauft oder postalisch versendet. Die „Triskele“ ist außerdem digital im Internet zugänglich. Über die Auflage gibt es in der Regel keine gesicherten Informationen, es ist anzunehmen, dass es sich jeweils um maximal 100-200 Exemplare handelt, die dann aber ggf. durch mehrere Hände gehen. Die Erscheinungsweise ist terminlich variabel, um eine gewisse Regelmäßigkeit und jährlich mehrfaches Erscheinen wird sich jedoch bemüht.

Bitte verschaffen Sie sich einen Eindruck davon

- *welche Themen in den Zines vorrangig behandelt werden*
- *welche inhaltlichen Positionen sich erkennen lassen (manifest oder latent durch Andeutungen)*
- *in welchem sprachlichen Stil dies geschieht*
- *wie die Hefte optisch aufgemacht sind*
- *was Ihnen ansonsten noch auffällt*

Diskutieren Sie die mögliche Attraktivität und Funktion des Zines (für wen?).

AG II: Rechtsextremismus mit oder ohne Sexismus?

Pädagogisch-didaktische Diskussion anhand eigener Erfahrungen mit rechts orientierten Mädchen und Jungen

Die meisten Definitionen von „Rechtsextremismus“ geben diverse ideologische Elemente an, die sich – sei es zwingend, sei es variabel – in einem rechtsextremen Weltbild kombinieren (Nationalismus, Rassismus/Fremdenfeindlichkeit, Elite-Masse-Denken, Etatismus, Militarismus, Revanchismus usw.). Nur selten findet sich in solchen Definitionen der Hinweis auf eine spezifische Haltung zum Geschlechterverhältnis, etwa bezeichnet als Sexismus.

Gleichwohl wird landläufig davon ausgegangen, dass in der extrem rechten Szene – stärker als in der übrigen Gesellschaft – ein „traditionelles“ Frauenbild herrsche („Mutterschaft als

natürliche Wesensbestimmung der Frau“) und Mädchen und Frauen in der Szene „nichts zu sagen“ hätten („Mackerverhalten“). Dass diese Annahme in solch strikter Pauschalität unzutreffend ist, dürfte im bisherigen Verlauf der Veranstaltung deutlich geworden sein. Allerdings bleibt dennoch zu fragen, ob für das Gros extrem rechts orientierter Menschen diese Einschätzung dennoch zutrifft. Möglicherweise differieren hier auch die Auffassungen rechter Männer von denen rechter Frauen oder es gibt Unterschiede zwischen „Schreiberlingen“ und „Fußvolk“ etc.

Bitte tauschen Sie sich über Ihre Erfahrungen mit extrem rechts orientierten Mädchen und Jungen aus und diskutieren Sie,

- *welches Geschlechterverhältnis sich im praktischen Verhalten dieser Mädchen und Jungen abbildet und ob Sie dies für „spezifisch“ (für Rechtsextreme) halten*
- *welche (theoretischen) Vorstellungen vom Geschlechterverhältnis (Ideale, Leitbilder, Kritiken) diese Mädchen und Jungen formulieren und ob Sie dies für „spezifisch“ (für Rechtsextreme) halten*
- *ob und wie Sie es für sinnvoll halten, im pädagogischen Alltag mit diesen Mädchen und Jungen auf „das Geschlechterthema“ einzugehen.*

AG III: „Ethnisierung von Sexismus“

Thesendiskussion und Überlegungen zum pädagogischen Umgang mit dieser evtl. spezifisch „weiblichen“ Variante von Rassismus

Thesen:

a) Mädchen und Frauen erleben in dieser Gesellschaft vielfach sexualisierte Gewalt und Belästigungen im öffentlichen wie im privaten Raum. Häufig sind Opfer und Täter verwandt oder eng bekannt. Eine offene Thematisierung und Konfrontation ist angesichts von Tabus, Scham, Schuldgefühlen und Abhängigkeitsverhältnissen oft sehr schwierig. So bleibt eine angemessene Auseinandersetzung und Verarbeitung oft aus. Psychische Folgen wie Angst, Selbstaggression und/oder Aggression sind dennoch (oder gerade deswegen) nicht „erledigt“.

b) In unserer Gesellschaft ist der Stereotyp sehr weit verbreitet, dass männliche Migranten aus südlichen und östlichen Herkunftsregionen bzw. mit bestimmter Religionszugehörigkeit generell „patriarchaler“/frauenverachtender seien als westliche Migranten und Autochthone. Damit korrespondiert eine Selbstsicht der hiesigen autochthonen Gesellschaft als „aufgeklärt“ und „gleichberechtigt“. Das „Wir“ konstituiert sich in Abgrenzung zu den „Anderen“, nicht selten durch eben diese einseitige Zuschreibung von Sexismus („Ethnisierung von Sexismus“). Damit werden zugleich anhaltende Dominanzverhältnisse zwischen den Geschlechtern in der „Wir“-Gruppe verdeckt.

c) In der extremen Rechten werden viele Stereotype über MigrantInnen zugespitzt, mit aggressiver Polemik vertreten und zum Teil in Form gewaltsamer Übergriffe „umgesetzt“. Mädchen in gewaltbereiten rechten Cliques stiften solche Taten nicht selten an, indem sie einen Migranten der Belästigung auf der Straße bezichtigen und ihre Clique im- oder explizit auffordern, sie zu „rächen“.

d) SozialarbeiterInnen berichten von Fällen, in denen sich auf Nachfrage herausstellte, dass Mädchen die Belästigungsszenen stark dramatisierend dargestellt oder sogar ganz erfunden hatten. Meist habe es aber früher tatsächlich sexualisierte Übergriffe gegeben. Allerdings durch Verwandte oder Freunde.

e) Um die „Eigengruppe“ stabil zu halten, müssen interne Konflikte und Gewaltverhältnisse kaschiert oder bagatellisiert werden. Dies wird möglich durch die Externalisierung des Konflikts: Äußere Dritte werden zur Ursache erklärt und bekämpft. Die „Wahl“ des äußeren Dritten erfolgt aller Wahrscheinlichkeit danach, wer ohnehin bereits mit Negativ-Zuschrei-

bungen belegt und „zur Jagd freigegeben“ ist. In der Bekämpfung des äußeren Feindes manifestiert und erneuert sich der Gruppenzusammenhalt, durch die Nicht-Thematisierung des internen Gewaltverhältnisses wird er ebenfalls gestützt. Das interne Gewaltverhältnis bleibt dabei jedoch faktisch aufrecht erhalten.

f) Auf den besprochenen Zusammenhang bezogen könnte also gesagt werden:

- Rassismus (bei der Wahl des „äußeren Dritten“ und durch den Angriff auf ihn)
- Sexismus (tatsächlich erlebte sexistische Diskriminierung/Gewalt in der Eigengruppe als [unbewusste] Motivation) *und*
- Antisexismus (Anprangerung [wenn auch vermeintlicher] sexistischer Diskriminierung/Gewalt als legitime Haltung)

stützen sich hier gegenseitig. Die „Ethnisierung von Sexismus“ ist der entscheidende Deutungsmechanismus dabei. Als gesellschaftlich weit verbreitete und akzeptierte Haltung bietet sie sich geradezu an.

g) Durch das angestiftete gewalttätige Handeln der Gruppe wird das Szenario erlebbar, dass die „Ehre“ des Mädchens verteidigt und der Gruppenzusammenhalt gestärkt wird. D.h. das Mädchen zieht – vordergründig – einen zweifachen psychischen Nutzen aus dieser Form der „Verarbeitung“. Die Jungen/Männer der Gruppe bestätigen sich sowohl als „Frauenbeschützer“ als auch als „kameradschaftlich“ Handlungsfähige. Ihre rassistischen Vorurteile werden ein weiteres Mal genährt, sie behalten den realen Zugriff auf „ihre“ Mädchen und profitieren von der Bagatellisierung eigenen sexistischen Fehlverhaltens.

Bitte diskutieren Sie die obigen Thesen im Zusammenhang und überlegen Sie, wie den angesprochenen Mechanismen pädagogisch-individuell und/oder politisch begegnet werden kann.

Literaturhinweise (Auswahl):

Antifaschistisches Frauennetzwerk / Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hg.) (2004 od. 2005): Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Hamburg / Münster (rat / Unrast) (in Vorbereitung) = *Sammelband zu verschiedenen Aspekten des Themas.*

Bitzan, Renate (Hg.) (1997): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin (Elefant Press [inzw. Espresso]) = *Sammelband zu verschiedenen Aspekten des Themas.*

Bitzan, Renate (2000): Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen (edition diskord) = *Untersuchung zu Beiträgen von Frauen in rechtsextremen Zeitschriften, insb. zu ihren heterogenen Positionen im Geschlechterdiskurs.*

Bitzan, Renate / Streubel, Christiane (2000): „Die germanischsten unter den Frauen...“ Frauen in rechtsextremen Bewegungen, in: Ariadne. Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung, Nr. 37/38, S. 86-93 = *historischer und aktueller Überblick.*

Bitzan, Renate (2002): Frauen in der rechtsextremen Szene, in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hg.) (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke. Vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen, S. 87-104 = *Überblick über Frauen in der extrem rechten Szene der BRD seit Mitte der 1980er Jahre.*

Bitzan, Renate; Köttig, Michaela; Schröder, Berit (2003): Vom Zusehen bis zum Mitmorden. Mediale Berichterstattung zur Beteiligung von Mädchen und Frauen an rechtsextrem motivierten Straftaten, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 2 und 3, 21. Jg. 2003 = *Ergebnisse einer Medienanalyse zu Beteiligungsformen.*

Büchner, Britta Ruth (1995): Rechte Frauen, Frauenrechte und Klischees der Normalität. Gespräche mit „Republikanerinnen“, Pfaffenweiler (Centaurus) = *Analyse von Interviews mit weiblichen REP-Mitgliedern in München.*

Döhring, Kirsten / Feldmann, Renate (2004): Von „NS-Frauenwarte“ bis „Victory“.

Konstruktionen von Weiblichkeit in nationalsozialistischen und rechtsextremen Frauenzeitschriften, Berlin (Logos) = *Analyse historischer und aktueller Materialien.*

Eckart, Christel / Henze, Dagmar / Jansen, Mechthild M. / Stolt, Susanne (Hg.) (1995): Sackgassen der Selbstbehauptung. Feministische Analysen zu Rechtsradikalismus und Gewalt. Schriftenreihe der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Frauenforschung der Gesamthochschule Kassel, Kassel = *Sammelband zu verschiedenen Aspekten des Themas.*

Fantifa Marburg (Hg.) (1995): Kameradinnen. Frauen stricken am Braunen Netz, Münster (Unrast) = *Sammelband zu verschiedenen Aspekten des Themas*.

Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik, Gießen (Psychosozial) = *Analyse biographischer Interviews und teilnehmender Beobachtungen*.

Müller, Gudrun / Keinhorst, Annette (Red.): Mädchen, Frauen und Rechtsextremismus. Dokumentation einer Arbeitstagung vom 7.-9.11.1996 in Saarbrücken, Dialog (Schriftenreihe der Stiftung Demokratie Saarland) Nr. 4, Saarbrücken = *Sammelband zu verschiedenen Aspekten des Themas*.

Rommelspacher, Birgit (2001): Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.) (2001): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, S. 199-219 = *Überblick über Einstellungsuntersuchungen und Erklärungsmuster hinsichtlich rechter Frauen und Mädchen*.

Siller, Gertrud (1997): Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen, Opladen. = *Lebensgeschichtliche Einzelfallanalysen*.

Tillner, Christiane (Hg.) (1994): Frauen – Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt, Münster. *Sammelband zu verschiedenen Aspekten des Themas*.

Wlecklik, Petra (Hg.) (1995): Frauen und Rechtsextremismus, Göttingen (Lamuv) = *Sammelband zu verschiedenen Aspekten des Themas*.

3.8. Islamismus, eine religiöse Ideologie: Schnittmengen und Abgrenzungen

Claudia Dantschke

Assimilation oder Parallelgesellschaft

„Diese Muslime hier sind der Beweis dafür, dass Islam und Demokratie miteinander in Einklang zu bringen sind“, erklärte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, Ende Juni gegenüber der Presse. Sie hatte die Journalisten eingeladen, mit ihr gemeinsam den kleinen Moscheeverein *Hicret* im Berliner Wedding zu besuchen. Fast eine Stunde lang besichtigte Frau Beck, gefolgt von ihrem Berater- und Preetross, die Räumlichkeiten dieser erst Ende 1999 hauptsächlich von türkischen aber auch arabischen Muslimen gegründeten Moscheegemeinde.

Geduldig und getreu den Geboten islamischer Höflichkeit versuchten Hasan Ü. und Cemal K. vom Vorstand des Vereins, jede der zahlreichen Fragen und Anmerkungen der grünen Politikerin zu erläutern. „Was bedeutet *hicret*?“ – „Auszug/Flucht des Propheten Mohammad von Mekka nach Medina und damit der Beginn der islamischen Zeitrechnung“; „Wo beten die Frauen?“ – „Im Untergeschoss, im zweiten Gebetsraum“ (ein kleiner, dunkler Raum gleich neben der Küche); „Dürfen die Frauen den hellen, großen Gebetsraum der Männer auch benutzen?“ – „Ja, wenn diese nicht da sind, aber die Frauen haben ja ihren eigenen Raum“; „Lernen die Mädchen und Jungen getrennt in den Hinterzimmern, die als Koranschule dienen?“ – „Ja, hier oben lernen die Jungen, unten die Mädchen. Das ist besser, um sie nicht gegenseitig abzulenken“. Fast jede Antwort der beiden Muslime kommentierte Frau Beck gegenüber den Journalisten zum richtigen Verständnis. So sind für sie die schmucklosen und dunklen Hinterzimmer der Koranschule ein Zeichen für die mangelnde staatliche Unterstützung der Muslime. Nur durch das persönliche Engagement der Gemeinde seien die Muslime überhaupt in der Lage, ihre Kinder in ihrer Religion zu unterweisen. „Die Vorstellung von Religion in Deutschland sei von den christlichen Kirchen und ihrer Form der öffentlich-rechtlichen Verfasstheit geprägt. Eine anders strukturierte Religionsgemeinschaft wie der Islam passe in den vorgegebenen institutionellen Rahmen nicht hinein. So müssten Muslime sich in eingetragenen Vereinen organisieren und ihre Gebetsräume meist in Hinterhöfen oder Gewerbegebieten einrichten. Für christliche Gotteshäuser würden solche Umstände zu Recht als Zumutung empfunden“, heißt es dann auch in der Pressemeldung der katholischen Nachrichtenagentur KNA zu diesem Besuch.⁴¹

⁴¹ kna vom 27. Juni 2002 - Ausländerbeauftragte regt "Rat der Religionen" an.

Die Frage, warum die Kinder nicht im Kreis auf dem Teppich des hellen, mit einem großen Fenster zur Straße versehenen Männergebetsraum der Vorderhaus-Moschee unterrichtet werden, wird nicht gestellt. Auch die Verbannung der Mädchen in den Keller ist für Frau Beck nur eine Erscheinung, die sich mit der Zeit „normalisieren“ werde. Immerhin sei sie selbst auch noch auf einer christlichen Mädchenschule erzogen worden, während ihre Töchter sich heute eine nach Geschlechtern getrennte Erziehung nicht mehr vorstellen könnten. „Wir haben aber ein anderes Verständnis vom Verhältnis Mann und Frau“, hebt Hasan Ü. freundlich zur Widerrede an, lässt diesen Worten aber keine weitere Erklärung folgen. Längst haben er und sein Vorstandskollege begriffen, dass sie nur Staffage einer gut gemeinten PR-Aktion der Ausländerbeauftragten sind. Zu sehr ist die grüne Politikerin Beck damit beschäftigt, die „negative Darstellung des Islam“ in deutschen Medien durch ein positives Bild am lebenden Objekt zu korrigieren. Gerade wieder ärgert sie sich über die reißerischen Schlagzeilen einiger Gazetten, in denen über ein „geplantes Kinder- und Jugend-Schulungszentrum der radikal-islamistischen Hizbollah“⁴² in Berlin spekuliert wird. Zu sehr würden mit solchen Meldungen die Ängste der Bevölkerung seit dem 11. September geschürt. Dagegen will sie „eine positive öffentliche Wahrnehmung von Zuwanderern und ihren Religionen“ setzen. Und so regt sie in der *Hicret-Moschee* „die Einrichtung eines Rates der Religionen auf Bundesebene an, um Offenheit und Transparenz zu schaffen“.⁴³

Was Hasan Ü. und Cemal K. davon halten, interessiert nicht. Die beiden Muslime haben es aufgegeben, sich gegen die „Opferrolle“ zu wehren, in die sie die „große Schwester“ Marieluise Beck permanent drängt. Eigentlich sind sie selbstbewusst und stolz darauf, was sie mit ihrer kleinen Gemeinde geschafft haben. Sie wollen nicht bedauert werden, sondern würden gern über ihre Ansichten zum Islam und zum Leben der Muslime in Deutschland sprechen, wenn man sie nur einmal unkommentiert ausreden lassen würde. Frau Beck hätte so bestätigt bekommen, dass sich Muslime in dieser Gesellschaft ausgegrenzt und diskriminiert fühlen. Sie hätte aber auch erfahren, welche Schlussfolgerungen Muslime wie der *Hicret-Moschee* selbstbestimmt für sich daraus gezogen haben.

„Wir werden in Deutschland nie zu Menschen erster Klasse, wenn wir nicht bereit sind, uns total zu assimilieren“, erklärt Hasan Ü., als die Journalisten und Frau Beck mit ihrem Gefolge längst gegangen sind. „Wir brauchen für die Muslime in Deutschland ein System wie für die Christen und Juden im Osmanischen Reich. Es muss in Deutschland für die Muslime eine eigene Jurisprudenz (Rechtsordnung) geben“, beschreibt Hasan Ü. seinen Lösungsansatz. Er spielt auf das „Millet-System“ im Osmanischen Reich an, nach dem die Christen und Juden als Nichtmuslime aber „Ahl al-Kitab“⁴⁴ eine Extrasteuer, die so genannte „Kopfsteuer“, zahlen mussten und als „Schutzbefohlene“ den Muslimen nicht gleichgestellt waren. Innerhalb ihres „Millet-Systems“, ihren religiösen Gemeinschaften, waren sie aber selbstverantwortlich auf der Grundlage ihrer eigenen, auf ihrer Religion basierenden Rechtsprechung.⁴⁵ Am 5. Juni erschien in der türkisch-islamischen Zeitung *Zaman* ein langes Interview mit dem Europa-Vorsitzenden der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs⁴⁶, Mehmet Sabri Erbakan. In diesem Interview, erzählt Hasan Ü., habe Erbakan seit langem wieder

⁴² U.a. „Hisbollah plant Niederlassung in Berlin“, in: Die Welt, 27.06.2002.

⁴³ A.a.O. kna vom 27. Juni 2002.

⁴⁴ Ahl al-Kitab bezeichnet die Angehörigen des Buches – Ausdruck für die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam.

⁴⁵ Wenig bekannt ist, dass im osmanischen Millet-System zwar die Religion frei ausgeübt werden durfte, aber nicht nach außen hin sichtbar. Auch die eigene Rechtsprechung war insbesondere – wenn auch nicht ganz ausschließlich – auf das Familienrecht beschränkt.

⁴⁶ Die türkische Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist die größte Organisation des politischen Islam in Deutschland. Ihr geistiger Führer und Erfinder der dazugehörigen Ideologie – milli görüs (religiös-nationale Weltsicht) – ist der ehemalige Vorsitzende der in der Türkei verbotenen Refah-Partei und ehemalige türkische Ministerpräsident Necmettin Erbakan. Sein Neffe, Mehmet Sabri Erbakan, ist der Europavorsitzende der IGMG. Die IGMG vertritt nach eigenen Angaben auf ihrer Homepage www.igmg.de im September 2001 knapp 84000 Mitglieder und betreut mit ihren sozialen und religiösen Angeboten 3,5 Millionen Muslime in Europa. Sitz der Europa-Zentrale der IGMG ist seit Sommer 2001 Kerpen bei Köln.

etwas sehr Vernünftiges gesagt: Wir brauchen eine Parallelgesellschaft.⁴⁷ Für Hasan Ü. decken sich diese Äußerungen Erbakans mit seinen eigenen Vorstellungen eines osmanischen Millet-Systems mit umgekehrten Vorzeichen in Deutschland: Islamische Inseln, in denen das gesamte Leben auf der Grundlage der Religion⁴⁸ von und für die Muslime selbst gestaltet wird. Der Name seiner Moscheegemeinde *hicret* scheint also nicht zufällig gewählt zu sein. Nach diesem Gespräch lässt er sich auch deuten als „Auszug/Flucht aus der Mehrheitsgesellschaft und Rückzug in die eigene Insel“.

Die Demokratie⁴⁹ hat nach seiner Auffassung in diesen Inseln keinen Platz. Zu dekadent erscheint Hasan Ü. diese Souveränität, die vom Volk längst abgegeben wurde in die Hände von Politikern und Finanzmagnaten. „Warum sollen wir ein schlechteres Modell übernehmen“, fragt er selbstbewusst, „wenn der Islam das bessere System ist? Die Souveränität liegt allein bei Allah und er hat sie auf alle Muslime verteilt.“

Diese Auffassung von Demokratie und Islam als zwei sich gegenüberstehende Systeme und das Begreifen des Islam als ganzheitliche Ordnung (System), die alle Sphären des Lebens regelt, ist eine Grundkonstante im Denken vieler strenggläubiger Muslime, nicht nur der ersten Generation. Für Muslime wie Hasan Ü., der als Vertreter der 2. Generation gelten kann, ist es nun endlich an der Zeit, dass eine neue Generation von intellektuell befähigten Führungskadern die Leitung der islamischen Vereine und Verbände übernimmt, um diese Vorstellungen in Deutschland umzusetzen. In sie und nicht in Politiker wie Marieluise Beck scheint er seine Hoffnungen auf die Zukunft zu setzen, und seine Verbitterung resultiert aus dem Umstand, dass es noch zu wenige dieser Führungskader gibt.

Das ganzheitliche System Islam und seine jungen intellektuellen Propagandisten

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington veränderte sich auch in Deutschland die Diskussion über den Islam und die Muslime. Die mutmaßlichen Attentäter mit Hochschulbildung um Mohammad Atta sollen, so wurde berichtet, einer eher liberal-religiösen Mittelschicht entstammen. Die Diskussion über ihre „plötzliche Wandlung“ zu religiös motivierten Terroristen lenkte auch in Deutschland den Blick weg vom sozial unterprivilegierten orthodoxen Migrant-Patriarchen und seiner Familie hin zu den Muslimen an den Universitäten und Fachhochschulen. Die zu Recht umstrittene Rasterfahndung nach so genannten „Schläfern“ war jedoch kein geeignetes Mittel für eine differenzierte Auseinandersetzung. Zu sehr stand das Sicherheits-Interesse im Vordergrund, „potenzielle muslimische Attentäter“ im Vorfeld zu entlarven. Vertreter von antirassistischen Initiativen, religiösen Organisationen und Migrantverbänden wurden deshalb auch nicht müde darauf zu verweisen, dass „der Islam eine friedliche Religion“ sei, dass „alle Terroranschläge vom islamischen Standpunkt aus zu verurteilen und durch nichts zu rechtfertigen sind“ und dass „solche Taten nichts mit dem Islam zu tun haben“.⁵⁰ „Wer immer die Hintermänner dieser blutigen Tat sind, bei dem Islam können sie keine Rechtfertigung für ihre Tat finden“, erklärte der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Dr. Nadeem Elyas.⁵¹

Diese Form der pauschalen Gleichsetzung und der dementsprechenden Ablehnung von „Islam und Terrorismus“ führt in eine Sackgasse, die den Blick auf die eigentlich zu führende Diskussion verstellt. Der mutmaßliche Anstifter der Attentate vom 11. September, Osama Bin

⁴⁷ Auszug aus der Übersetzung des Originalzitats von Mehmet Sabri Erbakan in *Zaman*, 05.06.2002: „...Man sollte sich doch mal anschauen, wie die Homosexuellen sich organisieren. Sie haben eigene Vereine, Zeitungen, Diskotheken. American Express gibt je nach Zielgruppe unterschiedliche Kreditkarten aus. Für Homosexuelle gibt es ein anderes Design auf den Kreditkarten. Da haben Sie die Parallelgesellschaften. Ist das nicht allzu natürlich, wenn Menschen je nach ihrer Lebensauffassung und ihren Vorstellungen sich mit anderen zusammen tun? ...Wenn ich also eine Parallelgesellschaft möchte, dann habe ich allemal das Recht dazu...“

⁴⁸ Koran, Sunna des Propheten Mohammad und Scharia – islamisches Recht.

⁴⁹ Die Souveränität des Volkes.

⁵⁰ U.a www.igmg.de: Kerpen, 13. September 2001 – IGMM hebt Hutba-Freiheit für diesen Freitag auf.

⁵¹ www.islam.de: Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. – Terroranschläge in den USA am 11.09.01.

Laden, hat zwar „mit dem Islam, der im Koran offenbarten Heiligen Schrift, ähnlich viel gemein wie die Kreuzfahrer mit der Bergpredigt“, aber er gilt als der prominenteste Vertreter des „Dschihad-Islam“ – nach Ansicht des Nahostexperten Dr. Michel Lüders „eine Art letztes Aufgebot des Islamismus“ in der zweiten Hälfte der 90er Jahre.⁵²

Der Islamismus bzw. politische Islam ist eine Ideologie – das Konzept einer Gesellschaftsordnung, deren politische, wirtschaftliche, soziale, religiöse und kulturelle Grundlage der Islam bildet. Diese Gesellschaftsideologie wird von ihren Anhängern als Gegenentwurf zu den beiden großen Weltideologien Kapitalismus/Imperialismus/westliche Demokratie und Sozialismus/Kommunismus verstanden. Für dieses Gesellschaftskonzept instrumentalisieren seine Apologeten den ganzheitlichen Anspruch des Islam, den *Tauhid*-Gedanken.⁵³ So hat zwar die überwiegende Mehrheit der Muslime, wie alle anderen Menschen auch, entsetzt und geschockt auf die Attentate vom 11. September reagiert und den Versuch einer religiösen Legitimation als „islamischer Dschihad gegen Amerika und den Westen“ abgelehnt. Nicht wenige aber auch in Deutschland gehen mit den dahinter stehenden Grundansichten des Islamismus konform, auch wenn sie die gewalttätigen Mittel zur Durchsetzung kategorisch zurückweisen.

Vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre finden sich immer mehr Anhänger dieser Ideologie an den Universitäten und Hochschulen in Europa. Eine neue, intellektuell geschulte Generation ist im Entstehen, die offen und keinesfalls als „Schläfer“ getarnt ihre ideologische Überzeugung lebt und in die Community hinein propagiert. Sie verstehen sich selbst als Angehörige einer Elite, der die Zukunft gehört, denn nach dem Niedergang des Sozialismus/Kommunismus ist nun ihrer Meinung nach das islamische Gesellschaftsmodell die einzig verbliebene Alternative zu dem als dekadent und im Untergang begriffenen Weltimperialismus unter Führung der USA.

Ein eifriger Vertreter dieser neuen Elite ist der 24-jährige Maschinenbaustudent der nordrhein-westfälischen Ruhr-Universität Bochum, Ramis Örlü. Der deutsche Staatsbürger türkischer Herkunft gehört zu den Organisatoren des Freitagsgebets an der Universität.⁵⁴ Etwa im Frühjahr 2001 begann er, über den Server der Universität für persönliche Homepages unter den rund 1000 muslimischen Studenten Gleichgesinnte um sich zu scharen.⁵⁵ „Es gibt zwar etliche Moschee-Vereine“, beschreibt Örlü im Internet-Forum dieser *Muslimischen Studenten an der Ruhr-Universität Bochum* seine Entwicklung, „doch sind an solchen Orten immer bestimmte Ansichten und hierarchische Strukturen seit Jahren auf die Beine gestellt worden, so dass einer mit anderen Ansichten, also ein Neuer, nicht immer Fuß fassen kann“.⁵⁶ Örlü, der nach eigenen Aussagen aus einem Milli Görüs Elternhaus stammt und selbst im Raum Bochum für die seit 30 Jahren in Deutschland etablierte Organisation tätig ist, wurde an der Universität von „Brüdern, die den Islam zu ihrem Leben machten“ aufgenommen. „Ich stellte fest“, erzählt er, „dass meine Aqida⁵⁷ ein Luftschloss war und ich keinen Sturm überstehen könnte. Obwohl ich schon seit Anbeginn meiner Jugend gebetet habe und in einem religiösen Umfeld war, gab mir dies alles nichts im Gegensatz zu ein, zwei Treffen mit diesen Brüdern“.⁵⁸

Aus Örlü wurde ein in seinem Glauben gefestigter und kompromissloser Verfechter des islamischen Kalifats, welches „der Feind des Islam vor 77 Jahren abgeschafft und den Islam aus dem täglichen Leben und aus dem Staat verbannt hat“.⁵⁹ „Ich will keine Monarchie, keine

⁵² www.nahost.de/content/aufsaeetze/aufsatz_016.shtml: Islam zwischen Politik und Alltag von Dr. Michael Lüders, entnommen aus Arte TV Magazin Januar 2002, S. 6f.

⁵³ Tauhid: die Einheit Gottes bzw. in islamistischer Lesart die alleinige und uneingeschränkte Autorität Allahs in ausnahmslos allen Lebensbereichen des Menschen.

⁵⁴ „Islamisten an der Ruhr?“ in Transfer, das Magazin für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft 1/2002:

www.transfer-ruhr.de/transfer12002/idee2.html.

⁵⁵ <http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/Ramis.Oerlue/>.

⁵⁶ http://www.forumromanum.de/member/forum/forum.cgi?USER=user_79806.

⁵⁷ Glaubensüberzeugung.

⁵⁸ http://www.forumromanum.de/member/forum/forum.cgi?USER=user_79806.

⁵⁹ Ebenda am 29. September 2001: Mit „der Feind des Islam“ ist Mustafa Kemal Atatürk, Gründer der modernen, laizistischen Republik Türkei gemeint.

Diktatur, keine Demokratie, keinen Gottesstaat, sondern einen Staat, in dem der Kalif vom Volk gewählt wird und die Gesetze gemäß der Sharia erlässt. Ich will dies und nicht die pseudo-islamischen Staaten Iran, Saudi-Arabien, oder die Kufr-Staaten⁶⁰ Türkei oder Syrien.“⁶¹ Unermüdlich propagiert er diese Überzeugung als Ramis Örlü oder unter seinem nick-name *ferramis* nicht nur seinen Glaubensbrüdern und -schwestern an der Universität, sondern auch in zahlreichen deutschsprachigen islamischen Internet-Diskussionsforen – denn „die Muslime müssen begreifen, dass es ihre Aufgabe ist, den islamischen Staat zu gründen.“⁶² „Gegen Vorurteile und Pauschalverdächtigungen“, schreibt das Wissenschafts-Magazin *Transfer* Anfang dieses Jahres über Ramis Örlü, „setzen der 24-jährige und andere muslimische Studierende auf Aufklärung. Sie möchten ihren Teil zum guten Miteinander der Kulturen und Religionen in Deutschland beitragen. Konkret geplant sind Vorträge und Veranstaltungen zum Trotz aller medialer Berichterstattung noch weithin unbekanntem Thema Islam.“⁶³

Zur Fundierung dieses „noch weithin unbekanntem Islam“ des Ramis Örlü trug auch das bereits in 2. Auflage erschienene Buch „Al-‘Aqida“ des syrischen Muslimbruders Amir Zaidan bei. Dieses Buch gilt als „Renner“ in der islamischen Szene Deutschlands.⁶⁴ Zaidan, der mit seinem „Islamologischen Institut e.V.“ in Frankfurt/Main, Berlin und München um die theologische Interpretationshoheit über den Islam in Deutschland ringt, wurde bundesweit im Juli 2000 bekannt als Verfasser der so genannten „Kamel-Fatwa“. Der damalige Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) hatte in diesem religiösen Rechtsgutachten (Fatwa) erklärt, dass „eine mehrtägige Reise mit Übernachtung außerhalb der elterlichen/ehelichen Wohnung für muslimische Frauen ohne Begleitung eines Mahram (enger männlicher Verwandter, Red.) nicht erlaubt ist und gegen islamische Regeln verstößt“.⁶⁵ Als Begründung beruft sich Amir Zaidan dabei auf den Propheten Mohammad und schreibt in seiner Fatwa: „Die Entfernung schätzen die islamischen Gelehrten heutzutage auf ca. 81 Kilometer.“ Wie der Islam-Kenner und Journalist Ahmet Senyurt herausfand, entspricht diese Entfernung der Strecke, die „eine Kamel-Karawane zu Zeiten des Propheten innerhalb von 24 Stunden zurücklegen konnte“.⁶⁶ In hessischen Schulen wurde diese Fatwa nach Senyurts Recherchen zur Entschuldigung angeführt, wenn muslimische Mädchen an Ausflügen nicht teilnehmen sollten.

In seinem Buch „Al-‘Aqida“, der Untertitel der 1. Auflage lautet „Einführung in die zu verinnerlichenden Inhalte des Islam“, bemüht sich Amir Zaidan, für die bei Europäern bereits mit bestimmten Vorstellungen behafteten und bekannten arabisch-islamischen Begriffen, wie „Kufr – Unglaube“, neue Deutungen zu finden. So wird bei ihm aus „Kufr“ statt „Unglaube“ nun „zudecken, die Saat zudecken“. Nach der Lektüre dieser Umdeutung versteht kein nichtmuslimischer Leser mehr die abgrenzende Bedeutung, die in diesem Begriff liegt. Für Muslime teilt sich die Welt ein in das „Haus des Islam“ (Gebiet, in dem die Mehrheit der Bevölkerung Muslime sind und die Regeln des Islam herrschen) und das „Haus des Kufr“ (Gebiet, in dem die Mehrheit der Bevölkerung Nichtmuslime sind). Dort dürfen Muslime nur dann leben, wenn ihnen die Ausübung ihrer religiösen Pflichten gewährt wird. Im „Haus des Kufr“ nennt sich dieses Gebiet dann „Haus des Vertrages“. Verboten ist es den Muslimen aber, im „Haus des Krieges“ zu leben, das ebenfalls ein Teil des Kufr-Reiches ist. Für Islamisten zählt Israel zu dieser letzten Kategorie.

Eindeutiger formuliert Amir Zaidan in seinem Buch dagegen, was er unter „Erzsünden – kaba'ir“ versteht. So sei das Tragen von Seide und Gold für Männer eine derartige Sünde

⁶⁰ Staaten des Unglaubens.

⁶¹ http://www.forumromanum.de/member/forum/forum.cgi?USER=user_79806, 29. September 2001.

⁶² Ebenda.

⁶³ „Islamisten an der Ruhr?“ in *Transfer*, das Magazin für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft 1/2002, unter: www.transfer-ruhr.de/transfer12002/idee2.html.

⁶⁴ E-mail von Prof. Dr. Ursula Spuler-Stegemann, Orientalistin und Religionswissenschaftlerin an der Philipps-Universität Marburg, an die Autorin am 13. August 2002.

⁶⁵ Ahmet Senyurt „Fatwa gegen Schulausflüge“, in: *Stern*, Ausgabe 29 vom 13.07.2000.

⁶⁶ Ebenda.

und deshalb *haram*.⁶⁷ Ramis Örlü und viele seiner Altersgenossen und Glaubensbrüder begreifen die strikte Einhaltung derartiger Kleidungs- und Essensvorschriften⁶⁸ als essenziell für einen wahrhaft gläubigen Muslim. Schon ein kleines Abweichen in diesen Punkten, für Örlü können selbst „die Haare zu westlich“ sein, bedeute der Beginn einer Aushöhlung des Islam und der Einfall des als westlich und ungläubig verteuflten Säkularismus⁶⁹ in diese ganzheitliche Religion. Es wäre der Anfang vom Ende.

„Denn“, schreibt Örlü im Jahre 2000 in der islamischen Jugendzeitschrift *Kaaba*, „der Islam ist keineswegs eine Religion im begrenzten Sinne dieses Wortes. Er stellt eine alles umfassende Lebensweise dar. Er besitzt seine eigenen Vorstellungen über diese Welt und über den Menschen und dessen Bestimmung.“⁷⁰ Säkularismus ist für Örlü gleichbedeutend mit „weltlich und irdisch“ und wird von vielen Muslimen auch mit „religionslos“ oder „atheistisch“ gleichgesetzt. „Der Islam“, so Örlü in der Zeitschrift *Kaaba* weiter, „lehnt jegliche säkularen Lebenssysteme ab, denn sie betrachten den Menschen als ein soziales Lebewesen und halten Ethik und die geistige Bestimmung des Menschen für belanglos im Hinblick auf seine gesellschaftlich-wirtschaftliche Existenz oder auf die politische Gesellschaftsordnung, unter der er lebt. Der Islam jedoch berücksichtigt die beiden Seiten des menschlichen Lebens und fügt sie zu einem harmonischen Ganzen zusammen. Dieser Zustand der Harmonie und des inneren Friedens treibt viele Menschen in unseren Tagen an, die materiellen Weltanschauungen des Kapitalismus und des Kommunismus zu verachten und sich den Idealen des Islam, nämlich der Wahrheit, Gottergebenheit, menschlichen Brüderschaft und gesellschaftlich-politischer Gerechtigkeit hinzugeben.“

Gemäß einer Studie des Zentral-Instituts Islam-Archiv in Soest halten knapp die Hälfte der hier lebenden Muslime das (säkulare) deutsche Grundgesetz, das ja auch die Menschenrechte inkorporiert hat, für unvereinbar mit dem Koran, berichtet die Islamkennerin Ursula Spuler-Stegemann im Februar 2002.⁷¹ Aktivisten der jungen islamischen Elite vom Schlage eines Ramis Örlü wehren sich folglich vehement gegen die Übernahme von Begriffen wie Integration, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte oder Demokratie in den islamischen Wortschatz, da diese nach ihrem Weltbild nicht dem Islam, sondern den „materiellen Weltanschauungen“ entstammen. „Muslime versuchen, so scheint es mir, Wörter, die der hiesigen Gesellschaft schmackhaft sind, zum islamischen Vokabular zu zählen“, lautet Örlüs Vorwurf an nicht näher genannte muslimische Vereine und Einzelpersonen.⁷²

Es sind – aus seiner Sicht – derartige Schein-Kompromisse gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und nicht so sehr die innerhalb der Gemeinschaften propagierten Weltbilder und Ansichten, die Örlü auf kritische Distanz zu den etablierten islamischen Vereinen und deren Mutterorganisationen in den Ursprungsländern gehen lässt. „Wer dem Westen Angst macht“, kritisiert Örlü im Forum seiner Hochschulgruppe, „sind diejenigen, die den Westen belügen und hoffen, dass sie mit einem zufrieden sind. Ich trete überall auf und sage, was ich sagen muss, und das ist fair meinem Gegenüber. Das, was RP, FP oder alle anderen tun, ist doch nur Schummelei.“⁷³ Im Namen einer „nicht minderen Gruppe muslimischer Jugendlicher“ warf er Ende November 2001 in einem offenen Brief auch der Islamischen Gemeinschaft

⁶⁷ Haram – im Widerspruch zu den islamischen Quellen stehend und deshalb für Muslime verboten. Das Gegenstück zu Haram ist Helal – den islamischen Quellen entsprechend und deshalb für Muslime erlaubt.

⁶⁸ Gummibärchen und selbst Schokolade gelten inzwischen als haram, da in ihnen Gelatine enthalten ist, die aus Knochen vom Schwein hergestellt wird.

⁶⁹ Trennung von Staat und Religion.

⁷⁰ Ramis Örlü in www.geocities.com/kaaba_online/texte/7verstand.htm, Zeitschrift *Kaaba*, 1. Halbjahr 2000.

⁷¹ Ursula Spuler-Stegemann: ... in Verantwortung vor Gott und den Menschen, erschienen in www.evangelischer-arbeitskreis.de/ev-02-2002.pdf.

⁷² http://www.forumromanum.de/member/forum/forum.cgi?USER=user_79806.

⁷³ Ebenda: RP – Refah Partisi – und ihre Nachfolgepartei FP – Fazilet Partisi – sind die beiden inzwischen in der Türkei verbotenen islamistischen Parteien des Milli Görüs Führers Necmettin Erbakan. In Europa vertritt die IGMG diese Ideologie.

Milli Görüs und ihrem Vorsitzenden Mehmet Sabri Erbakan vor, sich „besonders nach den Ereignissen der letzten Monate in ein Bestreben nach dem Wohlwollen der kuffar begeben zu haben“. Mit diesem auf Deutsch verfassten offenen Brief, den er in zahlreiche deutschsprachige islamische Internet-Foren postete⁷⁴, durchbrachen die Jugendlichen um Örlü ein bisher streng eingehaltenes Prinzip, das Gebot der *fitne*: „Säe keine Zwietracht unter den Muslimen“. Natürlich wird innerhalb der muslimischen Community viel und heftig diskutiert und auch gestritten, aber niemals darf ein Muslim einen anderen Muslim öffentlich an den Pranger stellen, schon gar nicht gegenüber Nichtmuslimen.

Innerislamischer Diskurs über die „Islamische Charta“

Am 20. Februar dieses Jahres stellte die Dachorganisation Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ihre „Islamische Charta“ auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Diese Charta sollte verstanden werden als eine Grundsatzklärung zur Beziehung der Muslime zu Staat und Gesellschaft. „Als große Minderheit in diesem Land haben die Muslime die Pflicht, sich in diese Gesellschaft zu integrieren, sich zu öffnen und über ihre Glaubensbekenntnisse und -praxis mit der Gesellschaft in den Dialog zu treten“, erklärte der Zentralratsvorsitzende Dr. Nadeem Elyas. „Die Mehrheitsgesellschaft hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wie die Muslime zu den Fundamenten dieses Rechtsstaates, zu seinem Grundgesetz, zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten stehen“, fügte er ergänzend hinzu. Das Presseecho vor allem deutscher Medien auf die Islamische Charta war dementsprechend groß und überwiegend positiv, auch wenn einige Kritiker der Charta zu Recht vorwarfen, in ihr keine Verinnerlichung der Fundamente des Rechtsstaates feststellen zu können, sondern maximal eine Duldung, eine pragmatische Anerkennung der gegebenen Realität.⁷⁵

Wie diese Charta jedoch unter den Muslimen selbst aufgenommen und diskutiert wurde, blieb der Mehrheitsgesellschaft zum großen Teil verborgen. Bis heute stößt der Zentralrat, der schätzungsweise 15.000 der über drei Millionen Muslime in Deutschland vertritt, in der innerislamischen Diskussion immer wieder auf Widerstand und Ablehnung hinsichtlich der vermeintlichen Zugeständnisse an die nichtislamische Umwelt. Neben dem Vorwurf der Anmaßung, als relativ mitgliederschwache Organisation im „Namen der Muslime“ aufzutreten, werden aber vor allem die Themenbereiche Demokratie, Integration, Pluralismus und Religionsfreiheit als Verrat am Islam gebrandmarkt.

So wirft eine „Gruppe von Muslimen“ am 10. Juni 2002 in einem „Appell an alle Muslime und wahrheitssuchenden Menschen“ dem Zentralrat „populistische Propaganda, Opportunismus und Pragmatismus“ vor. Die Islamische Charta sei eine „Konzession, die die Säkularisierung der Religion zur Folge“ habe. „Die Machthaber werden mit solchen Konzessionen nicht zufrieden sein und solange mehr verlangen, bis die Muslime am Ende sich selbst nicht mehr erkennen“, warnen sie. „Der Islam ist unvereinbar mit der Demokratie und auch mit allen anderen Ideologien und Religionen“, heißt es weiter in dem Papier dieser Gruppe. „Demokratien“, so schreiben sie, „sind ein großes Hindernis für den Menschen, der seine Menschlichkeit zu finden versucht“. Als Folge der Aufklärung habe die Demokratie nach ihrer Auffassung dazu geführt, dass „sich der Mensch in seinem intellektuell beschränkten und beeinflussbaren Wesen als befähigt und berechtigt betrachtet, der normative Maßstab zu sein, und somit selbst darüber zu entscheiden, was richtig oder falsch, gut oder schlecht, belohnens- oder bestrafenswert ist“. Diese Betrachtungsweise sei mit der Aussage des Korans unvereinbar, lautet ihr Fazit.

Auch die Integration von Muslimen weisen die Verfasser mit der Begründung zurück, dass „Muslime kein Teil der hiesigen oder irgendeiner anderen Gesellschaft“ sind, sondern „eine eigene und einzige Umma (Gemeinde, Gemeinschaft) darstellen“. Der Begriff der Minderheiten-Integration habe keine Geltung in der islamischen Terminologie, denn die Muslime müssen „sich aus dem Islam heraus definieren“. Nur so wären sie vor falschem Gedankengut geschützt. Die Charta des ZMD ist in ihren Augen der Verzicht auf die

⁷⁴ U.a. im Forum vom muslim-markt: <http://f25.parsimony.net/forum63498/messages/1657.htm>.

⁷⁵ Dr. Johannes Kandel, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin auf einer Diskussion über die „Islamische Charta“ in der Katholischen Akademie Berlin am 14. Mai 2002.

„Souveränitäts- und Herrschaftsrechte Allahs“, zu dem kein Muslim berechtigt ist. Deshalb sei es auch nicht erlaubt, „Kompromisse mit dem Kufr-System“ einzugehen. Was sie dabei unter *Kufr* als „Bezeichnung für alles Nicht-Islamische“ verstehen, fassen sie in einer Fußnote zusammen: „Kufr bedeutet das komplette Zudecken und Verhüllen, Bedecken, Verschleiern und Verbergen, die Verleugnung und die Undankbarkeit gegenüber den Gaben und Wohltaten Allahs, die Lossagung und die Aberkennung.“

Indirekt werfen sie den Verfassern der „Islamischen Charta“ vor, sich den Machthabern mit diesem Papier anzubiedern, um etwaigen Repressalien zu entgehen. Das sei für einen Muslim entwürdigend. „Damit der Islam als der einzig begehbare Weg gesehen wird, müssen wir es in Kauf nehmen, der Gefahr ausgesetzt zu sein, mit Unterdrückung, Folter und sozialem Embargo konfrontiert zu werden“, verkünden sie heroisch.

Verbreitet wurde diese „Stellungnahme zur Islamischen Charta“ von zwei Studenten der Ruhr-Universität Bochum: Sabri Aydin und Ramis Örlü (Ferramis).⁷⁶ Auf Anfrage teilten die Betreiber des größten deutschsprachigen islamischen Internetportals, www.muslim-markt.de, am 18. Juni 2002 per E-Mail mit, dass „der Urheber dieser Stellungnahme anonym bleiben möchte“. Mit großer „Aufdringlichkeit“ und einer „langen und ausführlichen Diskussion über mehrere Mails hinweg“ sei versucht worden, dieses Papier auch über die Rundmail vom „muslim-markt“ „mit der Aufforderung zur Weiterleitung“ zu verteilen.⁷⁷ Den Absender dieser E-Mails wollten die „muslim-markt“-Betreiber, die deutsch-türkischen Brüder Yavuz und Gürhan Özoguz aus Delmenhorst bei Bremen, aber nicht nennen. Zwar lehnen auch sie die „Islamische Charta“ ab, „weil der Islam hier in einer Verteidigungsposition vorgestellt wird, die in keiner Weise notwendig ist“. Mit der Verbreitung eines Textes, dessen Herkunft sie nicht kennen, wollten sich die Anhänger des „heutigen Oberhauptes der Islamischen Revolution im Iran, Imam Khamene'i“ und der schiitischen libanesischen Hizbollah aber nicht zum Werkzeug „dubioser Gruppen“ machen.

Auch wenn die Studenten aus Bochum um Ramis Örlü diese Stellungnahme nicht selbst verfasst haben sollten, so entspricht sie doch offensichtlich ihren Ansichten und Einstellungen. Nur einen Monat vor Veröffentlichung dieses Papiers schrieb Örlü im Forum vom „muslim-markt“ zum Thema Integration: „Muslime brauchen keinerlei Anerkennung durch Kuffar. Ich bin gegen eine Integration in die Gesellschaft, da wir Muslime nicht Teil derer sind.“⁷⁸

Die politische Instrumentalisierung durch rechte islamistische Organisationen

Die hier anhand der „Stellungnahme zur Islamischen Charta des ZMD“ dargestellten Positionen, werden in ihrer absoluten Kompromisslosigkeit nur von einer Minderheit der Muslime vertreten. Ihr zugrunde liegt aber die von der Mehrheit gläubiger Muslime geteilte Auffassung, dass die im Koran offenbarte heilige Schrift, der Islam, das Maß ihres gesamten Handelns sein muss. So schreibt auch der deutsche Konvertit und Herausgeber der deutschsprachigen Vierteljahres-Zeitschrift „Al-Islam“, Ahmad von Denffer, in seinen „Kritischen Anmerkungen“ zur „Islamischen Charta“: „An der Forderung des Korans danach zu streben, dass nach Allahs Worten zu entscheiden ist, kann kein Zweifel bestehen.“⁷⁹ Und von Denffer erläutert, was unter dieser Forderung konkret zu verstehen ist: „Natürlich anerkennt jeder Mensch, der in Deutschland lebt, die Tatsache als Realität an, dass er hier in einer säkularen Demokratie lebt. Aber das bedeutet doch nicht, wie der ZMD es hier behauptet, dass damit die Tatsache und Realität als begrüßenswert oder gar erstrebenswert anerkannt wird. Im Gegenteil ist diese Einsicht für die Muslime ein Ansporn, sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, diese Gesellschaft in eine islamgemäße umzuwandeln.“⁸⁰ Interessant dabei ist, dass von Denffer und seine Zeitschrift „Al-Islam“ angebunden sind an das Islamische Zentrum München, einem der bedeutendsten Mitgliedsvereine der Islamischen Gemeinschaft in

⁷⁶ Zu finden u.a. im Forum <http://forum.topwebmaster.net/extern/de/Ensar/thread/5543-134840> und im Forum von www.muslim-markt.de: <http://f25.parsimony.net/forum63498/messages/6206.htm>.

⁷⁷ E-mail von „muslim-markt“ an die Autorin am 18.06.02.

⁷⁸ Muslim-Forum Re: Integration?, von Ferramis am 10. Mai 2002, unter: <http://f25.parsimony.net/forum63498/messages/5420.htm>.

⁷⁹ Ahmad v. Denffer in „Al-Islam“ – Zeitschrift von Muslimen in Deutschland Nr. 2/2002.

⁸⁰ Ebenda.

Deutschland (IGD). Die IGD wiederum, laut Verfassungsschutz das Dach des ägyptischen Zweiges der Muslimbrüder⁸¹ in der Bundesrepublik, ist einer der beiden tragenden Mitgliedsverbände im Zentralrat der Muslime, dem Herausgeber der „Islamischen Charta“.

Von der Position, die Ahmad von Denffer hier vertritt, ist es nicht mehr weit bis zur Aussage in der von Ramis Örlü verbreiteten Stellungnahme, dass „die Menschen und speziell die Menschen in diesem Land den Islam brauchen, da er der einzige Weg zu ihrer Glückseligkeit ist“. Das islamische Gesellschaftsmodell wird als brauchbare Alternative und Ausweg aus „der kapitalistischen Scheinwelt“ offeriert, von der viele Menschen so maßlos geblendet seien, „dass sie die gravierenden Systemfehler allein nicht mehr wahrnehmen können“. Die Pflicht der Muslime sei es nun, „den Menschen klarzumachen, dass es Möglichkeiten gibt, diese Probleme zu beseitigen“.

Dieser Aufruf zur Bekanntmachung des Islam, Da`wa, auch als Missionierung zu verstehen, ist der Kern der Agitation zahlreicher weltweit agierender islamistischer Organisationen. Dabei richten sie sich in erste Linie an die Muslime. Wie Ramis Örlü von seiner Begegnung mit den „Brüdern an der Universität“ berichtet, geht es zunächst darum, die Muslime in ihrem Glauben zu festigen. Dazu gehören nicht so sehr die spirituellen Aspekte der Religion, sondern hauptsächlich die mit dem Koran begründeten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Elemente der angestrebten islamischen Gesellschaftsordnung. Im Schlepptau des verkündeten religiösen Ideologiegebildes werden vor allem antisemitische Weltbilder transportiert, und es wird eine scharfe antiamerikanische Kapitalismus- und Globalisierungskritik geübt. Als Beispiel sei hier ein Zitat aus der türkischsprachigen Zeitung Milli Gazete“, dem inoffiziellen Sprachrohr der islamistischen Milli-Görüs-Ideologie, vom 21. Januar 1994 angeführt: „Ein Jude unterscheidet sich vom Satan durch nichts. Wer von dem Satan Erbarmen oder eine Wohltat erwartet, ist dumm. Die Juden sind die Quellen aller bösen Taten, die sich nicht nur gegen das Volk Palästina, sondern auch gegen die ganze Menschheit richten...“⁸² Ähnliche Aussagen lassen sich bei zahlreichen islamistischen Organisationen finden. Auch die von vielen, nicht allen, dieser Organisationen betriebene antiamerikanische Globalisierungskritik anhand antisemitischer Stereotype, findet sich im Programm der Milli Görüs Bewegung. So schrieb der Milli-Görüs-Führer, Necmettin Erbakan, 1991 in seiner programmatischen Schrift „Die gerechte Wirtschaftsordnung“: „Der Zionismus ist ein Glaube und eine Ideologie, dessen Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wallstreet befindet. Die Zionisten glauben, dass sie tatsächlich die Diener Gottes sind. Ferner sind sie davon überzeugt, dass die anderen Menschen als ihre Sklaven geschaffen wurden. Sie gehen davon aus, dass es ihre Aufgabe ist, die Welt zu beherrschen. Sie verstehen die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt.“⁸³

Das verbindende Element der Gemeinschaft aller Muslime ist ausschließlich der Islam. Und so werden die westlichen Vorstellungen von Nation, Ethnie oder Rasse und Kultur als Faktoren der Trennung von Gemeinschaften abgelehnt. „Der Islam bringt Kulturen hervor, ist aber keine und kann daher natürlich auch in Europa zu Hause sein“, erklärt der zum Islam übergetretene Verfechter einer islamischen Finanz- und Wirtschaftsordnung, Andreas Abu Bakr Rieger.⁸⁴ Dabei geht es zum einen darum, wie im Fall des Konvertiten Andreas Rieger, den Islam auch für Europa als kompatible Alternative zu offerieren, zum anderen aber auch um die Überwindung der sich historisch entwickelten Trennung der Muslime nach ethnisch-

⁸¹ Muslimbrüder: 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründet, 1954 in Ägypten unter Nasser verboten, zahllose Verhaftungen und Hinrichtungen, im Nachgang vermehrte Radikalisierung der Anhänger im Untergrund, die sich vor allem auf Sayyid Qutb beziehen, Die Muslimbrüder propagieren den Islam als allumfassendes System und die Errichtung eines Staates auf der Grundlage islamischer Werte und Prinzipien, mittlerweile Abspaltungen in über 70 Ländern der Welt, teilweise radikalerer Art und unter anderem Namen, darunter auch die palästinensische Hamas (siehe: www.stura.uni-leipzig.de/~faraogruppen/muslimb.htm).

⁸² „Antisemitismus in der islamischen Welt“ von Micha Kiefer, zu finden in der Stadtzeitung *Terz*, April 2001, http://www.terz.org/texte/texte_04_01/antisemi.html.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ „Nationaler Gottesstaat? Politikverdrossenheit aus der Sicht europäischer Muslime“, von Herausgeber Abu Bakr Rieger in www.Islamische-Zeitung.de am 04.11.2001.

nationalen Kriterien. In Deutschland haben die Propagandisten dabei vor allem die Muslime mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund im Blick. Nicht allen Organisationen gelingt es aber, die aus den Ursprungsländern mitgebrachten und in der Migrationssituation konservierten traditionellen national-chauvinistischen Einstellungen ihrer Anhänger aufzulösen. Die in ihrem Grundansatz eher panislamistisch (auf die Weltgemeinschaft der Muslime zielend) ausgerichtete Milli Görüs musste z.B. deshalb immer wieder die türkisch-nationalen Gefühle ihrer Mitglieder befriedigen. Mit der zweiten und dritten muslimischen Migrantengeneration wächst aber zunehmend eine neue Elite heran, die für sich diesen Spannungsbogen im islamischen Verständnis gelöst hat, ohne ihre nationale Herkunftskultur zu verleugnen.

Menschen auf der Suche nach diesem Selbstverständnis, aber auch sozial oder gesellschaftlich diskriminierte und isolierte Gruppen, sind die bevorzugten Zielobjekte islamistischer Agitation. Nicht selten müssen Israel und der Nahostkonflikt als Anknüpfungspunkt herhalten.

Die Ideologie des islamischen Bewusstseins – Die Partei der Befreiung

Eine in diesem Zusammenhang seit Beginn der 90er Jahre auch unter den türkischen Muslimen sehr eifrig werbende Organisation ist die internationale Kalifats-Bewegung *Hizb ut-Tahrir* (Partei der Befreiung). Die 1953 in Palästina vom Religionsgelehrten und Richter des Jerusalemer Sharia-Gerichts, Taqiyyu-d-Din an-Nabhani (1909-1977), gegründete und in nahezu allen arabischen Ländern verbotene Partei, agiert in voneinander unabhängigen Zellen von fünf bis sechs Personen, vor allem unter Studenten. Auch Ramis Örlü scheint von dieser Gruppe sehr angetan, verteidigt er die *Hizb ut-Tahrir* doch vehement im Forum der Muslimischen-Jugend und wirbt für ihre Schriften. Auf Flugblättern, in Büchern, im Internet, in ihrem englischen Politmagazin *Khilafah*, seinem deutschsprachigen Pendant *Explizit* und der türkischsprachigen Ausgabe *Hilafet* (Kalifat) propagieren sie den „Islam als den einzig gangbaren Weg im Gegensatz zu den bestehenden Gesellschaftssystemen“. Entsprechend bemüht sich die Partei besonders um die Verbreitung ihrer Auffassung eines „islamischen Bewusstseins“, das die Menschheit einteilt in die „Weltgemeinschaft der Muslime (Umma)“ und die „Gemeinschaft des Unglaubens (Kufr)“. Beide Lager stünden sich unversöhnlich gegenüber. Jegliche Zusammenarbeit mit den USA, dem „Haupt der Kufr“, und ihren Verbündeten charakterisiert Hizb ut-Tahrir als „Verrat am Islam“, den es zu bekämpfen gilt.

Die Partei-Zentrale für den deutschsprachigen Raum befindet sich in Wien, von wo aus auch „das Parteiorgan“, die Monats-Zeitschrift *Explizit*, in die Bundesrepublik gelangt. Herausgeber dieser Zeitschrift ist das Wiener Parteimitglied ägyptisch-österreichischer Herkunft, Shaker Assem. Auf Einladung der „Hochschulgruppe für Kultur und Wissenschaft Aqida“ der Technischen Universität Berlin konnte Shaker Assem am 31. Mai 2002 vor etwa 100 Männern und 40 Frauen, fast ausschließlich Muslime, an der Universität seine Vorstellungen vom Kalifat verkünden. „Wir haben die Pflicht“, erklärt Assem, „die gesamte Gesetzgebung in allen Bereichen dem Koran zu entnehmen“. Die bereits existierenden islamischen Staaten, einschließlich des Irans, qualifiziert er ab, da „kein Regime ausschließlich nach islamischen Gesetzen regiert“. Seine Partei arbeite daran, das Kalifat in der islamischen Welt zu errichten, von wo es dann „den Islam in die Welt hinausträgt“. Seine Zuhörer in der Universität ruft er auf, die Hizb ut-Tahrir dabei zu unterstützen. Er bezeichnet diese Unterstützung als religiöse Pflicht und ermahnt sie, dass „am jüngsten Tag jeder einzelne Muslim über die Erfüllung seiner Pflichten Rechenschaft ablegen muss“.

Eingeladen hatten die Studenten der „Aqida“ eigentlich zu einer geopolitischen Analyse des Nahost-Konflikts unter dem Titel „Blutiges Palästina – Das heilige Land unter Aggression“. Als „göttliche Pflicht von Allah“ verkündete der Referent Shaker Assem dann auch die „vollständige Befreiung Palästinas, ohne einen Fußbreit übrig zu lassen“. Die Legitimation liefert ihm die Koran-Sure Al-Baqara, in der es heißt: „Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben.“ Denn, so Assem, „Palästina wurde durch einen Akt der Aggression aus der Hand der Muslime gerissen“. Aus Selbstmordattentätern werden bei ihm mit Zustimmung zahlreicher Zuhörer „Widerstandskämpfer, Märtyrer“, die ihre religiöse Pflicht erfüllen. „Was zur Erfüllung einer Pflicht notwendig ist, ist

ebenfalls Pflicht“, lautet Assems Begründung. Dass dabei auch Zivilisten und Kinder ums Leben kommen, bedauert er zwar scheinheilig, aber man befinde sich halt im Krieg. „Ein Anschlag auf eine Institution, in der sich Erwachsene befinden, ist ein Akt der Selbstverteidigung. Wenn dabei auch Kinder sterben, tragen deren Eltern dafür die Verantwortung, die sich entschieden haben, in Israel zu leben.“ So macht Assem die Opfer zu Tätern, da mit dem Islam das Töten Unschuldiger nicht zu rechtfertigen ist.

Das elitäre Auftreten der Mitglieder der Hizb ut-Tahrir hält zwar viele Muslime davon ab, der Partei beizutreten, mit ihren Vorträgen, Büchern, Flugblättern und Zeitschriften aber gelingt es ihr zunehmend, ihre Ideen unter die Muslime zu streuen. Dafür haben sie sich inzwischen auch aus den Universitäten heraus in die Wohngebiete türkischer und arabischer Muslime begeben. Seit dem Herbst 2001 trifft man die Verkäufer der Parteimagazine *Explizit* (deutsch) und *Hilafet* (türkisch) regelmäßig am türkischen Wochenmarkt in Berlin-Kreuzberg. Im türkischen Zeitungs- und Zigarettengeschäft stehen beide Publikationen im Ständer zwischen linken und maoistischen türkischen Blättern. Unweit der jüdischen Synagoge von Kreuzberg, die bereits zweimal Ziel eines Anschlages war, tauchte im April 2002 ein mehrseitiges antisemitisches Pamphlet der Hizb ut-Tahrir auf Deutsch und Türkisch auf. Darin heißt es einleitend: „Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen...“⁸⁵

Antisemitismus – gemeinsame Basis für Allianzen

Dieser offene oder hinter der „Kritik am Zionismus“ versteckte Antisemitismus islamistischer Organisationen führt immer wieder zu Allianzen mit rechten Gruppen. So hofiert die NPD beispielsweise den 1962 zum Islam konvertierten Schweizer Rechtsextremisten und Holocaustleugner Ahmad Huber. Das ARD-Magazin Report aus München berichtete am 19. November 2001 von einem Auftritt Hubers bei einem Treffen von 1500 NPD-Anhängern im ostdeutschen Grimma. Der oberste geistliche Führer Irans, Ayatollah Khamene'i, habe „sich gegen die Behauptungen der Zionisten über den so genannten Holocaust gewandt und die Muslime gewarnt, sie sollten nicht alles glauben“, verkündete Huber zur Freude der Anwesenden. Auf einem Jugendkongress der Jungen Nationaldemokraten (JN) im Oktober 2000 soll Huber eine Rede zum Thema „Islam und neue Rechte“ gehalten haben. Sascha Roßmüller, der Vorsitzende der JN, habe daraufhin verkündet, man könne stolz sein, Allah und Odin hinter sich zu wissen.⁸⁶

Ahmad Huber ist eingebunden in das Netzwerk der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD), zu dem das Islamische Zentrum München und der Verein deutschsprachiger Muslime „Haus des Islam“ in Lützelbach gehören. Laut Verfassungsschutz unterhält die IGD rege Beziehungen zu den Islamischen Zentren (IZ) in der Schweiz, wo sich mit dem IZ Genf die europäische Zentrale der Muslimbruderschaft befinden soll. In den „Islamischen Lagern“ der „unabhängigen Zeitschrift von Muslimen in der Schweiz – Er-Rahma/Die Barmherzigkeit“ treten Huber und Vertreter der IGD wie Ahmad von Denffer regelmäßig als Referenten auf. Auf dem diesjährigen 12. Islamischen Lager, das vom 16. bis 18. August 2002 in Mannenbach am Bodensee stattfand, durfte auch Shaker Assem von der Hizb ut-Tahrir referieren. Sein Thema: „Das Integrationspotenzial der Muslime“.⁸⁷

Ende 2001 hat Ibrahim el-Zayat den Vorsitz der IGD übernommen. El-Zayat, Schwager des Milli-Görüs-Europa-Vorsitzenden Mehmet Sabri Erbakan, tritt seit Sommer 2001 auch als Sprecher des Milli-Görüs-Immobilien- und Finanzierungsvereins EMUG auf. Und so verwundert es kaum, wenn der ehemalige Vorsitzende der von Milli Görüs dominierten Dachorganisation „Islamrat“, Hasan Özdoğan, bestätigt, dass Ahmad Huber auch auf vielen Veranstaltungen seiner Organisation gesprochen habe. Auf Anfrage der Wochenzeitung

⁸⁵ Zu finden unter: www.hizb-ut-tahrir.org/deutsch/leaflets/HTIfllts/ht310302_die_juden.htm.

⁸⁶ „Ein Feind, ein guter Feind“, von Kerstin Eschrich, in: *Jungle World* 52/2001 am 19.12.2001; zu finden unter: www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/52/06a.htm.

⁸⁷ www.barmherzigkeit.ch.

Jungle World räumte Özdoğan eine Gemeinsamkeit zwischen Islamisten und Rechts-extremisten ein; den Hass auf Israel und die USA.⁸⁸

Dieser gemeinsame Hass führte vor allem im Bereich des Revisionismus, der Leugnung oder Relativierung des Holocaust, zu einer über Jahre hinweg konstanten internationalen Zusammenarbeit zwischen Rechten und Islamisten. Wie sehr dabei das rechte Gedankengut Eingang auch in die muslimischen Gemeinden in Deutschland findet, zeigt die hohe Verbreitung der unzähligen Schriften des türkischen Revisionisten Harun Yahya (bürgerlicher Name: Adnan Oktar). Nachdem sein Buch „Die Holocaust-Lüge – Soykirim Yalani“ für Aufsehen sorgte und aus der fast 200 Bücher umfassenden Liste des Autoren verschwand, verlegt er sich nun auf die Relativierung der systematisch von den Nazis geplanten und durchgeführten Vernichtung der europäischen Juden. In seinem Aufsatz „The Truth About The Holocaust – Die Wahrheit über den Holocaust“ verwendet Yahya zwar für den Mord an den Juden den Begriff Genozide, zählt als Todesursache aber Hunger, Epidemien und Morde durch die Nazis auf. Die Existenz von Gaskammern dagegen zweifelt er an und bezeichnet die Beweismöglichkeit als „problematisch“.⁸⁹ Weitaus intensiver beschäftigt sich Yahya mit dem Darwinismus. Als Folge der „religionsfeindlichen“ Aufklärung, die in der Französischen Revolution gipfelte, wird die Evolutionstheorie als Lüge und als Kern alles Verderbten dargestellt: Materialismus, Kommunismus, Liberalismus, Kapitalismus und auch des Faschismus.⁹⁰ In seiner pseudowissenschaftlichen Beweisführung unterscheidet Yahya sich dabei kaum von Vertretern des rechten christlichen Fundamentalismus in den USA.

Rechte Konvertiten und ihr ideologischer Einfluss auf die muslimische Gemeinschaft

Attraktiv sind islamistische Positionen für die Neue Rechte aber nicht nur im Hinblick auf den gemeinsamen Antisemitismus. Im Kampf gegen die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Hegemonie der USA erscheint ihnen der politische Islam als einzige wahrhaft standhafte Alternative. Ihnen imponiert das Selbstbewusstsein, mit dem Muslime „die Überlegenheit des Islam gegenüber allen anderen Religionen und Lebensordnungen“ verkünden, wie es die von Ramis Örlü verbreitete „Stellungnahme zur Islamischen Charta“ ausdrückt. Wenn dann noch das „blinde Befolgen der Machthaber und einflussreicher Personen sowie das Festhalten an persönlichen Wünschen und Trieben“ als Hindernis auf dem Weg zur Erkenntnis dieser Überlegenheit charakterisiert werden, treffen die Islamisten damit auch auf offene rechte Ohren.

Die Überlegenheit „des Islam“ über die „heuchlerische und marode Kultur der kapitalistischen Welt“ scheint manchem Rechten so verlockend, dass er deshalb konvertierte. Ein Beispiel dafür ist die weltweite Bewegung der Murabitun. Gründer ist der Schotte Ian Dallas, der sich einem mystischen islamischen Orden in Marokko anschloss und seitdem den Namen Scheich Abdulqadir al-Murabit as-Sufi führt. Die spanische Stadt Granada und Schottland sind die Zentren dieser modernen, hauptsächlich aus Konvertiten bestehenden Kalifatsbewegung, die gegen die „Weltverschwörung des Kapitals“ predigt. Nur die Wiedererrichtung des islamischen Kalifats osmanischer Prägung in Istanbul könne der Verschwörung der USA, Europas und Israels Paroli bieten, verbreiten sie in ihren stark antisemitisch gefärbten Schriften. Propagiert wird ein Finanz- und Wirtschaftssystem auf islamischer Grundlage, das „Wucher (Riba)“ und Papiergeld verbietet. Dabei verstehen sie unter Wucher/Riba „grundsätzlich jeden Austausch zwischen zwei Parteien, in dem es ein Ungleichgewicht gibt. Das Nehmen von Zinsen ist nur ein Teil dieses Verbrechens. Das Kaufen und Verkaufen, welches mit Papiergeld unternommen wird (und natürlich durch Erweiterung auch Plastikgeld, elektronisches ‚Geld‘, Aktien, Sicherheiten, Futuresbonds, Versicherungen und Börsenbzw. Währungsspekulation) ist auch Riba, da Papier im Islam an sich kein legales Zahlungsmittel ist“, fasst das Redaktionsmitglied der *Islamischen Zeitung*, Asadullah Yate, die religiöse Interpretation der Bewegung zusammen. Dem entsprechend sei „der politische

⁸⁸ „Ein Feind, ein guter Feind“ a.a.O.

⁸⁹ <http://www.islamdenouncesantisemitism.com/thetruth.htm>.

⁹⁰ U.a. zu finden unter: www.evolutionsschwindel.com und www.harunyahya.com.

Gegner des Islam weniger Amerika als vielmehr die globale Herrschaft des Dollar“.⁹¹ Der Präsident der Murabitun, ein spanischer Baske mit dem islamischen Namen Umar Ibrahim Vadillo, reist deshalb unermüdlich durch die Welt, um seine entsprechend dem Islam auf Gold und Silber basierende Währung Dinar und Dirham als Gegenpart zum Dollar zu etablieren.

In Deutschland gerieten die Murabitun Anfang der 90er Jahre ins Blickfeld der Öffentlichkeit, als sie im süddeutschen Freiburg unter den Studenten der Universität missionierten. Sie bieten ihren Anhängern ein „Konglomerat an alt- und neuem Gedankengut, gepaart mit Religion“, schrieb Anton Maegerle im April 1992 im Rechten Rand über diese „Polit-Sekte“. Verfolgt man auf der Internet-Homepage der „Murabitun Worldwide Movement“ des schottischen Scheichs den Weg über die „Murabitun Centers“ zu den einzelnen Ländern, so gelangt man unter „Germany“ direkt zur in Potsdam von Andreas Abu Bakr Rieger herausgegebenen deutschsprachigen *Islamischen Zeitung*.⁹² Rieger, der während seiner Studienzeit in Freiburg 1990 im Alter von 24 Jahren zum Islam konvertierte, gründete 1995 in Weimar mit weiteren Freiburgern und Ostdeutschen die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGID) – Weimar Institut“. „Wie seine Freunde, so hat auch er durch Shaikh Abdulqadir zum Islam gefunden“, beschreibt die Verbandszeitschrift der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, „Milli Görüs & Perspektive“, in ihrer Ausgabe vom Februar 1996 den Übertritt Riegers zum Islam. Als „Amir der Gemeinschaft der Muslime in Weimar“ autorisierte Rieger am 19. Dezember 1995 die so genannte „Goethe-Fatwa“ von Scheich Abdulqadir, in der dieser Goethe posthum zum Muslim erklärt.

Zur Begründung des Islam „als geschichtliche Möglichkeit für die Europäer“ und „einzige Alternative zu einem rein konsumorientierten und sinnentleerten Leben im Weltstaat“⁹³ bemühen die Mitglieder vom „Weimar Institut“ immer wieder die Philosophen Martin Heidegger, Ernst Jünger und Friedrich Nietzsche. Am 22. Februar 1999 referierte Sulaiman Wilms, 2. Vorsitzender des „Weimar-Instituts“ und Chefredakteur der *Islamischen Zeitung*, über diese Alternative unter dem Titel „Die Europäer und der Islam“. In seinem Vortrag erklärt der Konvertit Wilms, dass Nietzsches überragende Bedeutung darin liege, die 2000-jährige Tradition des abendländisch-christlichen Denkens zu einem Ende gebracht zu haben. „Sein berühmtes Wort, dass Gott tot sei, beendet ein für alle Mal das christliche Gottesbild des sterblichen Gottes und macht damit den Weg frei zur Überwindung des abendländischen Nihilismus durch den Islam in Europa“, lautet die Schlussfolgerung des deutschen Muslim.⁹⁴ Die „politische Rolle des Islam“ sehen Rieger und seine Gefährten in erster Linie in der Propagierung des islamischen Finanz- und Wirtschaftsmodells als Ausweg für das „soziale und ökonomische Überleben der Menschen im nächsten Jahrhundert“. Das ist ihr Ansatz zur Erlangung der „globalen Weltherrschaft“, denn der Schlüssel dazu ist „das politische, exklusive Recht, eine bestimmte Papiergeldwährung endlos zu drucken. Über dieses militärisch abgesicherte Recht verfügt heute die USA“.⁹⁵

Inzwischen scheint der wesentliche Teil der Gruppe der Islamischen Zeitung / Weimar Institut ganz nach Potsdam abgewandert zu sein. 1998 hat Rieger hier auch die internationale muslimische Rechtsanwaltsvereinigung „Muslim Lawyers“ gegründet, deren Vorsitzender er ist. Auf der 4. Muslim Lawyers Konferenz vom 29. Juni bis 1. Juli 2001 in Potsdam veröffentlichten die teilnehmenden muslimischen Gelehrten eine Erklärung. Darin stellten sie fest, dass „eine neue Phase in der Gründung unseres Din in Europa“⁹⁶ angebrochen ist“. Nun sei es an der Zeit, „zusammen mit der an Zahl immer größer werdenden lokalen muslimischen Bevölkerung mehr Gewicht auf ökonomische und soziale Themen zu

⁹¹ „Die Einheit der Verpflichtungen, warum der Islam mehr ist als ‚nur‘ Religion“, von Dr. Hadsch Asadullah Yate, in: *Islamische Zeitung*, 38. Ausgabe, Mai 2000.

⁹² www.geocities.com/Athens/Delphi/6588/mundial.html.

⁹³ „Faszination Islam“, Interview mit Abu Bakr Rieger, in: *Islamische Zeitung*, Sonderausgabe Juni 1999.

⁹⁴ „Die Europäer und der Islam“, ein Vortrag von Sulaiman Wilms bei einer Veranstaltung des Weimar Instituts am 22. Februar 1999, ehemals zu finden unter: www.weimarinstitut.net.

⁹⁵ „Faszination Islam“ a.a.O.

⁹⁶ Gemeint ist hier die Religion Islam.

legen und nach der Umsetzung der anderen Aspekte der Schari'a zu streben“. Zu diesen Aspekten zählen sie „die Notwendigkeit der Wiederkehr zum Gebrauch der gemäß der Schari'a vorgeschriebenen Währung in Form von Gold und Silber“, „die Aufklärung über Riba und Banken und ihre zerstörerische Wirkung auf die Menschen und der Aufbau islamischer Einrichtungen an ihrer Stelle“.⁹⁷

Ob in den Moscheen der Milli Görüs, den Zentren der Muslimbrüder, bei der muslimischen Jugend oder an zahlreichen Universitäten vor allem in Ostdeutschland, die intellektuell und rhetorisch gewandten Vertreter der *Islamischen Zeitung/Weimar Institut* sind gern gesehene Referenten. Auch der „Internationale Ruhr Akademiker Bund – IRAB e.V.“ lud Sulaiman Wilms und den Geschäftsführer des Weimar Instituts, Friedrich Ahmad Gross, am 19. Oktober 2001 ein, um über die „Geschichte des Islam in Europa – Ein Ausblick nach dem Schlag“ zu diskutieren. Für die Bekanntmachung dieser Veranstaltung im Internet sorgte Ramis Örlü.

Beeinflussung und Abgrenzung

Die mangelhafte gesellschaftspolitische und institutionelle Auseinandersetzung mit dem Islam, seiner ideologischen Instrumentalisierung und der komplexen Lebensrealität der Muslime in diesem Land führen dazu, dass sich vor allem Muslime der zweite und dritte Migrantengeneration bei ihrer Suche nach einem eigenen Selbstverständnis allein gelassen fühlen. In dieses Defizit springen die verschiedensten, zum Teil hier dargestellten Agitatoren. Die Weltbilder, die sie propagieren, machen die von ihnen beeinflussten Muslime auch anfällig für ein ganzes Konglomerat an rechten und rechtsextremen Schriften. Darunter befinden sich nicht nur die Pamphlete der Revisionisten, sondern auch der Verschwörungstheoretiker, wie der Illuminat David Icke, der inzwischen verstorbenen Ehrenpräsidentin der „Deutschen Unitarier“, Sigrid Hunke, der antisemitischen und autoritären Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) unter Vorsitz von Helga Zepp-LaRouche und ihres von den USA aus international agierenden rechtsextremistischen Ehemannes, Lyndon W. LaRouche und selbst Texte aus dem massiv ausländerfeindlichen rechten *National-Journal* werden auf den islamischen Homepages und in den Diskussionsforen verbreitet.

Das Eindringen rechter Weltanschauungen in die muslimischen Gemeinschaften vollzieht sich aber nicht nur über die Verbreitung von Schriften. Schon vor dem 11. September 2001 bemühte sich die rechte „Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)“ von Helga Zepp-LaRouche um Kontakte vor allem zu türkischen Muslimen. Nach den Anschlägen von New York und Washington wurden diese Bemühungen intensiviert. In ihrem Programm erklärt die BüSo, dass sich Europa nicht an den „rein geo- und machtpolitisch motivierten anglo-amerikanischen Raubzügen zur ‚Rohstoffsicherung‘ in Afrika, Nahost, Zentralasien etc. beteiligen dürfe“, denn „Deutschland und die übrigen Länder der EU sind souveräne Staaten – keine Vasallen“.⁹⁸ Ebenso wie die islamistische Kalifatsbewegung der Murabitun, setzt auch die BüSo in ihrer Propaganda beim „globalen Finanzsystem“ an, dessen „systemische Krise jetzt in ihre allerletzte Phase eingetreten ist“. Um den weltweiten „Crash in Raten“ und damit einen „Krieg der Zivilisationen“ aufzuhalten, „müssen die Regierungen das globale Finanz- und Währungssystem umgehend einem geordneten Bankrotverfahren unterziehen“ und zu einem „Neuen Bretton Woods“ reorganisieren. Unter diesem „Neuen Bretton Woods“ versteht Zepp-LaRouche ein „goldgestütztes Finanzsystem mit stabilen Wechselkursen“. Deutschland müsse Europa zu einer zugkräftigen „Lokomotive der Weltwirtschaft“ machen, vorrangig den Ausbau der Eurasischen Landbrücke betreiben und den Aufbau von Entwicklungskorridoren nach Osteuropa, Asien, den Nahen Osten und Afrika in Gang setzen“. Als „Emanzipation Deutschlands und Europas von der US-amerikanischen Vorherrschaft und Erlangung einer führenden Rolle in einem neuen Weltsystem“ lässt sich das Programm der BüSo verstehen. In den Muslimen in Deutschland sieht Helga Zepp-LaRouche ihre Bündnispartner bei dieser Emanzipation. So antwortete sie am 11. Juli 2002 auch ausführlich auf einen Fragekatalog zur Bundestagswahl 2002, den die Betreiber des islamischen

⁹⁷ „Deutscher Text der Potsdamer Erklärung muslimischer Gelehrter“, 20.08.2001, unter: www.islamische-zeitung.de.

⁹⁸ www.bueso.de.

Internetportals www.muslim-markt.de an alle Parteien verschickt hatten. In ihren Antworten offeriert Zepp-LaRouche ihre Partei den Muslimen, indem sie für die Anerkennung der großen muslimischen Dachverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts eintritt, islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen befürwortet und sich eine Muslima mit Kopftuch in einer leitenden Funktion ihrer Partei vorstellen kann. Den „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet sie als angloamerikanisches geopolitisches Szenario, denn „bis heute gibt es keinen gerichtsverwertbaren Beweis, dass Vertreter islamischer Bewegungen oder Staaten für die Ereignisse des 11. September verantwortlich waren“.⁹⁹

Antisemitismus und Überschneidungen in den Weltbildern zwischen islamistischen und rechten bzw. rechtsextremistischen Parteien oder Gruppierungen führen nicht zwangsläufig zu Annäherungen und Bündnissen. Die hinter manchem Parteiprogramm oder Pamphlet versteckten „braunen“ Einstellungen und Verbindungen sind vielen Muslimen mit Migrationshintergrund oft nicht bekannt. Sie wissen aber, dass ihre „ethnisch nichtdeutsche“ Herkunft sie zum Angriffsziel und potenziellen Opfer rechter Schläger auf der Straße macht. Vor diesem Hintergrund könnte hier schon mit einfacher Information und Aufklärung einiges erreicht werden.

Die NPD und die ihr nahe stehende rechtsextreme „Bürgerinitiative Ausländerstopp, Wählergruppe Nürnberg“ zollen den Muslimen in Deutschland nur scheinbar Anerkennung, denn sie instrumentalisieren sie in Wahrheit als „Kronzeugen“ für den eigenen Antisemitismus. „Die Muslime konnten weder dekadent gemacht, noch liberalisiert werden. Sie blieben stark und der dekadenten Spaßgesellschaft haushoch überlegen. Sie wissen genau, was sie wollen und was sie nicht wollen. Und was sie nicht wollen, das sagen sie viel unverblümter als die Deutschen. Jüdische Bevormundung mögen sie z.B. gar nicht. Weder ein frech das vorlaute Maul aufreißender, noch ein betroffenheitsnotorisch herumgreinender Zentralratsjude kann sie beeindrucken“, kommentiert das National Journal die von Jamal Karsli und Jürgen Möllemann ausgelöste Debatte im Frühjahr 2002 zum Nah-Ost-Konflikt.¹⁰⁰ Gleichzeitig schüren die NPD und ihre Nebenorganisationen aber entsprechend ihrer rassistischen Ideologie Ausländerhass und Überfremdungsängste und fordern ein „Deutschland den Deutschen“. So ist im eben zitierten Text auch folgendes zu lesen: „Somit wurden Millionenheere fremder Menschen zur Landnahme in Deutschland ermuntert und es werden ihnen Narrenfreiheit, Herrenmenschenrechte gegenüber den Einheimischen und satteste Zuwendungen aus deutschen Steuergeldern gewährt.“¹⁰¹

Gezielt nutzen die rechtsextreme Partei „Die Republikaner“ und die rechtskonservative Splitterpartei „Christliche Mitte“ die Auseinandersetzung in Deutschland über islamistische Entwicklungen, um Ausländerfeindlichkeit und Überfremdungsängste zu schüren. Vor allem in ihrem Stammland Baden-Württemberg, wo die Republikaner von 1992 bis 2001 auch im Landesparlament vertreten waren, ließen sie keine Gelegenheit aus, vor „der Bedrohung des christlichen Abendlandes durch den Islam“ zu warnen. Unter der Überschrift „Streitthema Islam – Noch Zeit zum Umdenken?“ hielt die Fraktion der Republikaner am 10. März 2000 einen umfangreichen Vortrag im Landtag von Baden-Württemberg. Dieser Vortrag war gedacht als Analyse „aus strategischer Sicht“, denn der Islam sei durch den „demographischen Wandel und die Gegenwart von Millionen Moslemen mittlerweile ein Thema der europäischen Großstädte“.¹⁰² Einzelne Wahrheiten, Halbwahrheiten und Verleumdungen werden hier miteinander vermischt, um „den Islam und die Muslime“ als existenzielle Bedrohung für das Überleben der Deutschen als Volk darzustellen. „In Hinblick auf den Wertewandel der herrschenden Eliten ergibt sich das geschichtliche Fazit, dass Adolf Hitler und die Nationalsozialisten Deutschland auf dem Gewissen haben. Die 68er jedoch tragen die deutsche Solidargemeinschaft zu Grabe im systematischen Ethnosuizid“, lautet die Botschaft am Ende dieses Vortrages.¹⁰³

⁹⁹ www.muslim-markt.de/demokratie/parteiantworten/bueso.htm.

¹⁰⁰ „Ein Beben erschüttert die Tabu-Festung BRD!“, Quelle: National Journal, gefunden am 20.07.2002 unter: www.auslaenderstopp.com.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² www.rep-krisch.de/aktuell/010ISLAM.htm.

¹⁰³ Ebenda.

Unterstützung beim Zusammentragen der vielen „Fakten“ über „die Islamisierung Deutschlands“ erhalten die Republikaner vor allem von der Bundesvorsitzenden der Splitterpartei „Christliche Mitte“, Adelgunde Mertensacker. Mertensacker, deren 18.000 Mitglieder zählende Partei vor allem in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg für „ein Deutschland nach Gottes Geboten“ wirbt, veröffentlichte bereits 1998 eine umfangreiche Dokumentation unter dem Titel „Muslime erobern Deutschland“. Wiederholt durfte sie ihre Thesen von der „Strategie der Eroberung“ und der „Polit-Religion Islam“ auf Veranstaltungen der Republikaner, als Referentin dieser Partei im Landtag von Baden-Württemberg und in deren Publikation „Der Republikaner“ verkünden. Mertensacker, die seit 1988 die Christliche Mitte führt und deren Zeitschrift „Kurier“ herausgibt, ist auch Präsidentin der in 14 Ländern aktiven „Internationalen Widerstandsbewegung Antislam“.¹⁰⁴

Die Aktivitäten dieser Kämpferin für eine Gesellschaftsordnung auf christlicher Basis blieben ihrem islamischen Pendant, dem agilen Studenten der Ruhr-Universität Bochum, Ramis Örlü, nicht verborgen. Nach Darstellung von Frau Mertensacker schickte ihr Ramis Örlü ein Fax, in dem er ihr seine Anerkennung zum Ausdruck brachte, als einzige „die Gefahr der Zukunft, den Islam“ anzusprechen. In diesem Schreiben soll Örlü ihr auch seine Unterstützung angeboten haben, denn „auch ich bin für ein christliches Deutschland, Deutschland den Christen!“¹⁰⁵ Die aufgrund des türkischen Namens stutzig gewordene Mertensacker findet bald heraus, dass Örlü zu dieser Zeit aktives Mitglied der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist. In ihren Vorträgen verzerrt Mertensacker die IGMG gern als islamistische Organisation, die den „Djihad zuerst durch Missionsarbeit mit Worten, dann aber ausdrücklich auch durch Krieg mit Waffen“ propagiere. Das Spiel, das Örlü mit ihr getrieben hat, zitiert sie nun als Beweis für die Takija/Heuchelei der Muslime als strategisches Mittel auf dem Weg der Eroberung Deutschlands.¹⁰⁶

Fazit

Auch wenn sich die rechte Basis und islamistisch beeinflusste Muslime mit Migrationshintergrund gegenseitig als Feind betrachten, führen ihre Ideologie- und Weltbilder zu Abgrenzungen und undemokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der Gesamtgesellschaft. Die Erziehung dieser Weltbilder erfolgt nicht erst an den Universitäten oder im Erwachsenenalter. Das Bedürfnis vieler muslimischer Eltern, ihre Kinder religiös zu erziehen oder zumindest in den Grundlagen des Islam zu bilden, führt durch fehlende staatliche Angebote dazu, dass nicht selten im so genannten „Hinterhofkorankurs“, im islamischen Internat, im Wochenendkurs oder im Sommercamp die Grundlagen dieses religiös begründeten Ideologiemixes gelegt werden. An den Schulen äußert sich das vor allem in sich gegenseitig abgrenzender Gruppenbildung und einem starken sozialen Druck innerhalb der muslimischen Gruppe. Ob es um das Feiern von Silvester geht, das Essen von Schokolade, das Tragen des Kopftuches, das Fasten im Monat Ramadan, die Teilnahme an Klassenfahrten oder dem gemeinsamen Schwimm- und Sportunterricht, den Ausflug in die Disco oder das Hören von Rock- und Popmusik, immer wieder geraten Mädchen und Jungen unter den Druck ihrer Schulkameraden und -kameradinnen, wenn sie sich in diesen Fragen nicht „gemäß des Islam“ verhalten. Hier liegt die eigentliche Verantwortung der Lehrer, die diese Abgrenzungserscheinungen und den inneren Druck als Problem erkennen müssen. Nicht selten verbirgt sich dahinter ein komplettes Weltbild, das in seiner extremen Zuspitzung hier geschildert wurde. Dramatisierung und Repression oder falsch verstandene Toleranz und damit Ignoranz nützen aber nichts, sind eher schädlich. Nur das offene, ehrliche und tief greifende Gespräch über die Ansichten der Schüler und Schülerinnen verschafft einen Einblick in ihre Gedankenwelt. Sie müssen ernst genommen werden in dem, was sie sagen, und dann kann man sich damit auch inhaltlich auseinandersetzen.

Aus: Zentrum demokratische Kultur (Hrsg.): Volksgemeinschaft gegen McWorld. Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur, Düsseldorf 2003, S. 75-86.

¹⁰⁴ www.der-republikaner.de/rep001/rep0607/rep_zeitung06_texte3.htm.

¹⁰⁵ www.rep-paderborn.de/ueber/Artikel/islam/body_islam.html.

¹⁰⁶ Ebenda.

4. Anhang

4.1. Ansprechpartner in den Berliner Bezirken



Marzahn-Hellersdorf

Sibille Bühring

Ich unterrichte an der Rudolf-Virchow-Oberschule in Marzahn und bin Multiplikatorin für das Standpunkte-Projekt. Zudem arbeite ich in dem Schülernetzwerk „MUT“ (für Menschlichkeit und Toleranz) und in dem Eltern-Lehrer-Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt Marzahn/Hellersdorf (gegen GmbH) mit.

In unserem Stadtbezirk gibt es seit März 2001 ein Eltern-Lehrer-Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt Marzahn/Hellersdorf (gegen GmbH) und seit September 2001 das Schülernetzwerk „MUT“ (für Menschlichkeit und Toleranz), hervorgegangen aus einer Gedenkstättenfahrt mit 300 Schülern des Stadtbezirkes nach Buchenwald.

Unsere dritte Initiative ist die Eltern-Initiative. Sie ist Anlaufpunkt für ratlose Eltern, deren Kinder sich dem rechten Spektrum angeschlossen haben. Die Leiterin ist Frau Haverbeck, die auch Mitglied des Eltern-Lehrer-Netzwerkes ist.

Ziel unserer Arbeit ist es, die demokratisch gesinnten Schüler und Jugendlichen und ihr Umfeld in ihrem Bemühen um Toleranz und Menschlichkeit zu stärken.

Im Laufe der Jahre sind viele Aktivitäten organisiert worden, vor allem durch das Engagement der Schüler. Beide Netzwerke und auch die Elterninitiative sind stadtbezirksoffen und schulübergreifend.

Wir haben regelrechte Traditionen entwickelt und fühlen uns dem Antifaschismus verpflichtet, aber nicht ausschließlich, wie im Namen des Schülernetzwerkes deutlich wird.

Unser „Gründervater“ Fred Löwenberg, ehem. Vorsitzender der „Berliner Vereinigung der Verfolgten des Nazireiches“ (BVVdN e.V.) begleitete uns bis zu seinem Tod Ende Mai 2004. Noch Anfang Mai nahm er an unserer Gedenkstättenfahrt nach Ravensbrück teil, stand dort 60 Schülern Rede und Antwort in seiner gewohnt jugendlichen Art.

Diese Gedenkstättenfahrt zeichnet sich dadurch aus, dass sie inhaltlich und organisatorisch allein von den Mitgliedern des Schülernetzwerkes gestaltet wird. Natürlich helfen wir erwachsenen Netzwerkler und die Gedenkstättenleitung, aber Vorbereitung und Durchführung der Fahrt ist reine Schülersache. Sie bilden Arbeitsgruppen, leiten diese und präsentieren die Ergebnisse. Da stehen Schüler z.T. aus Hauptschulen vor einem Publikum von ca. 100 Menschen und sprechen frei darüber, was sie in der Gedenkstätte und in ihrem Workshop kennen gelernt haben. Für uns Lehrer, die wir zwei Tage lang „überflüssig“ sind, an die nicht mal banale Fragen gerichtet werden, weil völlig klar ist, dass die Netzwerkschüler dort das Sagen haben, ist das eine neue, aber durchaus beglückende Erfahrung.

Im Februar 2005 findet eine Gedenkstättenfahrt des Netzwerkes in die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau statt. Auch diese Fahrt ist in allen Marzahner und Hellerdorfer Schulen ausgeschrieben. Im Anschluss an diese Fahrt wird es einen Wochenendworkshop geben, wo die Schüler das Konzept der Fahrt noch handlungsorientierter gestalten können.

Außerdem nehmen die Teilnehmer aller Gedenkstättenfahrten an der Ehrung der mutigen Frauen des Rosenstraßenprotestes teil, sofern die Veranstaltung außerhalb der Unterrichtszeit liegt.

Zur Tradition haben sich auch entwickelt

- die Teilnahme an der „Lesung gegen das Vergessen“ der BVV (jährlich im September),
- die Teilnahme am Tag des Gedenken an die Opfer des Faschismus (September),
- ein Arbeitseinsatz auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee kurz vor dem Jahrestag der Pogromnacht,
- und die Aktion „Schüler bekennen Farbe“, bei der Schüler verfassungsfeindliche Symbole aus dem öffentlichen Bild unseres Stadtbezirks entfernen.

Bei unserem diesjährigen Einsatz auf dem jüdischen Friedhof konnten wir unseren Stadtbezirksbürgermeister Herrn Klett und Fred Löwenbergs Nachfolger in der BVVdN e.V., den Kameraden Kurt Langendorf begrüßen.

Theaterveranstaltungen zu den Themen Gewalt in Schulen und Ausländerfeindlichkeit bzw. Rassismus finden regelmäßig einmal bis zweimal jährlich statt und werden jeweils von ca. 180 Schülern aus den unterschiedlichsten Schulen besucht. 2004 war zweifelsfrei die Lesung zur Goebbels-Rede im Sportpalast von Serdar Somuncu einer der Theaterhöhepunkte im Stadtbezirk.

Die Schüler haben sich zum Ziel gesetzt, in diesem Jahr ihre Kompetenz als sozial engagiertes Netzwerk zu erweitern. Und was sie sich in den Kopf setzen, das tun sie auch!

Was hier wie eine Anhäufung von Aktivitäten klingt, ist ein „in-Bewegung-setzen“ der Gedanken und Meinungen junger Menschen. Sie sind viel emotionaler, aufnahmebereiter, wissbegieriger, klüger, engagierter als es uns Erwachsenen oft scheint. Die Schüler zu beobachten und zu begleiten macht Hoffnung für die Zukunft!

Aber auch das Engagement der Eltern und Lehrer des Netzwerkes nötigt mir alle Achtung ab, tun sie es doch zusätzlich zu ihrer Arbeit in ihrer Freizeit, und wer Arbeit hat weiß, dass bei diesen Menschen die Freizeit begrenzt ist.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich bei allen „Netzwerkern“, den Kameraden der BVVdN e.V. und „Buzi“ für ihr schier grenzenloses Engagement zu bedanken!

Sie erreichen mich in der
Rudolf-Virchow-Oberschule
Glambecker Ring 90, 12679 Berlin
Tel.: 030 / 9 33 92 38



Neukölln

Heidi Büschel

Ich habe an der Rostocker Universität studiert und eine Ausbildung zur Diplomlehrerin für die Fächer Geschichte und Deutsch gemacht. Seit 24 Jahren bin ich als Lehrerin in Berlin tätig, davon 21 Jahre in Friedrichshain und durch die Schulschließung der Max-Kreuziger-Gesamtschule seit drei Jahren in Neukölln an der Walter-Gropius-Gesamtschule tätig.

Die Arbeit im Projekt hat sich für mich aus dem Interesse an der Einbeziehung von Geschichtswissen in die politische Bildung meiner Schüler ergeben. Durch eine Reihe von Weiterbildungsveranstaltungen in der Anne-Frank-Stiftung, in der Friedrich-Ebert-Stiftung, der RAA und dem Verband der Verfolgten des Naziregimes lernte ich Zeitzeugen, wie Fred Löwenberg und Kurt Langendorf kennen. Die aktuelle Entwicklung in Deutschland, wie die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen, in Mölln und im Land Brandenburg bewies, dass die alleinige Beschäftigung mit Geschichte nach dem Lehrbuch nicht ausreichte, und so entstand die Idee, mehr Wissen über die Hintergründe und Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus zu erwerben, um in der aktuellen Auseinandersetzung gewappnet zu sein.

Wie stark die Wirkung von Zeitzeugen auf junge Menschen sein kann, habe ich in meiner Tätigkeit an der Herbert-Baum-Schule in Friedrichshain erfahren. Herbert Baum, jüdischer Herkunft, organisierte mit Freunden den Widerstand gegen die Hetzausstellung der NSDAP „Das Sowjetparadies“ im Frühjahr 1942. Wenige Mitgefährten haben überlebt, einige von ihnen, wie Charlotte Holzer, Franz Krahl, Gerhard und Alice Zadek und Rita Zoher, konnte ich persönlich kennen lernen. Ihre Menschlichkeit hat mich tief beeindruckt. Wenn es ein Schlüsselerlebnis geben sollte, das meinen Blick für die Realität von Ungerechtigkeit und Diskriminierung geschärft hat, dann waren es die Begegnungen mit diesen Menschen.

Für die Walter-Gropius-Gesamtschule in Neukölln habe ich mich nach der Schließung unserer Schule in Friedrichshain bewusst entschieden, denn sie ist als so genannte Mutter der Berliner Gesamtschulen eine Schule, in denen die Schüler ganztägig von 7.30 bis 16.00 Uhr betreut werden und in die Schüler von der 1. bis 13. Klasse lernen. Jeder, der die interessante Struktur der Schule kennen gelernt hat, kann sich vorstellen, dass sie das Lernen und die Gemeinsamkeit fördert.

Ich unterrichte in der Mittelstufe Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Geographie und Sozialpädagogik. Im 9. Jahrgang betreue ich eine Kerngruppe als Tutorin. Die Arbeit mit den Schülern, das Kennenlernen ihrer sozialen Schwierigkeiten, die Gemeinsamkeit über den Unterricht hinaus, sind mir sehr wichtig. Hinzu kommt, dass ich mich mit Neukölln erst vertraut machen musste, dieser Prozess dauert auch noch an. Es gibt zwar ähnliche Strukturen wie in Friedrichshain-Kreuzberg, was das Multikulturelle anbelangt, aber doch auch sehr viele Unterschiede. Neukölln ist bei langem nicht so homogen und sehr im Wandel begriffen. Besonders die Gropiusstadt befindet sich im Umbruch, sehr viele Familien mit nicht-deutschem Hintergrund ziehen in dieses Gebiet. Das wird von „angestammten Bewohnern“ oft mit Argwohn betrachtet und daraus erwachsen vielfältige Konflikte, die sich natürlich auch in unserer Schule widerspiegeln.

Meine Aktivitäten konzentrierten sich darum auf den Aufbau eines Netzwerkes in Neukölln. Unter dem Thema „Netzwerk im Sozialraum Neukölln“ trafen und treffen sich regelmäßig Neuköllner Lehrer, Sozialarbeiter, Mitarbeiter des Jugendamtes, Präventionsbeauftragte der Berliner Polizei, der Schulpsychologe von Neukölln und die Schulrätin für Gewaltprävention, um auf bestehende Probleme aufmerksam zu machen und an Lösungsmöglichkeiten zu arbeiten. Diese Zusammenkünfte von Multiplikatoren aus allen vier Neuköllner Regionen sollen sich zu regelmäßigen Treffen entwickeln.

Besonders wichtig war mir die Entwicklung von Projekten an meiner Schule. Zwei möchte ich kurz vorstellen:

I. Die Sensibilisierung meiner Schüler für das Schicksal von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus

Intensiv haben sich die Schüler des 8. Jahrgangs im Deutschunterricht mit dem „Tagebuch der Anne Frank“ beschäftigt. Sie haben sich für Annes Leben interessiert, ihre Freuden und Sorgen geteilt, ihre kindlichen Kümernisse akzeptiert, verstanden, wenn sie sich mit ihrer Mutter gestritten hat und mit ihrem Vater versöhnt.

Wir haben das Anne-Frank-Zentrum in den Hackeschen Höfen besucht und, über das Tagebuch hinaus Annes Lebensumstände erforscht und begriffen, was die Verfolgung für ihre Familie, aber auch viele tausende anderer jüdischer Menschen bedeutete. Am „Tag der offenen Tür 2004“ unserer Schule haben Schüler des jetzigen 9. Jahrgangs aus dem Tagebuch Auszüge vorgelesen und ein fiktives Interview mit Anne geführt. Eltern, Mitschüler und Besucher konnten die ausliegenden Lesetagebücher durchstöbern und sich davon überzeugen, wie ihre Autoren über die schrecklichen Zeitereignisse berichteten und Annes Leben dokumentierten.

Sicherlich spielte das Wissen über die Verbrechen der Nationalsozialisten eine Rolle, als sich Schüler der 9/2 unserer Schule an der alljährlich stattfindenden Grabpflege auf dem jüdischen Friedhof beteiligten. Sie hatten erkannt, dass man jede Religion achten muss und auch als Christ oder Moslem den ermordeten und verstorbenen jüdischen Mitmenschen durch aktives Gedenken seine Ehre erweisen kann.

II. Antimobbing-Training: Projekttag gegen Ausgrenzung und Diskriminierung an der Schule

Ausgehend von einem konkreten Vorfall luden wir uns Peerleader ein, die gemeinsam mit den Schülern Ursachen für Diskriminierung darstellten und auf die Darlegung der Position jedes Beteiligten wert legten. Die Atmosphäre war kameradschaftlich und ehrlich. Jeder hatte die Chance, seine Meinung offen darzulegen, denn dazu ist während des normalen Unterrichts häufig nicht genügend Zeit. Natürlich wurden auch Konflikte zwischen Schülern deutlicher. Hier wurde der Grundstein dafür gelegt, dass in diesem Schuljahr Schüler in einer zweiten Klasse hospitierten, Märchen vorlasen und sich verantwortlich für die Grundschüler fühlten. Ich werde mit Schülern des 9. Jahrgangs am Projekt „Fit machen - Für Demokratie und Toleranz“ gegen Antisemitismus teilnehmen, weil viele der am Toleranztraining beteiligten Schüler erkannt haben, wie wichtig es ist, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Sie erreichen mich in der
Walter-Gropius-Gesamtschule
Fritz-Erlor-Allee 86, 12351 Berlin
Tel.: 030 / 6 00 90 80



Mitte

Elke Gross

Ich bin Standpunktepädagogin für den Bezirk Mitte und arbeite als Sozialpädagogin in der Oberschule am Köllnischen Park.

Das Jahr 2004 hat gezeigt, dass es wichtig ist, sich an der Schule für Toleranz und Gewaltfreiheit einzusetzen.

Es gab erste positive Ansätze, die meine Arbeit als Standpunktepädagogin erleichtert haben. Eltern und Schulleiter baten mich bei Problemen mit den Jugendlichen bzw. Schülern, um Hilfe und Beratung.

Zudem hat sich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei in eine positive Richtung weiterentwickelt. Es gibt ständigen Kontakt mit den Gewaltpräventionsbeauftragten der einzelnen Reviere.

Zu meinem Arbeitsbereich gehörte auch die Planung und Organisation von Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus für Lehrer des Stadtbezirks.

Für die kommenden Monate ist ein Filmprojekt für Schulen in Mitte in Planung.

Außerdem finden Vorbereitungen für den Besuch einer Jugendgruppe aus Israel, Palästina und Jordanien statt.

Die Arbeit der AG „Gewaltprävention“ trägt auch weiterhin zur Vernetzung im Bezirk bei.

Sie erreichen mich in der
Oberschule am Köllnischen Park
Neue Rosstraße 5, 10179 Berlin
Tel.: 030 / 30 87 49 61 oder 0177 / 5 27 76 12



Pankow

Reinhard Max Großpietsch

Ich unterrichte die Fächer Geschichte, Politische Weltkunde, Philosophie und Französisch. Seit 1993 arbeite ich an der Kurt-Tucholsky-Oberschule (KTO) in Pankow.

Seit der Existenz des Standpunkte-Projekts arbeite ich zusammen mit meiner Kollegin, Felicia Thomaszewsky, daran, eine nachhaltige „demokratische Infrastruktur“ zunächst an unserer Schule zu verankern und über weitere Aktivitäten mit anderen Schulen oder anderen Institutionen und Verbänden des Bezirks zu vernetzen. Dazu entwickelten wir u.a. im Rahmen des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“ ein neuartiges Unterrichtsmodell für die Sek II: Schüler der Oberstufe entwickeln und führen ein Projekt zum Thema Demokratie mit Schülern der Sek I durch. Zur Erweiterung der Schülerpartizipation engagiert sich die KTO außerdem in dem Projekt „Hands across the Campus“. Das Demokratie- und Toleranzprogramm fördert kooperative Formen des Unterrichts, unterstützt soziales Lernen und Konfliktmediation zur Verbesserung der Schulkultur, und ein Peer-Leadership-Training stärkt die Schülerpartizipation. In Zusammenarbeit mit dem Kinderring Berlin e.V. richteten wir Stellen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) an der KTO ein. Unsere „FSJ'ler“ erarbeiteten ein wesentlich basisdemokratisch orientiertes Schülervertretungsmodell und schlossen damit die Lücke, die sich zwischen Anspruch auf Partizipation und Rahmenlehrplannerfüllung immer wieder an der Institution Schule auftut. Um diese befristeten Projekte abzusichern, bilden sie heute die Grundpfeiler unserer Schulprogrammdiskussion. Zur weiteren Vernetzung im Bezirk engagiert sich die KTO u.a. in Projekten zur Gewaltprävention. Weitere Projekte sind in Vorbereitung.

Sie erreichen uns in der
Kurt-Tucholsky-Oberschule
1. Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe Pankow
Neumannstr. 9-11, 13189 Berlin
Tel.: 030 / 47 99 00 - 0 , Fax: 47 99 00 - 122



Reinickendorf

Barbara Kirchner

Ich arbeite an der Bettina-von-Arnim-Oberschule im Bezirk Reinickendorf als Lehrerin mit den Fächern Deutsch, Biologie und Religion.

An meiner Schule und im Bezirk bestehen meine Arbeitsschwerpunkte darin, die Informationen über neue Formen des Rechtsextremismus Kolleginnen und Kollegen sowie Eltern zugänglich zu machen, Demokratie und Toleranz in unterschiedlichen Projekten zu fördern und Ideen zur Gewaltprävention zu entwickeln.

Seit Beginn des Standpunkte-Projekts im Jahr 2000 arbeite ich darin mit, seit zwei Jahren zusammen mit Thomas Grüßing. Während dieser Zeit ist es gelungen, im Bezirk gemeinsam mit den Schulpsychologinnen ein Netzwerk zur Gewaltprävention einzurichten.

Unser Ziel ist es, wie bisher, mindestens zweimal im Jahr eine Fortbildungsveranstaltung für alle Kolleginnen und Kollegen durchzuführen. Außerdem bieten wir individuelle Unterstützung und Beratung an.

Sie erreichen mich in der
Bettina-von-Arnim-Oberschule
Senftenberger Ring 49
13435 Berlin
Tel.: 030 / 40 30 50



Treptow-Köpenick

Hans-Heinrich Knebel

Ich unterrichte an der Friedrich-Fröbel-Schule und bin Standpunktpädagoge für den Bezirk Treptow-Köpenick.

Ein vom Bürgermeister organisiertes "Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus" sowie das Bündnis "Bunt statt Braun" und weitere Standorte von "Gangway", "ReachOut" und dem "ZDK-Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus" arbeiten aktiv im Bezirk.

Rechtsextreme Aktivitäten rund um die S-Bahnlinie von Grünau bis Baumschulenweg mit den Schwerpunkten Schöneweide, Alt-Glienicke und Johannisthal sind bekannt. In Johannisthal haben aus diesem Grund aktive Bürger einen "Runden Tisch" gegründet, der sich regelmäßig trifft, um Maßnahmen für ein demokratisches, zivilgesellschaftliches Miteinander zu beraten und zu organisieren. Zudem hat sich im Bezirk ein Schülernetzwerk gegen Rechts-extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gebildet, welches sich regelmäßig trifft.

Meine Arbeitsschwerpunkte sind Mitarbeit bei der Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten, insbesondere die enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendarbeit. So organisiere ich Antigewalt-, Deeskalations- und Argumentationstrainings für Lehrer und Sozialpädagogen sowie für Schüler und Besucher der Jugendfreizeiteinrichtungen zur Förderung von Zivilcourage.

Des Weiteren biete ich Antigewalt- bzw. Deeskalationstrainings in Schulklassen an. Diese zweistündigen Kurse, an denen die Klassenlehrer zwecks weiterer Vertiefung unbedingt teilnehmen sollten, habe ich bereits in 100 Schulklassen in mehreren Bezirken erfolgreich angeboten.

Als dritten Schwerpunkt biete ich das Projekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Berlin – Vorbildwirkung der RetterInnen“ an. Dabei habe ich in vielen Schulen die Erfahrung gemacht, dass sich Schüler mit den Rettern, die oft ihr Leben riskierten, identifizieren konnten und dadurch nicht nur einen anderen Zugang zum Holocaust erhielten, sondern einen Bezug zu eigenem zivilgesellschaftlichen Handeln herstellen konnten.

Sie erreichen mich in der
Friedrich-Fröbel-Schule
Lindenstraße 1, 12555 Berlin
Tel.: 0162 / 1 35 96 16



Steglitz-Zehlendorf

Arnhild Mehnert

Ich unterrichte die Fächer Englisch, Physik und Mathematik an der Alfred-Wegener-Oberschule und bin Standpunktpädagogin für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

Es ist zunehmend wichtig, dass additiv zu den fachlichen auch aktiv die sozialen und demokratischen Kompetenzen sowie die gewaltpräventiven Fähigkeiten der Schüler entwickelt und gestärkt werden.

Für den Aufbau der hierfür erforderlichen Strukturen finden sich an unserer Schule sehr gute Voraussetzungen. Die Schulleitung, Lehrer, Schüler und Eltern engagieren sich für ein tolerantes, gewaltpräventives Schulklima. Auftretende Konflikte werden offen angesprochen, aufgegriffen, bearbeitet und beigelegt. Gewalt wird konsequent nicht geduldet. Mediationspädagogen und Konfliktlotsen unterstützen bei Bedarf mit kompetenter Hilfe. Als Schule mit bilingualem Zug Englisch findet ein regelmäßiger Schüleraustausch mit Schulen in den Niederlanden sowie Italien statt und für die Fremdsprachler Französisch in Frankreich. Pro Klassenstufe gibt es außerdem je eine Integrationsklasse, die auch von geistig behinderten Schülerinnen und Schülern besucht wird. Im Rahmen einer vorbereitenden AG wird jedes Jahr eine Reise nach Krakau, mit Kontakten zu polnischen Schülern und einem Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz, durchgeführt. Viele unserer Schüler engagieren sich aktiv gegen Gewalt und knüpfen Kontakte zu den Lehrern, wenn sie deren Hilfe benötigen. Auf dieser fruchtbaren Basis gelang es je Klasse zwei Schüler als Demokratieentwicklungskoordinatoren zu gewinnen, die helfen werden, eine entsprechende Vernetzung innerhalb und außerhalb unserer Schule aufzubauen. Seit kurzem gibt es zusätzlich eine kleine Gruppe Schüler, die sich besonders auf die Themen Menschenrechte, Diskriminierung, Antisemitismus, Rassismus und religiöser Fundamentalismus spezialisieren. Zu den Standpunktpädagogen kam ich im Frühjahr 2003. Motiviert hatte mich meine mehr als zehnjährige ehrenamtliche Tätigkeit und mehrjährige Erfahrung als Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte, davor eines Antirassistischen Netzwerks in Europa und von SOS-Rassismus Berlin. Während dieser Tätigkeit habe ich mich schwerpunktmäßig mit den Bereichen Diskriminierung, Antisemitismus, Rassismus, Xenophobie, Flucht, Migration, politisch religiöser Fundamentalismus (speziell Iran) intensiv auseinandergesetzt. Im NGO-Bereich habe ich Erfahrung im Aufbau von Vernetzungen gesammelt und gelernt, auch größere Veranstaltungen zu organisieren. Ziel meiner zukünftigen Arbeit ist Aufbau und Erweiterung von Netzwerken (mit Schwerpunkt Steglitz-Zehlendorf), welche die Demokratieentwicklung in Schulen und die Kooperation gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Antisemitismus und politisch religiösen Fundamentalismus aktiv unterstützen.

Sie erreichen mich in der
Alfred-Wegener-Oberschule
Im Gehege 6-8, 14195 Berlin
Tel.: 030 / 84 10 81 84

E-Mail: awor@epost.de oder a.mehnert@nervousenergy.de



Lichtenberg

Heike Papke

Seit 1986 arbeite ich als Lehrerin in Hohenschönhausen und unterrichte an einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe die Fächer Geschichte, Russisch, Englisch und Sport. Gemeinsam mit einer Kollegin betreue ich eine 8. Klasse als Kerngruppenleiterin.

Im Jahr 2000 gründeten wir an unserer Schule die AG „Gewalt?“, an der ich mich beteilige. Seit 2003 unterstützt uns Lydia Dollmann von der Netzwerkstelle „Licht-Blicke“ sehr engagiert.

Wir beschäftigen uns mit Ursachen und Formen des Rechtsextremismus. Dabei suchen wir Unterstützung und Impulse für unsere Arbeit sowohl bei Bürgerinitiativen, wie z.B. der UAB (Unabhängige Anlaufstelle für BürgerInnen in Berlin Hohenschönhausen) und der Lichtenberger Elterninitiative gegen Rechtsextremismus als auch beim MBR oder, wie bereits erwähnt, „Licht-Blicke“.

So beteiligen wir uns an Projekten wie z.B. „Stolpersteine“, „Livin 'n concrete“ oder „Fitt machen für Demokratie und Toleranz“ gegen Antisemitismus.

Die Jugendlichen möchten Peer-Leader werden und sehen in den o.g. Projekten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Netzwerkstrukturen im Schulbereich.

Genau darum geht es auch bei „Standpunkte“, dem Berliner Netzwerk gegen Gewalt und Extremismus, an dem ich mich seit 2003 beteilige. Mein Ziel ist es, in Lichtenberg ein Netzwerk von Lehrern gegen Gewalt und Rechtsextremismus aufzubauen, um bereits vorhandene Strukturen noch wirkungsvoller nutzen zu können.

Ein erstes Treffen interessierter Kollegen findet am 15.11.2004 statt. Wir hoffen, dass unsere noch recht kleine Gruppe von weiteren Lehrern unterstützt wird, die sich gegen Rechtsextremismus und Gewalt engagieren möchten.

Sie erreichen mich in der
Gutenberg-Oberschule
Sandinostraße 10, 13055 Berlin
Tel.: 030 / 9 71 15 65



Friedrichshain-Kreuzberg

Michael Rump-Räuber

Ich bin Verantwortlich für die Gesamtkoordination des Standpunkte-Projekts und kommissarisch verantwortlich für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Ich arbeite im Landesinstitut für Schule und Medien im Bereich Demokratieerziehung. Zu meinem Tätigkeitsgebiet gehört die Koordination des Projekts „Standpunkte – Pädagoginnen und Pädagogen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“ sowie des deutsch-amerikanischen Demokratieprojekts „Hands across the Campus“, außerdem koordiniere ich im Rahmen des BLK Modellversuchs „Demokratie leben und lernen“ die Schulen im Schulset „Schulöffnung“.

Zu meinen ehrenamtlichen Aufgaben gehört die Arbeit im Beirat der Stiftung „Humanistische Jugend- und Kinderbildung“ sowie in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Von Beruf bin ich Lehrer und Erzieher. Die wenige Zeit, die mir noch bleibt, nutze ich für meine Familie, im Fitnessstudio, im Theater oder beim Lesen.

Der Schwerpunkt meiner Tätigkeit im Rahmen des Standpunkte-Projekts bestand im letzten Jahr in der Bildung von Netzwerken in den Bezirken. Dabei kommt der Zusammenarbeit mit der Landeskommision gegen Gewalt, den Schulpsychologen für Gewaltprävention, den Präventionsbeauftragten der Polizei, der bezirklichen Schulaufsicht und den Jugendämtern eine große Bedeutung zu. Es ist nicht leicht, die Beteiligten mit ihren unterschiedlichen Erwartungen und Interessen an einen Tisch zu holen und auf der Basis des Findens gemeinsamer Themenfelder und Interessen auch gemeinsame Projekte zu entwickeln. In einigen Bezirken wie Neukölln, Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Pankow oder Spandau sind wir hierbei vorangekommen. In anderen Bezirken wie Marzahn-Hellersdorf oder Lichtenberg gehen wir einen anderen Weg. Den Weg der Entwicklung von zivilgesellschaftlichem Engagement für die Community durch die Schaffung von Netzwerken der Betroffenen im Bereich Schüler, Lehrer und Eltern. Noch vor einem Jahr stand die hervorragende Arbeit des Schülernetzwerks „MUT“, unterstützt vom bezirklichen Netzwerk der Lehrer und Eltern im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, allein da, heute haben wir ähnliche erfolgreiche Ansätze in Lichtenberg und in Treptow-Köpenick.

Mit großer Sorge betrachte ich die beginnende Vernetzung im Rechtsextremismus, die sich mit dem Projekt „Schulhof“ und der Wahlabsprache zwischen DVU und NPD abzeichnete. Dazu kommt eine stärkere Auseinandersetzung um den Bereich Schule. Es gilt zu verhindern, dass rechtsextreme Gruppierungen ihren Einfluss in Richtung Bundestagswahl 2006 weiter ausbauen können. In dieser Situation wird das Standpunkte-Projekt im Jahr 2005 in bewährter Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU, dem American Jewish Committee und weiteren Partnern seinen inhaltlichen Schwerpunkt stärker auf die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, als einen Kernbereich demokratiefeindlicher Ideologien, richten. Wir werden nicht nur

neue Wege in der Fortbildung beschreiten, sondern auch neue Materialien für die Berliner Schule erarbeiten.

Durch die bevorstehende Pensionierung des Standpunktepädagogen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg habe ich kommissarisch die koordinierende Funktion für den Bezirk übernommen.

Mein Ziel ist es, eine erste Zusammenkunft aller Engagierten, die im Bereich der Gewaltprävention tätig sind, zu organisieren und auf dieser Basis eine Vernetzungskonferenz vorzubereiten.

Sie erreichen mich im
Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)
Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
Tel.: 90 21-29 16, Fax: 90 21-2857,
E-Mail: Raeuberum@aol.com



Spandau

Harry Schapira

Ich wurde in Montevideo, Uruguay, geboren und bin 55 Jahre alt. Seit mehr als 17 Jahren bin ich Lehrer für Fachpraxis in der Knobelsdorff-Schule-OSZ Bautechnik I.

Ich bin Sohn von Emigranten aus Europa und war in Uruguay schon als Jugendlicher politisch aktiv gegen den Rechtsextremismus. Ich war in verschiedenen Jugendorganisationen, in der Studentenbewegung und in politischen Parteien tätig. In meinem Elternhaus wurde nicht nur sehr viel über Rechtsextremismus und Antisemitismus gesprochen, sondern auch aktiv dagegen gewirkt.

Als Standpunktpädagoge möchte ich nicht nur innerhalb meiner Schule tätig sein, sondern auch als Multiplikator für den Bezirk Spandau, z.B. durch den Aufbau von Lehrer- und Schüler-Netzwerken, zusammen mit allen demokratischen Organisationen.

Die ersten Ansätze habe ich schon in Form von Projektwochen, Beratungen und Präsentationen des Standpunkte-Projektes bei verschiedenen Gelegenheiten durchgeführt. Auch arbeite ich in dem BLK Modellversuch „Demokratie leben und lernen“ und nehme an der Fortbildung zur Qualifizierung von Beratern für Demokratiepädagogik teil. In meiner Tätigkeit als Standpunktpädagoge arbeite ich eng mit dem Schulpsychologischen Dienst für Gewaltprävention und Krisenintervention zusammen. Zusätzlich gibt es regelmäßige Kontakte zu den Jugendbeauftragten und Präventionsbeauftragten der Polizeiabschnitte, und zu Vernetzungstreffen mit Mediatoren Spandauer Schulen.

Außerdem bin ich im Spandauer Bündnis gegen Rechts und u.a. im American Jewish Committee – „Taskforce gegen Antisemitismus“ – aktiv.

Die Arbeit mit Schülern ist meiner Meinung nach von besonderer Bedeutung. Leider werden die Gefahren des Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in der Gesellschaft noch nicht richtig erkannt. Diese sich immer wiederholenden Ereignisse sind für mich der Grund, die Arbeit an Schulen weiterhin zu intensivieren, denn die Schulen sind ein Spiegelbild unserer Gesellschaft.

Sie erreichen mich in der
Knobelsdorff-Schule
Oberstufenzentrum Bautechnik I
Nonnendammallee 140, 13599 Berlin
Tel.: 030 / 33 50 35 51, Mobil: 0163 / 5 27 16 39
Email : Schapira@T-Online.de



Tempelhof-Schöneberg

Rolf Schüppel

Ich war bis November 2003 Schulleiter der Uckermark-Grundschule in Tempelhof-Schöneberg. Seit Dezember 2003 bin ich pensioniert.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Akzeptanz rechtsextremer Parteien in der Bevölkerung (siehe letzte Wahlen in Sachsen und Brandenburg), des Anwachsens von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt in so genannten Kameradschaften, wäre es wichtig, dass sich möglichst bald ein neuer Standpunktepädagoge für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg findet. Für mich als Ruheständler ist es schwierig, ohne Anbindung an eine Schule Ansprechpartner in akuten Krisensituationen zu sein.

Solange sich aber noch kein Nachfolger für den Bezirk gefunden hat, werde ich mich weiter im Rahmen des Standpunkte-Projektes engagieren.

Unsere Aktivitäten, im Bezirk Vernetzungen von Schulen mit Kooperationspartnern zu erreichen, Präventionstage gegen Gewalt und Extremismus gemeinsam mit dem Schulpsychologischen Dienst zu organisieren, sind noch nicht sehr weit gediehen. Hieran werden wir in Zukunft verstärkt arbeiten müssen.

Sie erreichen mich über
E-Mail: Rolf.schueppel@gmx.de



Charlottenburg-Wilmersdorf

Chana Steinwurz

Ich bin Sonderschulpädagogin und arbeite an der Ernst-Adolf-Eschke-Schule für Gehörlose in Charlottenburg. Für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf bin ich als Standpunktepädagogin aktiv.

Die Schwerpunkte meiner Arbeit sind der Aufbau verschiedener Netzwerke und die Kooperation mit bereits bestehenden funktionierenden Bündnissen, um gegen rechtsextremistische, antisemitische und islamistische Tendenzen sowohl präventiv als auch intervenierend vorgehen zu können. Die gute Zusammenarbeit mit den innerschulischen und außerschulischen Kooperationspartnern und die Unterstützung der Schulräte und meiner Schulleitung sind wichtige Voraussetzungen für diese Aufgabe.

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte sind zum einen die Förderung demokratischer Kompetenzen der Schüler und andererseits die Sensibilisierung und Kenntnisvermittlung bei Lehrern. Ich selbst nehme an unterschiedlichen Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Überblick – auch bei wechselnden Erscheinungsbildern – über demokratiefeindliche Gruppierungen zu behalten.

An dem Demokratieerziehungsprojekt „Hands across the Campus“, das an verschiedenen Schulen in Berlin durchgeführt wird, bin ich als Standpunkte-Koordinatorin tätig.

Sie erreichen mich in der
Ernst-Adolf-Eschke-Schule
Waldschulallee 29, 14055 Berlin
Tel.: 030 / 9 02 92 50

4.2. Referenten

Dr. Renate Bitzan, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft; 1998 Promotion zum Geschlechterdiskurs von Autorinnen rechtsextremer Zeitschriften; Beteiligungen an wissenschaftlichen und politischen Projekten im Bereich Feminismus/Antifaschismus/Antirassismus/Migration; zurzeit wiss. Assistentin an der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u.a.: Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997; Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen 2000.

Claudia Dantschke, Studium der Arabistik an der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Universität Leipzig; 1986 bis 1990 Fremdsprachenredakteurin in der arabischen Redaktion der Nachrichtenagentur ADN der DDR; seit 1993 freie Journalistin für die deutsch-türkische Fernsehanstalt AYPATV in Berlin mit den Schwerpunktthemen Migration, Islam und Islamismus; seit Dezember 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) in Berlin, 2004 u.a. Sachverständige bei der öffentlichen Anhörung des Bundestagsinnenausschusses im September zu Fragen der Integration von Muslimen und des Einflusses islamistischer Gruppierungen.

Veröffentlichungen u.a.: mit Eberhard Seidel und Ali Yildirim: Politik im Namen Allahs – Der Islamismus, eine Herausforderung für Europa, 2000; Demokratiegefährdende Phänomene und Möglichkeiten der Intervention im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin 2002; in: Texte zur Inneren Sicherheit, Freiheit geistig-politischer Auseinandersetzung? Islamischer Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure, 2003.

Dr. Rainer Erb, Soziologe, langjähriger Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Arbeits- und Forschungsgebiete: Geschichte und Soziologie des Antisemitismus, Rechtsextremismus und Jugendgewalt.

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter, Professor für Politikwissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg; Forschungsgebiete: Rechtsextremismus, Bürgerbeteiligung, Politische Kultur.

Veröffentlichungen u.a.: Kippt die Republik? Die neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994; mit Helmut Fröchling, Rechtsextremismus und neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen 1998; „Zur Funktion neurechter Freund-Feindbilder in Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik“, in: Michael Th. Greven / Oliver von Wrochem, (Hrsg.), Der Krieg in der Nachkriegszeit, Opladen 2000, S. 197-211; Die Neue intellektuelle Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, in: Stephan Braun / Daniel Hörsch (Hrsg.); Rechte Netzwerke – eine Gefahr, Wiesbaden 2004, S.17-25; mit Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004; ebd.: Im Spannungsfeld: Intellektuelle Neue Rechte und demokratische Verfassung, S.31-49.

Dr. phil. Thomas Greven, 1994 M.A. in Politikwissenschaft (Western Michigan University, USA), Fulbright-Reisestipendium; 1995-1996 Congressional Fellow der American Political Science Association; 1996-1997 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Internationale Politik, Berlin; 1997-2000 Graduiertenkolleg „Demokratie in den USA“ (John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, Freie Universität Berlin); 1999 und 2000 Forschungsaufenthalte am German-American Center for Visiting Scholars (Washington, DC); 2000 Dr. phil. (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, FU Berlin); seit Winter 2000 Wissenschaftlicher Assistent der Abteilung Politik des John F. Kennedy-Instituts; Forschungsaufenthalte beim Peter Wall Institute for Advanced Studies (University of British Columbia, 2003) und beim Economic Policy Institute (Washington, DC, 2004).

Veröffentlichungen u.a.: mit Ch. Scherrer u. V. Frank: Sozialklauseln. Arbeiterrechte im Welthandel, 1998; mit O. Jarasch (Hrsg.): Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen,

1999; mit Ch. Scherrer: *Global Rules for Trade: Codes of Conduct, Social Labeling, and Workers' Rights Clauses*, 2001; *Clash of Globalizations? The Politics of International Labor Rights in the United States*, 2003; *Die Republikaner. Anatomie einer amerikanischen Partei*, 2004.

Dr. phil. MA Thomas Grumke, Studium der Politik- und Literaturwissenschaft in Osnabrück, Ottawa, Berlin und Frankfurt/Oder; Promotion zum Rechtsextremismus in den USA bei Professor Michael Minkenberg und Professor Hans Joas; Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung; 11/2000-12/2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Abteilung Analyse und Auswertung des Rechtsextremismus beim Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) in Berlin; seit 04/2004 wissenschaftlicher Referent in der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium Nordrhein-Westfalen; Lehrbeauftragter am John F. Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin, der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und der Universität Düsseldorf; Zahlreiche Publikationen – vor allem zum Themenbereich Rechtsextremismus – sowie intensive Vortragstätigkeit in Deutschland und in den USA. Veröffentlichungen u.a.: *Rechtsextremismus in den USA*, Opladen 2001; mit Bernd Wagner (Hrsg.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke: Vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen 2002; „'Und sie bewegt sich doch'. Die rechtsradikale soziale Bewegung“, in: Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.): *Handbuch soziale Bewegungen*, Frankfurt/Main, im Erscheinen 2005; mit Thomas Greven (Hrsg.): *Globalisierter Rechtsextremismus? Rechtsextremismus in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden, im Erscheinen 2006.

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist Verfasser mehrerer Bücher über Rechtsextremismus. Er arbeitet als Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl. Veröffentlichungen u.a.: *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, München 1999.